



- **1848-50 – deutsch-dänischer Krieg oder Bürgerkrieg?**
- **„Investitionen in die Humanität“**  
Erweiterung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund
- **Renationalisierung – Globalisierung – Regionalisierung**  
Szenarien zur Entwicklung des Grenzlandes
- **Das „Zünglein an der Waage“**  
Interview mit Anke Spoorendonk

# HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

*Anschrift:*

Willi-Sander-Platz 6 · 24943 Flensburg

*Geschäftsführerin:*

Ingrid Schumann

*Sprechzeit:*

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr

Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr

Telefon (0461) 2 67 08 · Telefax (04 61) 2 67 09

E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net

[www.grenzfriedensbund.de](http://www.grenzfriedensbund.de)

Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 96

*Beitrag:*

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

*Bankverbindungen:*

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Nord-Ostsee Sparkasse (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

## INHALT

Seite

*Jan Schlürmann*

1848-1850 – deutsch-dänischer Krieg oder Bürgerkrieg? ..... 167

*Heinz Maurus*„Investitionen in die Humanität“. Grußwort der Landesregierung  
bei der Eröffnung des erweiterten Dokumentenhauses in der  
KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ..... 177*Gerret Liebing Schlaber*

Renationalisierung – Globalisierung – Regionalisierung ..... 181

*Jörn-Peter Leppien*Das „Zünglein an der Waage“. Interview mit der  
Landtagsabgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)..... 195

Umschau .....211

Buchbesprechungen .....221

Mitarbeiter/innen dieses Heftes .....235

Abbildungsnachweis .....236

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.  
Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion der Grenzfriedenshefte:*

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6 · 24943 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

# 1848-1850 – deutsch-dänischer Krieg oder Bürgerkrieg?

von JAN SCHLÜRMANN

*Seit den 70er Jahren sind die Grenzfriedenshefte mit wachsendem Erfolg bemüht, zu einer kritischen Sicht des Krieges von 1848-1850, insbesondere der Schlacht bei Idstedt (1850), sowie zu einer verantwortlichen Vermittlung der kriegerischen Ereignisse beizutragen.<sup>1</sup> Auf dieser Linie liegt auch der Vortrag, den der junge Historiker Jan Schlürmann beim diesjährigen Idstedt-Tag am 25. Juli 2006 gehalten hat. Wir geben seinen Redetext in einer leicht überarbeiteten und mit Belegen versehenen Fassung wieder. Dr. Jan Schlürmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Kiel.*

*Die Redaktion*

„Ich stand wie auf einem hohen Berge und wußte nicht, nach welcher Seite ich hinabsteigen sollte, und kein vernünftiger Mensch konnte mir einen brauchbaren Rat erteilen.“<sup>2</sup>

Diese Worte schrieb Behrnd Petersen im Jahre 1848 – soeben hatte er zwei Einberufungsbefehle vom Militär erhalten, einen aus der dänischen Festung Fredericia und einen aus dem holsteinischen Rendsburg. Petersen stammte aus Mittelschleswig, aus einer Region, wo zu seiner Zeit fast jeder Plattdeutsch und Sønderjysk sprach, aus jenem Gebiet also, das zum eigentlichen Schauplatz des dreijährigen Krieges von 1848-1850 werden sollte.

Dieser Krieg ist – zumindest in deutschen Schulbüchern – auch als deutsch-dänischer Krieg in die Geschichte eingegangen, zumeist als „erster“, um ihn vom „zweiten“ des Jahres 1864 unterscheiden zu können. Handelt es sich nun bei diesem für Schleswig-Holstein so wichtigen Ereignis tatsächlich um einen „deutsch-dänischen“ Krieg?

Deutschland gab es als politisch fest umrissene Einheit im Jahre 1848 ebenso wenig, wie es einen dänischen Nationalstaat gab. Hier werden also Begriffe bemüht, die für ihre Zeit anachronistisch sind. Trotzdem prägten sich die „deutsch-dänischen Kriege“ in das Geschichtsbewusstsein beider kurz darauf entstehenden Nationen ein. Man bediente sich dabei ungehemmt in der Vergangenheit und bildete regelrechte Reihungen deutsch-dänischer Kriegsereignisse: „Bornhöved 1227 – Hemmingstedt 1500 – Idstedt 1850 – Düppel 1864“ lautete etwa diese Kette der angeblichen deutsch-dänischen Erbfeindschaft aus deutscher Sicht.<sup>3</sup>

In Dänemark ergänzte man die Reihe gerne durch die fränkisch-dänischen Auseinandersetzungen des 9. Jahrhunderts, die Zeit des frühen „Danewerks“.<sup>4</sup> Dazu kamen dann wie bei der deutschen Reihung die Schlachten bei Idstedt und Düppel. Daran schließlich hängte man die Besetzung Dänemarks durch die Wehrmacht von 1940 an. Dass sich allerdings die Adligen bei Bornhöved schwerlich in Deutsche und Dänen hätten einteilen lassen, bei Hemmingstedt gar das Heer des dänischen Königs zu einem Gutteil aus dem schleswig-holsteinischen Adel bestand und das frühmittelalterliche Dannewerk wohl anfänglich gegen slawische und nicht gegen fränkische und sächsische Angriffe errichtet wurde, findet dabei ebenso selten Beachtung wie die Tatsache, dass man den deutschen Überfall von 1940 in seiner Zielsetzung und seinem historischen Kontext wohl kaum mit den Kriegen von 1848/50 und 1864 vergleichen kann.

Subtrahiert man dann die genannten Zweifelsfälle aus der Kette, bleiben noch die Jahre zwischen 1867 und 1955, also zwischen der preußischen Annexion Schleswig-Holsteins und den Bonn-Kopenhagener Erklärungen, als Phasen eines deutlicheren deutsch-dänischen Antagonismus: Jahrzehnte, in denen das deutsch-dänische Verhältnis nicht immer das beste war. Warum aber beherrschen zum Teil bis heute diese konstruierten Erbfeindschaften unser Geschichtsbild?

Kurz gesagt, die Konstruktion von Feindschaften war Mittel zur nationalen Selbstfindung.<sup>5</sup> War erst einmal dieser Wunsch nach Abgrenzung formuliert, versuchte man den Akt des nationalen Erwachens auf den frühest möglichen Zeitpunkt zu legen. Das Ergebnis waren dann diese eben erläuterten Ketten einer angeblichen „Erbfeindschaft“, die sich über Jahrhunderte hinweg spannten. Sie sollten nicht etwa einen punktuellen Geburtstag einer Nation ermitteln und herausstellen. Der Tenor dieser Vorgehensweise lautete: Die Nation wurde sich erst an diesem oder jenem Tage ihrer selbst bewusst, aber existiert hat sie immer schon. Das jedoch war (und ist teilweise bis heute) eine reine Konstruktion, die alle Erkenntnisse über historische Entwicklungen nur in einen nationalen Kontext zu stellen vermag, letztlich ein Ergebnis von nationalstaatlichem Wunschenken.

Stellen wir uns jedoch einmal die gegenteilige Frage: Wünschen wir uns, eine chronologische Kette des deutsch-dänischen Miteinanders zu finden. 1460 wäre ein solches Datum; nicht wegen des „up ewig ungedeelt“, das – wie man heute weiß – als ein nationalpolitisches Schlagwort des 19. Jahrhunderts mit dem Ripener Privileg nichts gemein hatte.<sup>6</sup> Zentral an der Ripener Handfeste ist der Beginn der Personalunion zwischen dem Königreich und beiden Herzogtümern. Der König von Dänemark wurde mit Billigung der schleswig-holsteinischen Ritterschaft Herzog von Schleswig und Holstein. Ein König, der im übrigen aus dem deutschen Oldenburg stammte, was sich indes harmlos gegenüber der Tatsache ausnimmt, dass König Christopher,<sup>7</sup> einer seiner Vorgänger, ein waschechter

Bayer war. Damit ist unversehens eine Epoche erreicht, in der „deutsch“ und „dänisch“ offensichtlich sehr zweitrangige, untergeordnete, um nicht zu sagen „unbekannte“ Attribute waren.

Daran sollte sich bis weit in das 18. Jahrhundert hinein kaum etwas ändern. Das 18. Jahrhundert war sogar die Blütezeit eines noch weitgehend von nationalen Ressentiments freien Miteinanders im sogenannten dänischen Gesamtstaat. Aus dieser Zeit sind zahlreiche Gedichte überliefert, die in deutscher Sprache „Dania“, „das dänische Vaterland“ und „den König“ rühmen.<sup>8</sup> Aber unter der Oberfläche dieses Gesamtstaatspatriotismus begann es zu brodeln. Der gemeinsam von Dänen, Schleswigern und Holsteinern verlorene Krieg auf Seiten Napoleons hatte die Wirtschaft schwer getroffen. Dennoch hatten Schleswiger, Holsteiner und Dänen gemeinsam gegen Briten, Schweden und auch Preußen gefochten – die Siege bei Sehestedt und Bornhöved waren Siege Schleswigscher und Holsteinischer Regimenter gewesen und darauf war man stolz. Als der durch seine Waterloo-Rede bekannt gewordene Kieler Professor Dahlmann kurz nach Kriegsende dazu aufrief, der Völkerschlacht bei Leipzig und des Sieges über Napoleon zu gedenken, machten sich die Kieler Studenten auf. Es ging allerdings nicht nach Leipzig – in Sehestedt sang man Lieder und gedachte dort des vorerst letzten dänischen Sieges über die Schweden. Noch war man Holsteiner, nicht Preuße.

Nach 1815 verstärkte sich allerdings der Wunsch nach einer Änderung des politischen Systems. Man verlangte die Einführung einer Verfassung, die Garantie von Bürgerrechten, kurzum, die Abschaffung des alten absolutistischen Systems, wie es seit 1660 im Königreich bestand und dessen Schatten auch die Herzogtümer streiften. Auch diese Zeit des Verfassungskampfes war eine gemeinsame deutsch-dänische Epoche, denn die Liberalen des Gesamtstaates empfanden die Gemeinsamkeit ihres Anliegens, dem der dänische König in den 1831 genehmigten Provinzialständeversammlungen nur unzureichend Rechnung trug.<sup>9</sup> Dass die nationale Frage schließlich in diesem Kreis deutsch-dänischer Liberaler die Oberhand gewann, war Ergebnis erst verhältnismäßig kurzfristiger Entwicklungen. Noch bis in die vierziger Jahre hinein trafen sich Liberale wie Orla Lehmann aus Kopenhagen und Theodor Olshausen aus Kiel zur Aussprache über gemeinsame Ziele, bis sich beide dann ihren nationalen Lagern zuwandten und damit schließlich das Trennende mehr als das Verbindende betonten.

Das aber wiederum war eine Entwicklung, die insgesamt wohl zahlenmäßig weniger Einwohner beider Herzogtümer erfasste, als wir gemeinhin beiderseits der Grenze anzunehmen geneigt sind. Sicher gab es die berühmten Sängereisen, an denen einige tausend Menschen teilnahmen – aber sind das aussagekräftige Zahlen zur Feststellung einer fest umrissenen nationalen Gesinnungslage?<sup>10</sup> Zahlreich sind die überlieferten Beispiele, die noch für die Kriegszeit von 1848 bis 1850 eine weit verbreitete Orientierungslosigkeit bei der nationalen Zuordnung

offenbaren. Diese indifferente Haltung, zwischen Hilflosigkeit und Resignation schwankend, spricht auch aus Behrnd Petersen Erinnerungen, die ich eingangs schon zitierte. Angesichts seiner erneuten Einberufung im Jahre 1849, notierte der Schleswiger:

„Aus Furcht vor schlimmer Strafe, sagte mir mein Verstand, sei es wohl das Beste, die einmal versprochene Pflicht zu erfüllen. Aber ich ... sagte mir häufig, daß ich wohl durchaus ruhig hier bleiben dürfte, wozu wir Schleswiger das größte Recht hätten, ohne Strafe zu erwarten.“<sup>11</sup>

Wir befinden uns also unversehens im Dreijährigen Krieg, dem Erhebungskrieg, wie man ihn in Schleswig-Holstein auch nennt. Diesen Krieg setzen Deutsche und Dänen bis heute gerne ins Zentrum ihrer „Geschichte des Gegeneinander“. Seit geraumer Zeit jedoch bekommt dieses Bild Risse. Dazu muss man nicht erst auf einen Behrnd Petersen hinweisen, der in diesem angeblich deutsch-dänischen Krieg gar nicht zu sagen gewusst hätte, ob er Deutscher oder Däne sei. Schon der Ausbruch des Krieges ist auf tragische Weise mit einem eigentlich Dänen und deutschen Schleswig-Holsteinern gemeinsamen Ziel verbunden: dem Wunsch nach einer Verfassung.

Wie bekannt, kam es in Kopenhagen am 22. März 1848 zu einer unblutigen Revolution, indem es nationalliberalen und linksliberalen Politikern gelang, den König von einem politischen Kurswechsel zu überzeugen. Er entließ sein altes Kabinett und ernannte neue Minister. In Schleswig-Holstein kam es am 24. März ebenfalls zur Bildung einer Regierung, der berühmten provisorischen Regierung mit Beseler, Olshausen, dem Grafen Reventlou und dem Prinzen zu Noer – um die wichtigsten Mitglieder zu nennen. Was die Geschichtsschreibung oft mit einigem Recht als Beginn des Gegeneinanders gewertet hat, besitzt doch einen deutlichen Kern der Gemeinsamkeit. Beide Seiten, Dänen und Deutsche, wollten einen politischen Wechsel und beiden gelang das, was 1848 in Europa nicht selbstverständlich war, nämlich eine unblutige Revolution in Kiel und Kopenhagen zu initiieren.

Was folgt, sind die bekannten kriegerischen Auseinandersetzungen: Bau, Schleswig, Eckernförde, Kolding, Fredericia, Idstedt, Missunde, Friedrichstadt. Was aber ebenso folgt, ist die klammheimliche Einführung liberaler, um nicht zu sagen – für die damaligen Verhältnisse – extrem liberaler Verfassungen. In Schleswig-Holstein war es das Staatsgrundgesetz vom September 1848, in Dänemark das Junigrundgesetz von 1849.<sup>12</sup> Liest man beide Dokumente aufmerksam, wird einem auffallen, wie ähnlich sich beide Verfassungstexte inhaltlich sind. Das hat natürlich einen Grund. In der Spätphase des Gesamtstaats war dem König und vielen seiner Beratern durchaus klar, dass politische Veränderungen vorgenommen werden mussten. Immerhin regierte der dänische Monarch immer noch absolutistisch, ohne jede Einschränkung und fast ohne Mitsprache seiner



## Mitbürger!

Unser Herzog ist durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden, seine bisherigen Rathgeber zu entlassen und eine feindliche Stellung gegen die Herzogsthümer einzunehmen.

Der Wille des Landesherrn ist nicht mehr frei und das Land ohne Regierung.

Wir werden es nicht dulden wollen, daß Deutsches Land dem Raube der Dänen Preis gegeben werde. Große Gefahren erfordern große Entschlüsse; zur Vertheidigung der Gränze, zur Aufrechterhaltung der Ordnung bedarf es einer leitenden Behörde.

Folgend der dringenden Nothwendigkeit und gestärkt durch das uns bisher bewiesene Vertrauen haben wir dem ergangenen Rufe folgend vorläufig die Leitung der Regierung übernommen, welche wir zur Aufrechterhaltung der Rechte des Landes und der Rechte unseres angekommenen Herzogs in seinem Namen führen werden.

Wir werden sofort die vereinigte Ständeversammlung berufen und die übernommene Gewalt zurückgeben, sobald der Landesherr wiederum frei sein wird oder von der Ständeversammlung andere Personen mit der Leitung der Landesangelegenheiten beauftragt werden.

Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands anschließen.

Wir fordern alle wohlgeinten Einwohner des Landes auf, sich mit uns zu vereinigen. Laßt uns durch Festigkeit und Ordnung dem Deutschen Vaterlande ein würdiges Zeugniß des patriotischen Geistes geben, der die Einwohner Schleswig-Holsteins erfüllt.

Der abwesende Advocat Bremer wird aufgefordert werden, der provisorischen Regierung beizutreten.

Kiel, den 24. März 1848.

### Die provisorische Regierung.

Beseler Friedrich Prinz zu Schleswig-Holstein.

F. Reventlou. M. T. Schmidt.

Abb. 1  
Aufruf der provisorischen  
Regierung in Kiel, 24.3.1848

Untertanen. So bildete man eine Kommission zur Erstellung eines Verfassungsentwurfes. Dazu berief man selbstverständlich dänische und deutsche Untertanen gleichermaßen, und tatsächlich wurde ein Entwurf noch vor Kriegsausbruch im März 1848 fertiggestellt. Es war eben dieser Entwurf, den sowohl die Dänen als auch die Schleswig-Holsteiner für ihre liberalen Verfassungen von 1848 und 1849 aus der Schublade holten. Ich möchte dieses spannende Kapitel hier nicht näher ausführen – es darf von Prof. Dr. Thomas Riis, dem ich den Hinweis auf diesen weitgehend unbekanntem Verfassungsentwurf verdanke, noch Genaueres erwartet werden.

Die Geschichte des Krieges von 1848 bis 1850 ist dann gewissermaßen eine janusköpfige Angelegenheit gewesen; während man sich auf dem Schlachtfeld mit Pulver und Blei gegenseitig umbrachte, versuchten sich die Politiker in Dänemark und Schleswig-Holstein an der Umsetzung liberaler Ideen und führten damit

ein Werk voran, das unter günstigeren Umständen ein gemeinsames Werk von Dänen und Deutschen hätte sein können.

Auf den Schlachtfeldern, innerhalb der beiden sich gegenüberstehenden Armeen, gab es Zweifel.<sup>13</sup> Warum kämpfte man überhaupt gegeneinander? War man nicht Jahrzehnte gemeinsam friedlich miteinander ausgekommen? Wir wissen, dass die schleswig-holsteinischen Offiziere bei Bau (am 9. April 1848) in den Reihen der anrückenden Dänen alte Kameraden und Freunde wiedererkannten, Tränen standen ihnen in den Augen. Vielen Dänen ging es umgekehrt ebenso, auch das berichten zahlreiche Quellen. Das alte Gesamtstaatsmilitär führte nun, aufgeteilt in eine dänische und eine schleswig-holsteinische Armee, einen nationalen, separatistischen Krieg und war doch selbst bis 1848 eine der wenigen Deutsche und Dänen integrierenden Institutionen der alten Monarchie gewesen, wo Gott und König mehr gezählt hatten als Sprache und Nation. Viele Offiziersdynastien hatten in dieser Armee gedient und mussten es auch nach 1848 tun, obwohl Freunde und Verwandte nun zum „Feind“ geworden waren. Dazu einige Beispiele: Der Bruder des dänischen Generals v. Krogh<sup>14</sup>, des Siegers von Ildstedt, war Freikorpsführer auf schleswig-holsteinischer Seite, Angehörige der alten gesamtstaatlichen Offiziersfamilie du Plat dienten ebenfalls auf beiden Seiten – der schleswig-holsteinische du Plat ließ sich deshalb sogar zur Militärverwaltung versetzen, um nicht auf seine Verwandten schießen zu müssen.<sup>15</sup> Eine ganze Bevölkerungsgruppe, die Schleswiger, durch deren Herzogtum die Sprachengrenze verlief, erlebte oft ebensolche Gewissenskonflikte. Die Konsequenzen, welche die wehrpflichtigen Männer daraus zogen, waren vielfältig. Einige, wie Behrnd Petersen, folgten – wenn auch ungerne – dem Einberufungsbescheid. Wieder andere, das war nicht selten, haben zwischen 1848 und 1850 den Krieg auf beiden Seiten mitgemacht. Der Großteil, rund die Hälfte, aber entzog sich dem Kriegsdienst beider Seiten. Weil das Herzogtum Schleswig während des Krieges mehrmals den „Besitzer“ wechselte, war das durchaus möglich, wenn man sich ein wenig geschickt anstellte.

Das Militär, der Hauptakteur des Krieges, war weit davon entfernt, eine Nation nach Bismarcks Leitsatz „mit Eisen und Blut“ schmieden zu wollen. Vor 1848 waren nur wenige Offiziere politisch interessiert und engagiert gewesen und während des Krieges änderte sich daran wenig.<sup>16</sup> Beide Seiten mussten eine Menge an propagandistischen Klischees aufbieten, um den Feind ins rechte, also in diesem Falle schlechte Licht zu rücken: Die Schleswig-Holsteiner waren die „røver“ (Räuber), „oprører“ (Aufrührer), ja sogar Königsmörder. Die Dänen wurden kategorisiert in die dummen, feigen, unmilitärischen Jüten und die fanatischen, politisierten Inseldänen, die der „roten Revolution“ das Wort redeten.

Worum handelte es sich nun, um einen deutsch-dänischen Krieg oder um einen Bürgerkrieg? Ein einiges Deutschland blieb 1848/49 bekanntermaßen ein Traum



Abb. 2 Nach der Schlacht von Bau am 9. April 1848: „Schleswig-Holsteiner auf der Flucht durch Flensburg“. Zeitgenössische dänische Darstellung mit Propagandacharakter

und die Schleswig-Holsteiner begannen erst damit, sich politisch als Deutsche zu fühlen. Dasselbe gilt im übrigen auch für die Dänen; auch sie waren ja erst dabei, einen dänischen Nationalstaat zu schaffen.

Natürlich gab es Gründe, warum man 1848 in den Krieg zog. Diese aber waren vielschichtig und den breiten Massen nicht verständlich. Sehen wir den Krieg in seinem nationalen Kontext, dann war er weder der Höhepunkt eines Gegensatzes noch der Ausbruch eines lang aufgestauten Konflikts. Es war vielmehr der erste Riss, der sich jedoch wegen der nachfolgenden Danisierungspolitik von 1851 bis 1863 und die Germanisierungspolitik Preußens nach 1867 nicht mehr kitten ließ.

Beurteilen wir den Krieg, die Erhebung, aus sich selbst heraus, nicht mit dem Wissen um einen weiteren Krieg von 1864 und nicht mit dem Wissen über die lange Zeit des Grenzkampfes: 1848 zerbrach ein Vielvölkerstaat, in dem Deutsche, Dänen und Isländer, bis 1814 auch noch Norweger gemeinsam gelebt hatten. Ein derartiger Bruch, so sehr ihn auch die politischen Akteure in solchen Fällen immer wünschen, schmerzt die Menschen, insbesondere die, die nun innerhalb kürzester Zeit in Nachbarn und Freunden Feinde sehen sollen. Der Krieg von 1848 forderte oftmals diesen Bruch und er weist hiermit ein Kriterium für das auf, was wir einen Bürgerkrieg nennen. Zwar fehlten diesem Krieg noch die uns heute leider nur allzu bekannten Grausamkeiten wie Vertreibung, Massaker oder „ethnische Säuberung“,<sup>17</sup> trotzdem kämpften 1848 Bürger ein und desselben (Gesamt-)Staatsgebildes gegeneinander. Beide Seiten wichen in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht vom Legitimitätsprinzip ab und beriefen sich jeweils auf den regierenden König oder Herzog, der doch ein und dieselbe Person war. Dass der dänische König Partei für die dänische Seite nahm,



Abb. 3 „Die Erstürmung des Dannewerks bei Schleswig“, 23. April 1848. Zeitgenössische Sicht des Hamburger Lithographen und Verlegers David Martin Kanning

ist nachvollziehbar, setzt aber die Schleswig-Holsteiner nicht automatisch ins Unrecht. Der Bruch mit dem alten Gesamtstaat konnte eben nicht ohne Verlierer vonstatten gehen und das war eben der Teil der Bevölkerung, dem sich der König des neuen dänischen Nationalstaates nicht mehr in der Weise zuwenden konnte, wie er es als Monarch eines multiethnischen, übernationalen Gesamtstaates hatte tun können.

War der gewaltsame Bruch nötig, damit sich Dänen und deutsche Schleswig-Holsteiner selbst finden konnten? Kriege sind immer vermeidbar, die Frage und die Suche nach einer eigenen Identität allerdings sind es nicht. Ein intaktes Verhältnis zur eigenen Geschichte und zur eigenen Nation schließt die Erkenntnis ein, dass alle historischen Entwicklungen Ursachen und Folgen, vor allem aber eine Vorgeschichte haben. Es war das vorrangige Anliegen dieser kurzen Darstellung, bei Dänen und Deutschen, insbesondere aber bei den Schleswigern beiderlei nationalen Bekenntnisses, in Erinnerung zu rufen, dass es vor dem Gegeneinander ein fruchtbares Miteinander gegeben hat. Es war eine Zeit, für die sich jedwede Konstruktion einer Erbfeindschaft, und sei es auch nur durch die unvorsichtige Verwendung der nationalen Attribute in der Bezeichnung „deutsch-dänischen Krieg“, verbietet. Es war ein Miteinander, das wir heute wieder leben das es uns möglich macht, in Idstedt, am Jahrestag der blutigsten Schlacht Nordeuropas, friedlich zusammenzukommen.

## Anmerkungen

- 1 Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Hans-Friedrich Rothert, Das Problem Idstedt, in: GFH 2/1979, S. 140 ff.; Reimer Witt, Idstedt – ein Mythos im Wandel, in: GFH 2/2000, S. 115 ff.; Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn-Peter Leppien, Noch einmal: Das Problem Idstedt. Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins in Schleswig-Holstein seit dem Ausgang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, in: Landesgeschichte und Landesbibliothek. Studien zur Geschichte und Kultur Schleswig-Holsteins. Hans Friedrich Rothert zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Dieter Lohmeier u. Renate Paczkowski, Heide 2001, S. 199 ff. Unter dem Titel: „Die Schlacht bei Idstedt. Zum Wandel des nationalen Geschichtsbewusstseins ...“ auch abgedruckt in: GFH 3/2001, S. 165 ff.; Matthias Scharl, Idstedt – Erinnerungsort gemeinsamer deutsch-dänischer Geschichte. Die neue Ausstellung in der Idstedt-Halle, in: GFH 4/2005, S. 289 ff. u. GFH 1/2006, S. 29 ff. Auch als Sonderpublikation, hrsg. v. Grenzfriedensbund u. d. Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Flensburg/Schleswig 2006.
- 2 Zit. nach Fr. Christensen (Hrsg.), Lebensbeschreibung des Behrnd Petersen [...], in: Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, H. 4, Jg. 1961, S. 5-30, hier S. 21.
- 3 Zu diesem Thema vertiefend Thomas Riis, Gibt es ein schleswig-holsteinisches Selbstverständnis?, in: Nordlichter. Geschichtsbewusstsein und Geschichtsmymthen nördlich der Elbe (= Beiträge zur Geschichtskultur, Bd. 27), hrsg. von Bea Lundt, Köln/Weimar/Wien: 2004, S. 373-389.
- 4 Dieser Bezug erklärt die nationalpolitische Symbolik des Danewerks für das 19. und 20. Jahrhundert.
- 5 Vgl. dazu Miroslav Hroch, Das Europa der Nationen. Die moderne Nationausbildung im europäischen Vergleich (= Synthesen. Probleme europäischer Geschichte 2), Göttingen 2005, insbesondere S. 145-170.
- 6 Vgl. zu einer neuen, den historischen Kontext berücksichtigenden Deutung der berühmten Handfeste Reimer Hansen, Was bedeutet up ewig ungedeel? Das Ripener Privileg von 1460 im deutsch-dänischen Nationalkonflikt des 19. Jahrhunderts, in: GFH 4/1996, S. 215-232 sowie Carsten Jahnke, „dat se bliven ewich tosamende ungedelt“. Neue Überlegungen zu einem alten Schlagwort, in: ZSHG 128 (2003), S. 45-59.
- 7 Christopher, auch Christoph (III.), Kg. 1440-1448.
- 8 Vgl. dazu Dieter Lohmeier, Da den tysksprogede litteratur i Hertugdømmerne blev slesvig-holstensk, in: Meddelsler fra Thorvaldsens Museum 2001/Thorvaldsens Museum Bulletin 2001, S. 45-56 sowie Gottlieb Japsen, Statspatriotisme og nationalfølelse i Sønderjylland før 1848, in: Historie. Jyske Samlinger, Ny række XIII (1979-1981), S. 107-122.
- 9 Die erst 1834 verwirklichten Provinzialstän­deversammlungen hatte man für vier Teile der Monarchie eingerichtet (Seeland/Fünen, Jütland, Schleswig, Holstein), was neben den sehr beschränkten politischen Möglichkeiten der Ständeabgeordneten die Einflussnahme der Versammlungen um ein weiteres einschränkte (vgl. dazu Friederike Hagemeyer, Preußische Provinzialstände als Vorbild für Dänemark. Vergleiche der

- ständischen Gesetzgebung Preußens von 1823/24 mit den Provinzialständegesezen für das Königreich Dänemark von 1831/34, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 38 (1989), S. 199-250.
- 10 Vgl. dazu Henning Unverhau, *Gesang, Feste und Politik. Deutsche Liedertafeln, Sängerkulte, Volksfeste und Festmähler und ihre Bedeutung für das Entstehen eines nationalen und politischen Bewußtseins in Schleswig-Holstein 1840-1848* (= Kieler Werkstücke. Reihe A, Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, Bd. 25), Frankfurt am Main 2000.
  - 11 Zit. nach Christensen, S. 21.
  - 12 Vgl. dazu Manfred Jessen-Klingenberg, *Die Schleswig-Holsteinische Landesversammlung und das Staatsgrundgesetz vom 15. September 1848*, in: *Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen* (= Altenholzer Schriften, Bd. 5), hrsg. von Göttrik Wewer, Opladen 1998, S. 93-106 und Heiko Vosgerau: „Der ... Verfassungsentwurf ist der demokratischste, der je in deutscher Sprache abgefaßt worden.“ – *Verfassung und Verfassungswirklichkeit während der schleswig-holsteinischen Erhebung*, in: *150 Jahre Streben nach Demokratie. Vorträge zum Schleswig-Holstein-Tag 1998 in Elmshorn*, hrsg. von Martina Daniel u. Willy Diercks, Kiel 1999, S. 61-74.
  - 13 Zu den folgenden, das Militär betreffenden Ausführungen vgl. Jan Schlürmann, *Die Schleswig-Holsteinische Armee 1848-1851*, Tönning 2004.
  - 14 G. C. v. Krogh, \*1785, Generalmajor seit 1847 (U. C. Mühlenstedt, *Den Kongelig Danske Landmilitair-Etats Calender for aaret 1848*, Kjøbenhavn 1848, S. 76.).
  - 15 Der „dänische“ J. H. C. du Plat (\*1769) wurde 1848 als Generalmajor der Reserve wieder in den aktiven Dienst berufen, der „schleswig-holsteinische“ F. W. P. du Plat (\*1803) war 1848 Hauptmann im Ingenieurkorps zu Rendsburg (Mühlenstedt, *Calender*, S. 78 u. 83).
  - 16 Als eine wenn auch bekannte Ausnahme gilt der dänische Kapitän (Hauptmann) A. F. Tscherning, der als Angehöriger der linksliberalen „Bonderens“ (Bauernpartei) im Märzministerium von 1848 als Kriegsminister fungierte.
  - 17 Hier sei auf den sicher nicht unproblematischen, jedoch in seiner provozierenden Wirkung nicht zu unterschätzenden Aufsatz des Dänen Uffe Østergaard hingewiesen: *1848 aus der Sicht von 1998. Der Bürgerkrieg im dänisch-deutschen Gesamtstaat 1848-50 unter der Perspektive des Bürgerkriegs in Ex-Jugoslawien*, in: *Die deutsche Revolution von 1848/49 und Norddeutschland. Beiträge einer Tagung vom 15. bis 17. Mai 1998 in Hamburg* (= Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte, Bd. 27) hrsg. von Wolfgang Beutin, Wilfried Hoppe u. Franklin Kopitzsch, Frankfurt am Main 1999, S. 251-262.

# „Investitionen in die Humanität“

Grußwort der Landesregierung bei der Eröffnung des erweiterten Dokumentenhauses in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

von HEINZ MAURUS

*Nach fünfjähriger Vorbereitungszeit wurde am 2. September 2006 ein Erweiterungsbau der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund eröffnet. Dem 1989/90 in Sichtweite der Gräber von 300 KZ-Toten errichteten Dokumentenhaus, das eine historische Dauerausstellung beherbergt, wurde jetzt ein etwa gleich großer Anbau hinzugefügt. Er soll verbesserte Bedingungen für die pädagogische Arbeit, für die internationalen Begegnungen und für Sonderausstellungen schaffen.*

*Zu den mehr als 250 Ehrengästen zählten Bürger der niederländischen Gemeinde Putten, aus der 107 der KZ-Opfer des Jahres 1944 stammen. Neben hochrangigen Vertretern aus Politik und Landeskirche waren auch zahlreiche private Förderer, Vertreter von Firmen und des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages anwesend, die den Erweiterungsbau durch ihr Engagement mit ermöglicht haben. Die breite öffentliche Akzeptanz der international angelegten friedenspädagogischen Erinnerungsarbeit in Ladelund wurde so einmal mehr augenfällig.*

*Ungeachtet ihrer jeweiligen parteipolitischen Ausrichtung begleiten und fördern die schleswig-holsteinischen Landesregierungen diese über Jahrzehnte gewachsene, für unser Land einzigartige Arbeit. Auch die gegenwärtige Landesregierung bekennt sich zu ihrer Mitverantwortung für die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund. Dies lässt sich dem im Folgenden abgedruckten Grußwort des Chefs der Staatskanzlei, Staatssekretär Heinz Maurus, entnehmen.*

*Die Redaktion*

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung, heute zur Eröffnung des erweiterten Dokumentenhauses der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund zu sprechen. Unser Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat mich ausdrücklich gebeten, Ihnen seine besten Grüße und Wünsche auszurichten.

Ein besonders herzliches Willkommen gilt dabei unseren Gästen aus den Niederlanden – stellvertretend begrüße ich Herrn Frids Fabrik als Vertreter der Gemeinde Putten und Herrn Jan van den Hoorn als Vorsitzenden der „Stichting Oktober 44“: Ihre Anwesenheit beglaubigt aufs Neue die Aufrichtigkeit und Festigkeit der Freundschaft, die durch die Jahrzehnte zwischen Putten und Lade-

lund wachsen konnte. Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist froh über Ihren Besuch hier bei uns im Norden, denn wir wissen, dass diese Reise für Sie immer auch schmerzhaft Seiten hat. Dabei ist es heute ein guter Tag für das Erinnern, ein guter Tag für Ladelund und ein guter Tag für Schleswig-Holstein, weil heute ein Tag der Begegnung ist!

In den sechs Wochen im Herbst 1944, in denen das Außenlager Ladelund des Konzentrationslagers Neuengamme bestand, litten hier mehr als 2.000 Menschen, fanden 300 Menschen den Tod. Bald nach dem Krieg, schon 1950, entstand auf dem Friedhof von Ladelund eine KZ-Gedenkstätte, im Oktober 1950 kamen erstmals 150 Puttener, um die Gräber ihrer Familienangehörigen zu besuchen. Ein Jahr später schon war der hiesige Pastor Meyer nach Putten eingeladen und konnte dort in deutscher Sprache predigen!

Beide Seiten streckten früh die Hand zur Versöhnung aus und legten damit den Grundstein für eine völkerversöhnende Gedenkstättenarbeit. Das Wunderbare



Abb. 1  
Der Chef der Staatskanzlei,  
Staatssekretär Heinz Maurus,  
in Ladelund, 2.9.2006





Abb. 2 „Baum der Versöhnung“ – symbolische Pflanzung eines von der Fielmann AG gestifteten neun Meter hohen Ginkgos: (v.l.) Bischof Dr. Hans Christian Knuth, Karin Penno-Burmeister, Leiterin der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte, Staatssekretär Heinz Maurus, Frids Fabriek, stellvertretender Bürgermeister der niederländischen Stadt Putten, Jannes Priem, ehemaliger Häftling im KZ-Ladelund, Sönke Peters von der Fielmann AG, Jan van den Hoorn, Vorsitzender der niederländischen „Stiftung Oktober 44“

daran ist für mich, dass diese Versöhnung durch Begegnungen lebt – und das nicht angeordnet, gewissermaßen von oben herab initiiert oder gesteuert.

Nein: Hier in Ladelund ist etwas ganz Besonderes gewachsen, Schritt für Schritt, und wer hätte zu wünschen gewagt, dass dieser bürgerschaftliche Wille zur Versöhnung Freundschaften begründet hat und durch die Jahrzehnte anhält, ja stärker und stärker wird?

Heute ist ein guter Tag, weil die Erinnerung und die Begegnung neuen Raum erhalten: Ein vergrößertes Dokumentenhaus erweitert die methodischen Möglichkeiten der Gedenkstättenarbeit, der Anbau war dringend nötig. Gerade die Zusammenarbeit der Gedenkstätte mit den Schulen, gerade der pädagogische Auftrag der Gedenkstätte gewinnt immer stärker an Bedeutung, und ich meine, das ist auch richtig so. Die Investitionen hier sind wirkliche Investitionen in die Humanität!

Das ist eine gute Voraussetzung dafür, dass Völkerverständigung und Völkerfreundschaft hier auch nachwachsen können. Dabei zeigte der großartige Erfolg

der Spendenaktion mit dem sprechenden Titel „Auf dem Boden der Tatsachen – Steine gegen das Vergessen“ das besondere Engagement der Menschen im ganzen Land: 1.500 Spenderinnen und Spender haben sich beteiligt. Ich meine, das dokumentiert auf augenfällige Weise, wie stark die Ladelunder Aufklärungs- und Versöhnungsarbeit auch bei uns im Land verankert ist.

Dieses Ergebnis wäre wohl nicht möglich gewesen, sehr geehrter Herr Ahlert, wenn sich nicht der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag sh:z zum engagierten Medienpartner der Spendenaktion gemacht hätte! Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist dankbar dafür, dass sich hier viele Kräfte zum Wohle des Ganzen verbunden haben!

Und ich bin auch froh, dass das Land mit Mitteln der Europäischen Union helfen konnte: So ergänzen sich staatliche und bürgerschaftliche Mittel auf ideale Weise.

Meine Damen und Herren, unser Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat gerade in dieser Woche beim Besuch der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen deutlich gemacht, wie wichtig die Aufklärungsarbeit der Gedenkstätten im Lande ist. Dabei ist der Ministerpräsident selbst Vorsitzender des Stiftungsrates der „Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten“, die im Jahr 2002 vom Land, der Landesbank und den Kirchen gegründet worden ist. Ihr Ziel ist es, bestehende oder noch zu gründende Einrichtungen des Gedenkens an den nationalsozialistischen Terror zu fördern – sie will gerade auch mit Blick auf die jüngere und kommende Generation Vermittlungsarbeit leisten. Aber dabei wollen wir nicht ausschließlich zurückblicken: Die Stiftung will darüber hinaus Toleranz und gegenseitige Achtung unter den Menschen fördern, will Verständnis und persönlichen Einsatz für den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat stärken und das Bewusstsein für die eigene politische Verantwortung entwickeln und vertiefen. Die jahrzehntelange Arbeit an der Brücke der Verständigung zwischen Ladelund und Putten ist hier ein Vorbild!

Viele Menschen haben daran Anteil und ihnen allen gilt mein Dank: Ich finde, sie alle dürfen das neue Haus auch als Lohn ihrer Arbeit verstehen!

Ich wünsche der weiteren Aufklärungs- und Versöhnungsarbeit, die hier in Ladelund geleistet wird und doch weit über die Gemeindegrenzen hinaus wirkt, weiterhin die Kraft und die Beharrlichkeit und den Geist der Freundschaftlichkeit, der Ladelund zum Vorbild macht! Herzlichen Dank!

# Renationalisierung – Globalisierung – Regionalisierung

von GERRET LIEBING SCHLABER

*Vor fünf Jahren begann der damals 30-jährige Historiker Gerret Liebing Schlaber mit dem Beitrag „Die Grenze in den Köpfen“, welcher seinerzeit viel Aufmerksamkeit erregte, die lose Reihe „Gedanken eines Grenzgängers“. Mit dem vorliegenden Diskussionsbeitrag entwirft er drei Szenarien darüber, wie sich das schleswigsche Grenzland in naher Zukunft entwickeln könnte, und zieht gleichzeitig eine Zwischenbilanz neuer grenzlandpolitischer Tendenzen in den ersten Jahren des noch jungen Jahrhunderts.*

*Die Redaktion*

## 1. Renationalisierung – Festschreibung der Gegensätze

Bei der Entwicklung der modernen Staatsform seit dem 19. Jahrhundert wurde das Prinzip des Nationalstaats fast überall in Europa zum Maßstab aller Dinge. Dabei galt das Grundprinzip, dass ein Staat eine Nation umfassen sollte und dass theoretisch jede Nation das Anrecht auf einen eigenen Staat hätte – sofern sie groß genug war und dies von den mächtigeren Nachbarn akzeptiert wurde. Mit der Wirklichkeit ließ sich dieses Prinzip allerdings nicht vereinen, da es fast nirgendwo klare Grenzen zwischen den verschiedenen Volksgruppen gab. Deshalb wurde die dominierende Nation zum Träger ihres Staates.

Welche Folgen die Durchsetzung dieses Prinzips für das alte Herzogtum Schleswig gehabt hat, ist allgemein bekannt: Beide nationale Bewegungen forderten das ganze Land zwischen Eider und Königsau für ihren Staat, es kam zu Kriegen, weiter schwelenden Konflikten, nationalem Kampf auf vielen Ebenen und schließlich zur Ziehung einer Grenze, die Schleswig so streng und nachhaltig teilt wie keine Grenze zuvor. Zwar gehört der Grenzkampf heute der Vergangenheit an. Doch trotz aller internationalen Verflechtungen und vieler grenzüberschreitender Einigkeiten sind die Realitäten in beiden Staaten teilweise sehr unterschiedlich. Es ist nicht auszuschließen, dass das Nationalstaatsparadigma seine Vorrangstellung nicht nur behält, sondern sogar weiter ausbaut.

Für das schleswigsche Grenzland würde ein solches Szenario die Festschreibung alter Gegensätze bedeuten: Die wesentlichen Entscheidungen werden weiterhin in den Hauptstädten getroffen, wobei die nationale Einheitlichkeit natürlich Vorrang vor regionalen Besonderheiten hat. Im nationalen Interesse sind Grenzgebiete

wirtschaftlich und kulturell nur Randgebiete. Etwaige „Leuchttürme“ bleiben auf zentrale Standorte beschränkt – vor allem wenn man von ihnen internationale Ausstrahlung erwartet.<sup>1</sup> Umso mehr sind Randgebiete von Zuschüssen aus der Zentrale abhängig, was sich dann auch in einer andauernden Zuschussmentalität und reduzierter Fähigkeit zur Eigeninitiative niederschlägt.

Wird die Förderung des Grenzgebiets und der Minderheiten jedoch gesenkt, wird dies die Lage erst recht verschärfen. Die infrastrukturelle Randlage, nicht zuletzt bedingt durch unzureichende grenzüberschreitende Verbindungen, wird sich weiter verschärfen, da der Abstand zu den besser geförderten Zentren immer größer wird. Weiterer Arbeitsplatzabbau wegen geringerer Rentabilität oder sogar aus Mangel an qualifizierten Kräften und eine verstärkte Abwanderung jüngerer Einwohner in die Zentren sind die logische Folge, deren langfristige Schäden (Geburtenausfall, demografische Schieflage, Abbau nicht mehr bezahlbarer Infrastruktur uvm.) sich immer weiter selbst verstärken und gar nicht überschätzt werden können.

In einem solchen Szenario kann auch das mühsam Erreichte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wieder in Frage gestellt werden. Wenn es der nationalen Interessenlage entspricht, kann die Grenze ohne weiteres wieder physisch verstärkt werden. Die andere Seite der Grenze wird noch uninteressanter, und man lernt und erfährt noch weniger über einander. Die Minderheiten werden angesichts des herrschenden Paradigmas „ein Land – eine Kultur“ marginalisiert – womöglich bis auf einen kaum regenerationsfähigen „harten Kern“ – und als Fremdkörper empfunden. Durch die mangelnde Verständigung, nicht zuletzt durch weiter abnehmende Kenntnisse in der Nachbarsprache, können alte Grenzkonflikte zudem leicht wieder aktiviert werden. Die Geschichte kann allzu leicht wieder nur im nationalen Kontext als Mittel zur Selbstrechtfertigung gebraucht werden – zumal sich neue grenzüberschreitende Erkenntnisse noch lange nicht in allen Köpfen durchgesetzt haben.<sup>2</sup>

Eine „Grenzwachtmentalität“, die den jeweiligen nationalen Gegenpart in erster Linie als Gegner sieht (und sei es nur in einem „friedlichen Wettstreit der Kulturen“) und die Grenze als „Schutz“ betrachtet, zählt noch immer zu den größten Gefahren für die Zukunft unseres Grenzlandes. Allzu oft zeigt sie sich unterschwellig bis offen, etwa wenn einigen eine weitere deutsch-dänische Normalisierung zu weit geht, wenn in finanz- oder rein machtpolitischen Fragen eine Schieflage zugunsten der anderen Seite ausgemacht wird oder wenn man seine Identität durch Dissens und Abgrenzung zu finden glauben muss.<sup>3</sup> Der Aufbau von Feindbildern, von denen man sich abgrenzen wollte, hat bei der Nationenwerdung eine erhebliche Rolle gespielt, gerade auch im deutsch-dänischen Gegenüber. Es ist daher trotz aller Fortschritte gar nicht so unwahrscheinlich, dass der nationale Gegensatz sich wieder verschärfen kann.



Abb. 1 Grenzübergang Kupfermühle-Krusau in der 1960er Jahren

Wenn durch administrative Zusammenlegungen gewachsene Zusammenhänge zerstört werden, bleibt nur noch der Nationalstaat als stabiler Identitätsträger. Wenn Nord- und Südschleswig aber nur noch ganz normale Teile Dänemarks bzw. Deutschlands sind, wird man sie nur noch als doppelten Wurmfortsatz wahrnehmen – und das Grenzland wird in der totalen Bedeutungslosigkeit verschwinden.

## 2. Globalisierung – Peripherie im Europa der Metropolen

Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung im letzten Drittel und erst recht im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sahen nicht wenige schon das Ende der Nationalstaaten gekommen. Auch wenn ein neuer bzw. wieder aufgeflammter Nationalismus in vielen Teilen Europas dem zunächst entgegenzutreten schien, führt doch kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass viele Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene bewältigt werden können. Der Ausbau der Europäischen Union ist ein Versuch, um gemeinsame Probleme auf überstaatlicher Ebene zu lösen. Von einer wirklichen neuen Ordnung, die diesen Namen verdient, ist jedoch einstweilen wenig zu spüren. Viel mehr lässt sich ein – wie es euphemistisch genannt wird – „freies Spiel der Kräfte“ beobachten, dem nationalstaatliche Regelungen immer weniger entgegensetzen können. Dass das schleswigsche Grenzland bei diesem „freien Spiel“ stärkeren Regio-

nen unterlegen ist, liegt auf der Hand. Die Regeln werden durch die finanziell stärksten Kräfte bestimmt. Diese sind an weiter steigenden Gewinnen interessiert und denken vor allem in großen Einheiten. Damit sind nur noch die großen Wirtschaftsmetropolen und Hauptstädte wirklich interessant. Von ihnen gehen die bestimmenden Impulse aus, während Regionen wie das schleswigsche Grenzland bestenfalls reagieren, den Kraftzentren aber nicht mehr widerstehen können.<sup>4</sup> Unter diesen Voraussetzungen wird das schleswigsche Grenzland noch abhängiger von öffentlicher Förderung werden, für die es aber immer weniger Interesse in den Zentren gäbe. Wirtschaftlich wäre es auf sich allein gestellt und im überregionalen Vergleich bestenfalls für einige wenige Branchen interessant, die hier noch Standortvorteile erkennen können. Dazu dürfte in erster Linie noch mehr als heute der Tourismus gehören, der allerdings ebenfalls zu gesellschaftlichen Verwerfungen führen kann. Man denke nur an die bereits heute für normal verdienende Einheimische unerschwinglichen Immobilienpreise auf Sylt. Das touristisch weniger interessante Binnenland hätte ohnehin nur wenig Chancen. Unter diesen Voraussetzungen wird die Bevölkerungszahl weiter sinken. Zwar dürften Teile der Region für manchen als noch relativ preiswerter Alterssitz interessant werden. Aber auf der anderen Seite gibt es für junge Menschen kaum Entwicklungsmöglichkeiten, am wenigsten für besser qualifizierte. Ihnen bleibt nur die Abwanderung, vermutlich in noch weiter entfernte Gefilde als bisher, wodurch die persönliche Bindung an die Region noch weiter abnimmt. In einer Welt, in der sich das meiste durch direkten Kontakt zwischen den Metropolen regelt, wird die Staatsgrenze ihre Bedeutung weitgehend einbüßen. Sie kann jedoch auch in einem Europa der Globalisierung vor Ort noch schmerzhaft spürbar bleiben, wenn Nord- und Südschleswig in wesentlichen Funktionen Teile verschiedener übergeordneter Einheiten bleiben. Verkehrstechnisch wird die Region nur als Transitland, das man möglichst schnell durchqueren und hinter sich lassen möchte, von Bedeutung sein. Wenn die feste Fehmarnbelt-Querung den Weg zwischen Hamburg und Kopenhagen deutlich verkürzt, wird jedoch selbst diese Funktion schwinden. Weder Århus noch das südjütische „Dreieck“ wird sich zu einem Kraftzentrum entwickeln können, das den Metropolen das Wasser reichen kann, ebenso wenig Kiel oder Odense. Schleswig wäre somit ein Randgebiet zwischen Randgebieten. Für regionale kulturelle Besonderheiten bleibt in einem solchen Szenario wenig Raum. Sie wären bestenfalls als folkloristische Kulisse in den Urlaubsgebieten an Nord- und Ostsee interessant, weil noch als Restposten vermarktbare. Ansonsten ist im täglichen Leben statt spezifischer Kultur mit allen ihren Facetten nur noch schnell verwertbare Unterhaltung gefragt, der sich selbst eigentlich wichtige Informationen unterzuordnen haben („Infotainment“). Die Medien konzentrieren sich überdies nur noch in den Metropolen.



Abb. 2 Rückzug aus ländlichen Distrikten: Verlassenes Haus in Marstrup bei Hadersleben

Für besonderes regionales oder lokales Bewusstsein lässt eine solche Umwelt keinen Spielraum, zumal die den Menschen abverlangte Flexibilität immer häufiger Arbeitsplatz- und Wohnortwechsel fordert und viele Landschaften ohnehin zu austauschbaren Gegenden degradiert werden. Allenfalls für langlebige Klischees, die ja meist der nationalen Identitätsfindung entspringen, bleibt noch Raum, da sie sich im „Infotainment“ gut verkaufen lassen. Wahrscheinlich wird ihre Bedeutung sogar noch zunehmen, da eine übergeordnete Identität (etwa eine europäische) für den Einzelnen schwer fassbar ist und regionale Besonderheiten schwinden. Auch die Geschichte kann dann keine Anknüpfungspunkte mehr bieten – außer für die genannten Klischees und latenten Vorurteile. Von einzelnen profitablen Veröffentlichungen (nochmals Stichwort „Infotainment“) abgesehen wird die Geschichtsarbeit – und erst recht die regionale – schon frühzeitig weggespart werden und die Geschichte selbst verdrängt oder vergessen.

Nicht nur für die angestammten und längst in die Minderheit geratenen Sprachen und Dialekte gibt es keinen Raum mehr. Auch die Staatssprachen werden entscheidend geschwächt und aus vielen Lebensbereichen verdrängt werden, da eine derart global vereinheitlichte Welt ein übergeordnetes Kommunikationsmittel braucht.

In einem solchen Szenario wird die deutsch-dänische Zusammenarbeit vor Ort sich von selbst erledigen. Sie kann kein Interesse mehr finden, ebenso wenig das jeweilige Nachbarland als solches. Die Orientierung auf die Metropolen lässt wenig Interesse für die jeweilige Nachbarregion aufkommen. Letztlich wird regionale Strukturpolitik aus den in den Metropolen entworfenen „Sachzwängen“ heraus ebenso wie die Förderung von Minderheiten und Kultur vor Ort nur noch als unprofitabler Luxus wahrgenommen werden.

Schon jetzt wird deutlich, in welchem Maß Metropolen auf Kosten eines weiten Umlands leben. Qualifizierte Arbeit wird in den Großstädten konzentriert, und die Konzentration des kulturellen Lebens folgt. Das Umland verliert seine wichtigsten Kräfte, und immer mehr Läden, Schulen und andere Einrichtungen müssen schließen. Erst nach der Pensionierung kehren viele in das ruhigere Umland zurück, doch können sie dann die Verluste nicht mehr ausgleichen. Dass die Metropolen dann zur Bewältigung ihres repräsentativen Anspruchs, aber auch der besonderen sozialen Probleme noch mehr Aufmerksamkeit und Finanzmittel auf Kosten des Umlands an sich ziehen, liegt auf der Hand.<sup>5</sup> Randgebiete haben in einem Europa der Metropolen erst recht keine Chance mehr auf eine eigenständige Entwicklung und veröden. Dass dieses Szenario in einigen dünner besiedelten Regionen in Deutschland wie in Dänemark schon sehr viel weiter fortgeschritten ist als im Schleswigschen, macht die Lage hier nicht einfacher.

### **3. Regionalisierung – neues Selbstbewusstsein ohne Grenzen**

Über das Modell eines „Europa der Regionen“ wird seit Jahren diskutiert. Der Begriff Region wird dabei flexibel gehandhabt, und das ist das eigentlich Neue: Als Region wird nicht unbedingt ein fest abgegrenztes Gebiet in einer bestimmten Größenordnung aufgefasst. Grundlage einer Region ist lediglich eine geografische Gemeinsamkeit, aus der sich verschiedene gemeinsame Interessen und Bedürfnisse ergeben. Durch diese Offenheit kann sich jeder Ort gleichzeitig verschiedenen Regionen zugehörig fühlen, was einer einseitigen Ausrichtung vorbeugt. Regionen können supranational sein, zum Beispiel den gesamten Ostseeraum umfassen. Sie können aber auch kleinteilig sein und dabei unabhängig von Staatsgrenzen – wie etwa Schleswig, das seine Gemeinsamkeit sogar auf einen historischen Vorläufer (eben das alte Herzogtum) berufen kann. Dass in verschiedener Hinsicht die ganze kimbrische Halbinsel, ganz Schleswig-Holstein, das künftige „Syddanmark“ oder die beiden letztgenannten gemeinsam in gewisser Weise als Regionen funktionieren können, liegt ebenso auf der Hand wie die Existenz noch kleinerer regionaler Einheiten wie das Flensburger Fördenland, Angeln, die Schleiregion, Nordfriesland und andere. Auch wenn diese





Abb. 3 Das Herzogtum Schleswig vor der Grenzziehung

Mannigfaltigkeit zunächst verwirrend erscheint, bietet die Abkehr von starr abgegrenzten administrativen und staatlichen Einheiten ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten und Flexibilität.

Auch ein vermeintliches Randgebiet wie Schleswig kann sich zu einem guten Teil aus eigener Kraft weiter entwickeln, wenn in regionaler Zusammenarbeit die eigenen Stärken genutzt werden und man nicht verzweifelt (und vergeblich)

die Modelle stärker gestellter Regionen nachzuahmen versucht – denn wer nur hinterherläuft, kann nie die Initiative übernehmen. Es muss das Ziel sein, sich als Region selbstbewusst darzustellen und sich aus einseitigen Abhängigkeiten zu lösen.

Zu den Stärken, welche die schleswigsche Grenzregion aus eigener Kraft hervorheben kann, gehört in erster Linie die Kontaktfunktion zwischen dem deutschen und dem skandinavischen Großraum. Weder in den südöstlichen Nachbarregionen an der Ostsee noch in den Metropolen Hamburg und Kopenhagen liegen die beiden Kulturkreise so eng beieinander. Eine grenzüberschreitende Ausrichtung aller Ausbildungen bis hin zur Universität wird Qualifikationen in verschiedenen Systemen und die Entstehung von Ideenschmieden ermöglichen, die es außerhalb von Grenzgebieten so nicht geben kann. Dieses Milieu kann zahlreiche neue Firmen anziehen, z.B. in den Bereichen erneuerbare Energien, Mikroelektronik, nachhaltige Lebensmittelproduktion u.a. Die relative Entfernung von den Ballungsräumen lässt eine Stärkung von „sanften“ Tourismus-, aber auch „Wellness“- und Kurangeboten sinnvoll erscheinen. Eine nachhaltigere und ruhigere Lebensform kann im Vergleich zu den Metropolen ebenfalls ein positiver Faktor sein. Die kulturelle Mehrströmigkeit an sich ist ebenfalls sowohl eine Besonderheit als auch ein Standortvorteil – sowohl für das Selbstbewusstsein der Einwohner, den Tourismus und für Unternehmen, die in allen Kulturkreisen Fuß fassen wollen. Wenn es auf diese Weise gelingt, das schleswigsche Grenzland zu stärken, wird man auch den Bevölkerungsrückgang und alle damit verbundenen Folgen auffangen.

Die Staatsgrenze hat in diesem Szenario bestenfalls eine marginale Bedeutung. Auch auf anderen Ebenen haben Grenzen höchstens eine statistische Funktion, da die Überlappungen und Verbindungen auf verschiedenen Ebenen wichtiger wären. Der öffentliche Verkehr kann ungehindert von jedem Ort in jede Richtung fließen, und zwar ohne Schikanen durch technische Unvereinbarkeit, unübersichtliche Tarifordnungen und schlecht aufeinander abgestimmte Fahrpläne.

Die kulturellen Besonderheiten und die gelebte Sprachenvielfalt sind für die Region ein Wert an sich. Sie profitieren von der regionalen Zusammenarbeit und sind selbst ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Die Geschichte wird gemeinsam begriffen und für die gemeinsame Zukunft aufgearbeitet – das gilt besonders für die nationalen Konflikte und ihre Folgen, die als Mahnung und Warnung der Geschichte zum Verständnis der Region beitragen. Nicht die Nation oder eine andere abstrakte Einheit ist die entscheidende Größe, sondern jeder einzelne Mensch. Ein regionales Bewusstsein hat viele Ebenen und ermöglicht es dem Einzelnen, seine eigene stabile Identität zu finden. Die jeweils andere Seite ist dabei ebenfalls Teil der Identität und keine Konkurrenz, von der man sich abgrenzen muss.

## Quo vadis, Schleswig?

Kann man Tendenzen erkennen, auf welchem Weg sich das schleswigsche Grenzland in Bezug auf die drei gezeichneten Szenarien befindet? Dies würde sicherlich eine größere Untersuchung erfordern. An dieser Stelle möchte ich einige ausgewählte Aspekte heranziehen, die ich vor genau fünf Jahren an dieser Stelle unter dem Titel „Die Grenze in den Köpfen“ als Probleme herausgestellt hatte. Die grenzüberschreitende Kommunikation ist nicht besser geworden. Zwar gibt es wieder einige Zugverbindungen mehr, doch Wartezeiten bei den Anschlüssen (oft in Flensburg und Pattburg) und hohe Verspätungsanfälligkeit machen die Ostbahn wenig einladend. Auf der Westbahn fahren nur Lokalzüge zwischen Niebüll und Tondern. Erfreulich ist hingegen die Einführung grenzüberschreitender Fahrscheine in der Region ab dem 1.8.2006. Die eigentlich lobenswerte Einführung durchgehender Busse zwischen Sonderburg und Husum hat hingegen nur wenig verbessert. Lange Fahrtzeiten und bis zu 24 Minuten Aufenthalt in Flensburg machen das Prädikat „Schnellbus“ zur Farce. Bei der Post ist die Schere zwischen Inlands- und Auslandspost bei beiden Postgesellschaften weiter auseinandergegangen, ohne dass die massive Portoerhöhung zu einer Beschleunigung geführt hätte.<sup>6</sup> Mobil- wie Festnetztelefon sind über die Grenze hinweg deutlich teurer, auch wenn eine neue EU-Richtlinie dies ändern will.

In den Medien sind die Minderheiten und die Nachbarn jenseits der Grenze nach wie vor spärlich vertreten. Positiv ist zu vermelden, dass es in den nördlichen Ausgaben des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags regelmäßig Beiträge zur grenzüberschreitenden Wirtschaft gibt. Dafür wurde die zeitweise gut ausgestattete Rubrik „Aus der Region“ inzwischen wieder stark zurückgeschraubt, und der Umzug der Schleswig-Holstein-Redaktion nach Neumünster schlägt sich in einer stärker nach Süden orientierten Berichterstattung nieder. Beim Medium Fernsehen drohen sogar dramatische Verschlechterungen: Technische Neuerungen und finanzielle Uneinigkeiten lassen befürchten, dass die TV- und Radioprogramme bald nur noch auf einer Seite der Grenze empfangen werden können.

Bewegung gibt es auf dem Feld der Verwaltungsstrukturen – allerdings anders als von vielen erhofft. Zwar hat Schleswig-Holsteins Landesregierung die Schaffung einheitlicherer Unterinstanzen beschlossen. Doch ein Zeitplan für die Verwaltungsreform ist noch nicht abzusehen. Dafür werden ab dem 1.1.2007 die einheitlichen dänischen Primärkommunen und Amtskommunen (darunter Sønderjyllands Amt) der Vergangenheit angehören.<sup>7</sup> Ein Regierungsentwurf zur Strukturreform wurde ohne nennenswerte Proteste unverzüglich umgesetzt. Doch weder die nicht an historischen Grenzen orientierten Flächenkommunen in Landkreisgröße noch die mit wenig Kompetenzen ausgestatteten Großregionen wie das landschaftlich wie historisch völlig heterogene „Syddanmark“ werden in absehbarer Zeit Identität

stiften können. Auch wenn manche in der im internationalen Vergleich hohen Kompetenzhäufung der Kommunen eine Dezentralisierung erkennen wollen, ist der Weg der massiven Zentralisierung auf allen Ebenen unübersehbar.

Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheits- und Bildungswesen sowie bei Wirtschaft und Arbeitsmarkt wird weiterhin eine Politik der kleinen Schritte und der praktischen Zusammenarbeit im Einzelfall verfolgt, die einige punktuelle Erfolge vorweisen kann, z.B. den gemeinsamen Rettungshubschrauber. Zu den erfreulichen Neuerungen der letzten Jahre zählt die Einrichtung des Infocenters Grenze, eine Anlaufstelle zur Lösung praktischer Probleme im grenzüberschreitenden Alltag. Vor allem die Beratung der Grenzpendler, deren Zahl allmählich zunimmt, ohne dass ein wirklich integrierter Arbeitsmarkt in Sicht ist,<sup>8</sup> wurde wesentlich verbessert. Mit der Einsetzung von Sonderbeauftragten für das Grenzland haben dessen Probleme Eingang in die Arbeit der nationalen Regierungschefs gefunden. Auch die private Wirtschaft ist sich in vielen Branchen näher gekommen. Gemeinsame deutsch-dänische Initiativen in Handel und Handwerk zeigen, dass immer mehr Betriebe die grenzüberschreitende Kooperation als wichtige Chance erkannt haben. Doch manche Teilerfolge wie die grenzüberschreitenden Studiengänge drohen durch landesweite Zentralisierungsbestrebungen wieder in Gefahr zu geraten. Neue Tendenzen zur Entwicklung nationaler „Leitkultur“, vor allem in Hinblick auf die dauerhafte Anwesenheit vieler Mitbürger aus anderen Teilen der Welt, sind der Lage im Grenzland ebenfalls nicht förderlich.<sup>9</sup>

In einem Punkt hat sich jedoch Wesentliches getan: Nach Jahren des Eigenlobs ist man sich im Grenzland viel stärker darüber bewusst geworden, dass es größerer grenzüberschreitender Anstrengungen bedarf, um beide schleswigsche Landesteile zukunftsfähig zu erhalten. „Die Grenze in den Köpfen“ ist als wesentliches Problem erkannt worden. Wie tief diese aber weiterhin verankert ist, zeigte sich im Frühjahr 2005, als der Streit um die Wertigkeit der SSW-Landtagsmandate den inneren Beziehungen im Grenzland einen neuen und in dieser Heftigkeit kaum mehr für möglich gehaltenen Tiefschlag versetzte.<sup>10</sup> Zum Glück im Unglück geschah dies kurz vor den Feiern zum 50. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die dann nicht wie zuvor befürchtet nur zur Lobpreisung des Erreichten, sondern auch zur kritischen Bestandsaufnahme genutzt wurden.

Es lässt sich also feststellen, dass wir erst vergleichsweise wenige Schritte auf dem Weg zur Regionalisierung beschritten haben. Die Globalisierung und Metro-  
polisierung schreitet weiter voran. Dieser Herausforderung scheinen sowohl die dänische als auch die deutsche (und schleswig-holsteinische) Politik vor allem mit Zentralisierungen entgegenzutreten zu wollen, die letztlich im Grenzland eine Renationalisierung auf vielen Feldern und wohl auch in vielen Köpfen bewirken könnten – und denen letztlich manches mühsam Aufgebaute wieder zum Opfer



Abb. 4 Sitz des Regionskontors und des Infocenters Grenze im Gebäude Lyren 1 nahe der Autobahnanschlussstelle Pattburg

zu fallen droht. Guter Wille zur grenzüberschreitenden Regionalisierung ist zwar vorhanden. Doch muss er sich grundsätzlich nationalen Interessen unterordnen, und die Zentralisierung nutzt in erster Linie den von Regierungspolitik und Globalisierung ohnehin einseitig bevorzugten Kraftzentren.

Eine solche Entwicklung ist jedoch nicht naturgegeben. Wir müssen begreifen, dass wir mit den jeweils „anderen“ viel mehr gemeinsam haben, als uns voneinander trennt, und dass die jeweils andere Seite der Grenze zum eigenen Umfeld dazugehört. Es lohnt sich, statt der Betonung des Trennenden und der nationalen Unterschiede das Gemeinsame zu suchen. Dies hat nichts mit einem „Mischmasch“ oder gar der Aufgabe von eigener Identität zu tun,<sup>11</sup> sondern ganz im Gegenteil mit einer Bereicherung derselben. Bislang scheint ein solches grenzüberschreitendes Verständnis weitgehend nur Angehörigen der Minderheiten zu gelingen. Doch gerade durch die notwendige Mehrfachorientierung wahren sie ihre Identität und ihre besondere Stellung – und tragen erheblich dazu bei, der schleswigschen Region ein besonderes Gepräge zu geben. Durch mehr Informationen über die Nachbarn, Sprachkenntnisse und praktische Verbindungen sollte es möglich sein, auch die Bevölkerungsmehrheit dafür zu sensibilisieren.

### **Neue Chancen und Perspektiven?**

Auch wenn die drei skizzierten Szenarien hier so vereinfacht wie möglich dargestellt worden sind, ist es wohl unübersehbar, dass eine gesicherte und eigenständige Zukunft des schleswigschen Grenzlandes nur unter den Vorzeichen

des dritten Modells vorstellbar ist. Doch machen wir uns nichts vor: Noch befinden wir uns weitgehend im Stadium des ersten Szenarios, das unübersehbare Tendenzen in Richtung auf das zweite zeigt, während das dritte bislang nur in bescheidenen Ansätzen existiert. Ein grundlegendes Problem bleibt, dass wir noch immer nicht wirklich grenzüberschreitend denken und fühlen können, sondern fest in den Kategorien „Dänemark“ und „Deutschland“ verharren. Noch nicht einmal eine regionale Symbolik haben wir gefunden und müssen bei gemeinsamen Veranstaltungen immer die Nationalflaggen bemühen, die ja nun einmal für den ganzen jeweiligen Staat stehen und aus regionaler Perspektive gerade das Trennende betonen.

Vom „Europa der Regionen“ wird seit langem gesprochen. In allen Köpfen ist es aber noch längst nicht angekommen – und schon gar nicht in allen tatkräftigen Händen. Es erscheint ähnlich wie „Bildung ist unser wichtigster Rohstoff“ oder „mehr Güter auf die Schiene“ als ein ständig wiederholtes Schlagwort: Alle sind von dessen Wahrheit überzeugt, aber es fehlt der politische Wille, um diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen.

Für uns muss es zunächst einmal um praktische Lösungen für die Probleme im schleswigschen Grenzland-Alltag gehen. Immerhin haben wir inzwischen einige Erfahrungen und können sogar stolz auf ein erfolgreiches „schleswigisches Modell“ verweisen. Doch zu lange hat man übersehen, dass dieses Modell nur die politische Lage der nationalen Minderheiten geklärt hat. Das große Manko ist, dass die jeweilige Mehrheitsbevölkerung kaum mit einbezogen wurde. Für eine wirkliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf regionalem Niveau bietet das „schleswigische Modell“ in seiner bisherigen Form keine ausreichende Grundlage.

Erscheint eine Erfolg versprechende grenzüberschreitende Regionalpolitik gegenwärtig überhaupt realistisch? Immerhin hat man erkannt, dass das „schleswigische Modell“ dringend erweiterungsbedürftig ist. Es gibt bei uns wie erwähnt schon einige zumindest punktuelle Ansätze, und weitere Impulse lassen sich sowohl aus anderen Regionen holen als auch vor Ort entwickeln. Entscheidend ist, dass die grenzüberschreitende Regionalpolitik auf eine breite Grundlage gestellt wird. Die allererste Voraussetzung dafür ist, dass man zunächst einmal eine tiefere Verständigung zwischen Deutsch und Dänisch schafft. Dreh- und Angelpunkt ist und bleibt dabei das möglichst frühzeitige Erlernen der Nachbarsprache – wobei es auf das gegenseitige Verstehen ankommt und nicht auf unerreichbare Sprachperfektion. Ein weiterer ganz entscheidender Punkt ist, dass Institutionen auf allen Ebenen vom Staat bis zu den Gemeinden, aus dem öffentlich-rechtlichen und privaten Bereich, aus Bildung, Wirtschaft, Kultur und anderem fest in die Zusammenarbeit einbezogen werden, sich vielfältig und pragmatisch vernetzen und aktiv daran teilnehmen. Das erfolgreiche norwegisch-

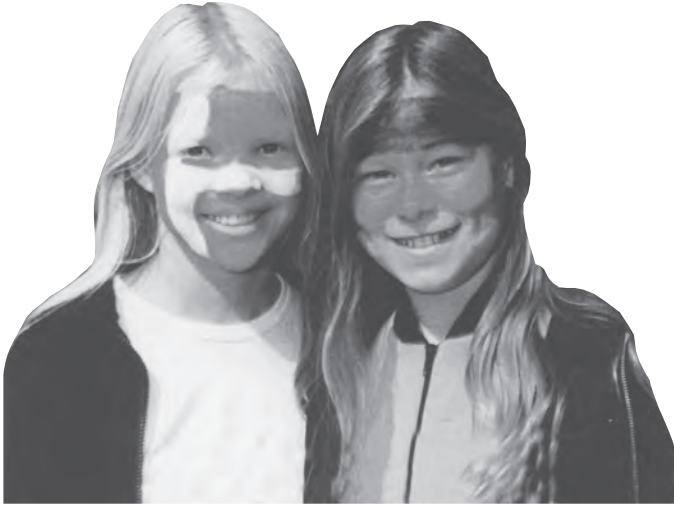


Abb. 5 Ein Beispiel für Flaggensymbolik bei regionalen Veranstaltungen: Symbolbild für das Schulsportfest in Apenrade 2006

schwedische Beispiel Värmland-Hedemark zeigt, dass dies nicht nur machbar, sondern unabdingbar ist.<sup>12</sup>

Auf diese Weise kann die 1997 geschaffene (Euro-)Region, deren Ausstrahlung und Erfolg noch vieles zu wünschen übrig lassen, zu einer wesentlichen Grundlage ausgebaut werden. Dafür muss sie aber auch ihren holperigen Doppelnamen ablegen. Dieser wirkt etwa so Identität stiftend wie F.Y.R.O.M.,<sup>13</sup> Nordostprovinz, Bezirk Karl-Marx-Stadt oder Deutsch-Südwestafrika. Und der seit kurzem verwendete Bindestrich zwischen „Sønderjylland“ und „Schleswig“ suggeriert noch mehr als der bisherige Schrägstrich, dass es sich um zwei grundverschiedene Gebiete handele. Dabei bezeichnen beide Namen historisch doch dasselbe! Am einfachsten wäre es, wenn man es freistellen würde, ob man die gesamte Region nun lieber als Schleswig oder Slesvig oder Sønderjylland bezeichnet. Hier bietet die ansonsten skeptisch zu betrachtende Auflösung von Sønderjyllands Amt sogar eine echte Chance, indem der Name nun ohne Verwechslungsgefahr wieder historisch korrekt auf die gesamte Region angewendet werden kann. Auch die Schaffung eines gemeinsamen Regionssymbols in Anlehnung an das historische schleswigsche Wappen könnte an das notwendige Gemeinschaftsgefühl appellieren – was man vom derzeitigen langweiligen und austauschbaren Regions-Logo mit den stilisierten Pfeilen nicht einmal ansatzweise behaupten kann.

Über eine Neustrukturierung des Regionalrats ist man sich zum Glück angesichts

der dänischen Strukturreformen zügig einig geworden. Entscheidend ist aber, dass hier das deutsch-dänische Blockdenken überwunden wird. Wenn sich vor den Sitzungen die beiden nationalen Hälften separat treffen, um ihre Position abzustimmen, schafft man natürlich kein regionales Verantwortungsbewusstsein. Das Scheitern eines Ausbaus der Grenzpendlerberatung aus national-egoistischen Gründen ist dafür ein symptomatisches Beispiel. Vielleicht sollte die Regionalversammlung – die Bezeichnung Grenzrat ist abzulehnen, da hier wieder einmal das Trennende betont wird – in einer nicht allzu fernen Zukunft frei gewählt werden, während die Verwaltungsspitzen nur als Berater und weisungsgebundene ausführende Gewalt teilnehmen.

Doch nicht nur die Entscheidungsträger, sondern vor allem auch die allgemeine Bevölkerung und das Wirtschaftsleben müssen vielfältig vernetzt werden. Wenn man dem oben beschriebenen Szenario näher kommen will, ist vorurteilsfreie Zusammenarbeit auf allen erdenklichen Ebenen vonnöten. Das gilt auch institutionell: Für jedes Sachgebiet müssen die Partner nicht nach Größe, Status und Bedeutung der jeweiligen Einrichtung (ob Kommune, Behörde, Betrieb usw.) ausgewählt werden, sondern ganz pragmatisch im Sinne der gestellten Aufgabe. Beispielsweise muss die Flensburger Universität auf dem entscheidend wichtigen Feld der Lehrerbildung eng mit dem Haderslebener CVU<sup>14</sup> kooperieren, in anderen Fächern wiederum – wie ja teilweise schon erfolgreich etabliert – mit der Syddansk Universität. Auch hier heißt das Schlüsselwort „Vernetzung“, und zwar auf allen Ebenen!

Natürlich lässt sich ein gemeinsames Bewusstsein weder erzwingen noch demokratisch beschließen. Zum Heranwachsen braucht es seine Zeit. Zeit ist in unserer schnelllebigen Welt aber ein knappes Gut. Umso wichtiger ist es, dass man die genannten Schritte unverzüglich in Gang setzt. Wenn man so lange mit neuen Taten wartet, bis auch der letzte Quengler, der unbedingt an alten Feindbildern und Selbstbemitleidungen festhalten will und der jeden Schritt der Zusammenarbeit als Verletzung nationaler Gefühle auffasst, sein Einverständnis gibt, wird man allerdings den Anschluss noch weiter verlieren.

Das Besondere und Positive am Konzept der Regionen ist, dass der Begriff im Gegensatz zu „Land“, „Staat“ oder „Nation“ keine starren Grenzen erfordert. Eine Region kann wie erwähnt eine Landschaft mit oder ohne gemeinsame Geschichte sein, eine untergeordnete geografische Einheit, aber auch eine länderübergreifende Größe. Dies eröffnet ungeahnte Chancen, um anstehende Probleme pragmatisch und ohne nationale Fesseln auf der jeweils am besten geeigneten Ebene zu lösen. Wenn wir einseitig an einem „Europa der Nationen“ festhalten, wird es noch schneller zu einem „Europa der Metropolen“ oder „Europa der Konzernspitzen“ ausarten. Grenzländer fernab der großen Zentren haben darin aber keine Zukunft mehr. Deshalb muss es im ureigenen Interesse von Mehr-



und Minderheiten auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze liegen, dass wir auf eine starke gemeinsame Region hinarbeiten – zumal die strukturellen Probleme auf beiden Seiten der Grenze sehr ähnlich sind. Dabei ist schnelles Handeln geboten, denn erfahrungsgemäß dauert es immer eine Weile, bis sich neue Erkenntnisse in den Köpfen verankern und bis den Worten Taten folgen. Solange sich ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein für die Region nicht wirklich durchgesetzt hat, droht auch das in den letzten 50 Jahren mühsam Erreichte wieder in Gefahr zu geraten. Dies gilt gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen. Nur gemeinsam können wir uns am eigenen Schopf aus dem Sumpf der Strukturschwäche ziehen.

#### Anmerkungen

- 1 So wurden in den vergangenen Jahren fast 80 Prozent der staatlichen dänischen Kulturförderung in Kopenhagen investiert, das auch in anderen Bereichen (z.B. bei Verkehrsprojekten) bevorzugt behandelt wird und leichter private Prestigeprojekte anzieht (wie z.B. das neue Opernhaus von Mærsk). Da Kopenhagen selbst in einem Grenzgebiet liegt, wird der Entwicklung ebendieser Öresundregion weit mehr Aufmerksamkeit gewidmet als dem deutsch-dänischen Grenzbereich.
- 2 Als jüngste Beispiele lassen sich, ergänzend zu den Titeln in meinem Beitrag in GFH 4/2005, S. 287, anführen: Klaus Kellmann: Geschichte Schleswig-Holsteins, in: Werner Künzel & Werner Rellecke (Hrsg.): Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Münster 2005, S. 367-384. Kirsten Grau Nielsen: Andreas Grau og Sønderjylland. Midt i striden 1906-1935. Højbjerg 2005.
- 3 Erwähnt seien hier die Angriffe gegen die Beteiligung deutscher Soldaten an der jährlichen Düppel-Gedenkfeier (GFH 2/2003, S. 129), die Vorbehalte gegen die Wahl des SP-Vertreters zum Kulturausschussvorsitzenden in Sonderburg (GFH 1/2006, S. 57), die Attacken gegen den SSW nach der Landtagswahl (GFH 2/2005, S. 121 ff.) und die Überlegungen des SHHB-Geschäftsführers über ein kulturelles „Dissenskonzept“ (Redeabdruck in: Streiflichter 2/2005).
- 4 Siehe hierzu z.B. Rolf Fischer: Nordstaat und Minderheitenpolitik, in: GFH 1/2006, S. 19 f.
- 5 Diese Thematik hat angesichts vieler aussterbender Regionen (vor allem im Osten Deutschlands) inzwischen große journalistische Aufmerksamkeit erfahren, und die Diskussion wird fortgeführt. Für unsere Region siehe auch den Beitrag „Schleswig-Holstein – Land der Alten“ (Flensburger Tageblatt, 9.6.2004). Doch auch die mittleren Großstädte können durch ihre Anziehungskraft ein Problem für ein weites Umland sein, siehe z.B. „Århus dræner jyske byer fra studerende“ (Århus Stiftstidende, 19.3.2003).
- 6 Beispielsweise kostete der Standardbrief Inland in Dänemark 2001 4,00 Kronen, der Europabrief 4,50. 2006 beläuft sich der Tarif auf 4,75 bzw. 7,00. Bei größeren

Formaten sind die Abstände noch größer. Auch die deutsche Post hat Anfang 2005 die Auslandstarife deutlich erhöht – der Standardbrief kostet nun 15 Cent mehr als bei Inlandspost.

- 7 Siehe zu diesem Thema die Beiträge von Kay Iversen (5. Dialog Grenzfriedensbund) und Harro Hallmann in: GFH 1/2006.
- 8 Hayo Herrmann: Situation und Entwicklung der deutsch-dänischen Grenzräume, in: GFH 3/2005, S. 233 f.
- 9 „Den borgerlige kulturkanon“, in: Flensborg Avis, 26.1.2006. Peter Dragsbo: Kulturkanon in einem Grenzland, in: GFH 1/2006, S. 23 f. Bemerkenswert ist, dass auch der Schleswiger Brüggemann-Altar als ein Hauptwerk der bildenden Kunst Aufnahme in den dänischen Kanon gefunden hat – was auf deutscher Seite manche Verwunderung ausgelöst hat. Man darf jedoch hoffen, dass dies neue grenzüberschreitende Besuche und Kontakte nach sich ziehen wird. Tatsächlich scheint der Schleswiger Dom trotz seiner historischen Bedeutung heute in Dänemark wenig bekannt zu sein: Im Frühjahr 2001 staunte der Verfasser dieser Zeilen über ein nicht sehr altes Bild des Doms in einer Vitrine der Königlichen Bibliothek in Kopenhagen: Die Mitarbeiter derselben, immerhin eine der führenden dänischen Kulturinstitutionen, baten um Mithilfe bei der Identifizierung dieses ihnen unbekanntes Bauwerks.
- 10 Siehe die Beiträge in: GFH 2/2005, S. 121 ff.
- 11 „ADS bleibt von harten Kürzungen verschont“, in: Flensburger Tageblatt, 30.5.2006. Dem Bericht zufolge wandte sich der Vorsitzende Hans Dethleffsen gegen einen kulturellen „Mischmasch“, der niemandem nütze.
- 12 Mehr Information über die erfolgreiche regionale Zusammenarbeit, in die staatliche, regionale, kommunale und private Einrichtungen in vernetzter Form eingebunden sind, siehe unter [www.grensetjansten.no](http://www.grensetjansten.no).
- 13 Former Yugoslavian Republic of Macedonia; dieses Abkürzungs-Ungetüm wurde vor allem deshalb im offiziellen internationalen Sprachgebrauch eingeführt, weil Griechenland den Namen Makedonien ausschließlich für seinen eigenen Anteil an der historischen, untrennbar mit der Geschichte der griechischen Antike verbundenen Landschaft beansprucht.
- 14 Das bisherige Lehrerseminar ist seit 2004 Teil des Centers for videregående uddannelse, Sønderjylland.

# Das „Zünglein an der Waage“

Interview mit der Landtagsabgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)

von JÖRN-PETER LEPPHEN

*Zur Erinnerung: Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 20. Februar 2005 erreichten weder die CDU mit ihrem Wunschpartner FDP noch die SPD mit den Grünen als Koalitionspartner eine absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Da sich weitere denkbare Konstellationen zunächst nicht realisieren ließen, fiel den beiden Abgeordneten der Partei der dänischen Minderheit (SSW) die Rolle des „Züngleins an der Waage“ zu. Einem Parteitagsbeschluss von 2004 folgend, führte der SSW, an der Spitze die Landtagsabgeordnete Anke Spoorendonk, Gespräche über die Unterstützung einer Minderheitsregierung. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit CDU und FDP entschied man sich zur aktiven Tolerierung einer Minderheitsregierung aus SPD und Grünen und damit für die Fortsetzung der Politik unter der Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD).*

*Dieser Entschluss des SSW rief bundesweit einen Sturm der Entrüstung hervor, der in Morddrohungen gegen die SSW-Abgeordnete Spoorendonk gipfelte. CDU-Politiker und ihre Wähler sahen sich, von den Medien teilweise unterstützt, durch den SSW um die Chance gebracht, als stärkste Partei in Schleswig-Holstein einen Machtwechsel herbeizuführen und so auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu ihren Gunsten zu verändern.*

*Auch prominente, mit Minderheitenfragen vertraute Politiker wie der Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 1 (Schleswig-Flensburg) Wolfgang Börnsen (CDU) sprachen dem SSW angesichts seiner Befreiung von der Fünf-Prozent-Klausel das politische, jedenfalls aber das moralische Recht ab, auf allgemein-politische Entscheidungen von weittragender Bedeutung maßgeblichen Einfluss zu nehmen. Damit wurde der volle Wert der SSW-Mandate – ein Kernstück demokratischer Minderheitenpolitik – massiv in Frage gestellt. Dieses zentrale Problem stand auch nach der gescheiterten Wahl von Heide Simonis zur Ministerpräsidentin und der Bildung einer Großen Koalition aus CDU und SPD unter dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU) unverändert im Raum.*

*Es wäre falsch gewesen, wenn Politik und Medien darüber einfach zur Tagesordnung übergegangen wären. Um zu einer nachhaltigen Versachlichung und konstruktiven Fortsetzung der Diskussion beizutragen, gaben die Grenzfriedenshefte Wolfgang Börnsen und Anke Spoorendonk Gelegenheit, ihre in der Tagespresse formulierten gegensätzlichen Standpunkte zur Minderheitenpolitik in unserer Zeitschrift auszutauschen. Ihre Beiträge erschienen, mit einer aus-*

*führlichen Einführung von Jörn-Peter Leppien und Gerret Liebing Schlaber, in Heft 2/2005, S. 121 ff. Danach wurde es relativ still um das Thema, doch ging Wolfgang Börnsen in einem Interview mit Flensburg Avis (9.9.2005) kurz vor der Bundestagswahl auf Distanz zu einigen seiner Äußerungen bezüglich der SSW-Mandate.*

*Es war die Absicht der Redaktion, die Leser der Grenzfriedenshefte in Heft 2/2006 durch Interviews mit Wolfgang Börnsen und Anke Spoorendonk darüber zu informieren, wie die beiden Kontrahenten ihre Position von 2005 aus der Distanz eines Jahres beurteilen. Vor allem aber sollte es um die Frage gehen, welche konkreten minderheitenpolitischen Folgerungen aus den unerfreulichen Auseinandersetzungen des Jahres 2005 gezogen wurden oder noch zu ziehen sind. Eine Antwort von Wolfgang Börnsen auf unser Interviewangebot (3.5.2006) ließ auf sich warten; auf unsere Nachfrage ließ Börnsen schließlich erklären, dass er die Diskussion für abgeschlossen halte (26.6.2006). Anke Spoorendonk war hingegen spontan zu einem Interview mit den Grenzfriedensheften bereit. Sie hatte auch nichts dagegen, dass wir über den unmittelbaren Gesprächsgegenstand hinaus einige weitere Fragen zur Grenzlandproblematik stellten.*

*Die Redaktion*

*Frau Spoorendonk, der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen hält die Diskussion über den Wert der SSW-Mandate, einen zentralen Streitpunkt im Umfeld der Landtagswahlen von 2005, für abgeschlossen. Jedenfalls hat er mit dieser Begründung ein Interview mit den Grenzfriedensheften abgelehnt. Sie hingegen haben spontan zugesagt. Warum?*

Die Grenzfriedenshefte stehen für eine ausgesprochen faire und ausgewogene Berichterstattung. Sie greifen Themen auf, auch unbequeme, die alle das gleiche Ziel verfolgen: Deutsche und Dänen in unserem gemeinsamen Grenzland einander näher zu bringen. Dies ist auch immer im Interesse der Minderheiten auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze, weil wir diejenigen sind, die am meisten davon profitieren. Daher war es für mich eine Selbstverständlichkeit der Bitte nach einem Interview nachzukommen. Ich bin ohnehin der Auffassung, dass vieles, was nach der Landtagswahl als in Beton gegossene Meinung verkündet wurde, sich ein Jahr später nicht sozusagen in Luft aufgelöst hat, sondern mit der Großen Koalition in Kiel einfach zugeschüttet wurde. Das ist psychologisch betrachtet nur all zu verständlich, dennoch finde ich, dass wir nicht von vornherein den Versuch aufgeben sollten, aus der Geschichte für die Zukunft zu lernen.

Abb. 1  
 „Sieg nach Pünktchen“.  
 Karikatur:  
 Wiedenroth, 2005

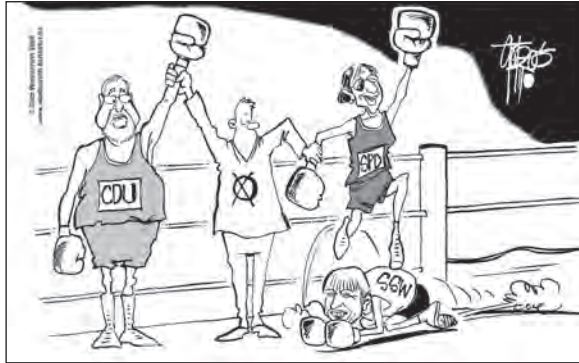


Abb. 2  
 „Zünglein an der  
 Waage“.  
 Karikatur:  
 Tomicek (Flensburger  
 Tageblatt, 22.2.2005)



Abb. 3  
 „Alles wartet nur auf Sie!“  
 Karikatur: Wiedenroth  
 (Flensburger Tageblatt,  
 24.2.2004)



*Welche Gedanken und Gefühle bewegen Sie, wenn Sie aus der historischen Distanz die Karikaturen (Abb. 1-3) betrachten, die wir in den Grenzfriedensheften 2/2005 veröffentlichten?*

Die genannten Karikaturen nehme ich heute wie vor einem Jahr einfach als Zeitdokumente hin. Mich ärgert aber immer noch ein wenig, dass der SSW ausschließlich als Opfer gesehen wird. So habe ich die Rolle des SSW nach der Landtagswahl im letzten Jahr nicht aufgefasst. Natürlich befanden wir uns in einer schwierigen Situation, die wir uns ja auch nicht ausgesucht hatten. Ich bleibe aber dabei, dass wir uns niemals zu einem Opfer des Wahlergebnisses degradieren ließen. Für den SSW stand fest, dass wir keine große Koalition wollten und dass wir ansonsten drei Optionen hatten: uns der Stimme zu enthalten, in eine Regierung einzutreten oder eine Minderheitsregierung im Parlament zu unterstützen. Hätten wir uns in der Frage der Regierungsbildung der Stimme enthalten, wie es Peter Harry Carstensen von uns erwartete, dann hätten die Landtagsabgeordneten des SSW dies fünf Jahre lang tun müssen – und dann hätten wir letztlich den SSW als Partei beerdigt. Das war also keine ernst zu nehmende Option. Ich stehe dazu, dass es in der konkreten Situation richtig war, eine Minderheitsregierung im Parlament zu tolerieren.

*Worauf, meinen Sie, ist das Unverständnis, sind die Aggressionen zurückzuführen, die Ihnen und Ihrem Entschluss, eine Minderheitsregierung aus SPD und Grünen aktiv zu tolerieren, begegneten?*

In Deutschland gehören Minderheitsregierungen ja nicht zur politischen Normalität. – Im Gegensatz zu beispielsweise Dänemark, wo Regierungen eher selten über eigene Mehrheiten verfügen und ein Regieren mit wechselnden Mehrheiten zum politischen Alltag gehört. In Klammern bemerkt sind die meisten gesellschaftlichen Reformen nördlich der Grenze von Minderheitsregierungen durchgeführt worden. Es geht also, wenn sich Politik nicht in Blöcken abspielt oder die politisch „Andersdenkenden“ per se herabgewürdigt werden.

Soll heißen, dass das Unverständnis einerseits etwas mit der politischen Kultur in Deutschland zu tun hatte. Viel entscheidender noch war es aber, dass Aggressionen gegen den SSW geschürt wurden, weil ein Regierungswechsel in Schleswig-Holstein über den Bundesrat auch bundespolitische Folgen und eine Signalwirkung für die nachfolgende Bundestagswahl hatte. Hier wurde ganz bewusst aus kurzfristigen parteitaktischen Überlegungen heraus das Recht der dänischen Minderheit in Frage gestellt, sich in die deutsche Politik einzumischen. Wie groß der politische Flurschaden sein kann, zeigt sich gerade jetzt, wo die Befreiung der deutschen Minderheit in Polen von der 5-Prozent-Hürde von pol-

nischen Nationalisten in Frage gestellt wird. Wer nur auf die nächste Wahl oder die Macht schießt, verspielt ganz schnell die Glaubwürdigkeit der deutschen Minderheitenpolitik. Diesen Vorwurf muss Herr Börsen sich jetzt gefallen lassen.

*Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die These, dass es über Jahrzehnte versäumt wurde, den Minderheitenschutz, also auch eine Wahlrechtprivilegierung des SSW, als ein wichtiges Element demokratischer Kultur im öffentlichen Bewusstsein zu verankern?*

Genau dieses wurde ja mehrfach instrumentalisiert, um gegen den SSW zu schießen, sei es jetzt 1987 gegen Karl Otto Meyer oder 2005 gegen Lars Harms und mich. Ich frage mich manchmal, ob manche Politiker, denen das deutsch-dänische Grenzland weniger stark am Herzen liegt, nicht auch ein Interesse daran haben, dass es so bleibt. Daher war es schon eine Ironie der Geschichte, dass wir am 29. März 2005 – fünf Wochen nach der Landtagswahl – den 50. Geburtstag der Bonn-Kopenhagener Erklärungen feierten und deutsche Spitzenpolitiker sich wieder zur großartigen Minderheitenpolitik in unserem Grenzland bekennen konnten. Der Inhalt dieser Sonntagsreden ist aber weder bei allen Politikern noch bei allen Bürgerinnen und Bürgern in die Köpfe gedrungen. Es sollte uns also eine Lehre sein, dass Sonntagsreden allein nicht zur Verständigung beitragen. Nur in „Alltagsreden“ wird deutlich, dass Minderheitenpolitik gelebt werden muss. Im Sinne der Bonn-Kopenhagener Erklärungen heißt dies wiederum, dass es in einer demokratischen Gesellschaft nicht in erster Linie darauf ankommt, eine nationale Minderheit besonders zu schützen. Viel mehr kommt es darauf an, die Bürgerinnen und Bürger, die ihr angehören, in die Lage zu versetzen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen. Die Befreiung des SSW von der 5-Prozent-Klausel ist somit nichts anderes als gelebte Demokratie.

*Hatten und haben Sie Verständnis dafür, dass selbst Bürger, die die demokratischen Spielregeln beherrschen und auch den vollen Wert der SSW-Mandate nie in Zweifel ziehen würden, Bedenken hatten, als Sie z.B. weitgehende Schulreformen ermöglichen wollten, die in der Bevölkerung vielfach auf Ablehnung stießen?*

Nein, das habe ich nicht. Die behutsamen Schulreformen, die wir mit der SPD und den Grünen vereinbart hatten, wollten ja nicht nur wir, sondern gerade auch die beiden anderen Parteien. Wir waren alle drei der Auffassung, dass das gegliederte Schulsystem nicht dazu imstande ist, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Es ist also Unsinn, dass die kleine Minderheit der Mehrheit etwas über den Kopf ziehen wollte.

Die SSW-Mandate sind vollgültig, und wir hätten zusammen mit den beiden anderen eine Mehrheit gehabt. Eine Mehrheit ist eine Mehrheit, und die kann und wird immer auch Dinge beschließen, die in größeren Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen. Das gilt doch ebenso für eine Große Koalition und hat nun wahrlich nichts mit dem SSW zu tun. Nein, hier wurde nur parteipolitisch Stimmung gegen den SSW und damit für einen Regierungswechsel gemacht. Hinzu kommt, dass das schleswig-holsteinische Schulgesetz sowohl für die öffentlichen Schulen wie auch für die Schulen der dänischen Minderheit gilt. Es gibt also auch gute minderheitenpolitische Gründe, sich für eine Schulreform stark zu machen. Im Übrigen glaube ich nicht, dass die Ablehnung so groß ist, wie die CDU und einige Lehrerverbände es gern darstellen wollten. Selbst CDU-geführte Gemeinden wollen die Gemeinschaftsschule, weil sich dadurch kleinere Schulstandorte auf dem Land erhalten lassen.

*Wäre mit einer solchen Politik möglicherweise die allenthalben beklagte Politikverdrossenheit in unserem parlamentarisch-demokratischen System gesteigert worden?*

Da muss ich eine Gegenfrage stellen: Ist die Politikverdrossenheit – die ich im Übrigen lieber Politikerverdrossenheit nenne – durch die Große Koalition weniger geworden? Mit Sicherheit nicht. Die Enttäuschung darüber, dass selbst eine so breite Mehrheit nur noch mehr Verunsicherung bringt, ist noch größer. Wenn das Modell der Minderheitsregierung geglückt wäre, dann hätten wir gerade dazu beitragen können, diese Verdrossenheit zu bekämpfen. Wir hätten etwas weniger rhetorische Rituale und etwas mehr Dialog zwischen den Parteien gehabt.

*Es soll ja auf Bundes- und Landesebene Politiker geben, die den ihnen zuteil werdenden Personenschutz als eine Art politisches Statussymbol betrachten. Wie haben Sie die Wochen erlebt, in denen Sie plötzlich im Focus öffentlichen Interesses standen und angesichts von Morddrohungen unter Polizeischutz leben mussten?*

Es widerstrebt mir zu glauben, dass es sich um ernst zu nehmende Morddrohungen handelte. Dennoch musste ich akzeptieren, dass die Polizei ihren Job machen musste. Zum Glück war es so, dass ich nur Personenschutz hatte, wenn ich mich in der Öffentlichkeit bewegte. Insgesamt kam ich damit aber ganz schlecht klar. Zum einen empfand ich es als eine ärgerliche Einschränkung meiner Privatsphäre – was nichts mit den Personenschützern zu tun hatte, denn sie waren ausgesprochen nett und sympathisch –, aber alles musste geplant und abgesprochen werden. Zum anderen war es aus meiner Sicht eigentlich





Abb. 4  
Die Abgeordnete  
Anke Spoorendonk in  
ihrem Kieler Landtagsbüro

nicht hinnehmbar, dass ich mich zu verhalten hatte, als wäre es gefährlich, in Deutschland Politikerin zu sein. Wir leben doch nicht in einer Bananenrepublik. Da gibt es ganz andere Länder – leider auch hier in Europa –, wo diejenigen, die sich mit Politik befassen, wirklich Zivilcourage zeigen müssen, um etwas zu bewegen. Damit hatte die Situation in Schleswig-Holstein vor einem Jahr nun wirklich nichts gemeinsam.

*Haben Sie in der aggressionsgeladenen Atmosphäre damals eine Solidarität unter Demokraten, auch von Landtagskollegen aus CDU und FDP, verspürt?*

Wenn mit Solidarität unter Demokraten gemeint ist, dass Politiker – unabhängig von Parteizugehörigkeit – dem SSW grundsätzlich das Recht einräumten, seine Stimme bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung in die Waagschale zu legen, dann gab es diese Solidarität nicht. Immer wieder mussten wir uns ja damit auseinandersetzen, dass es eine Mehrheit gegen eine rot-grüne Landesregierung gebe – als wären die zwei SSW-Mandate nicht vorhanden. Es gab aber Kollegen aus dem bürgerlichen Lager, auch CDU-Kollegen, die sich von den Anfeindungen dem SSW gegenüber distanzieren. Dass ich ihnen dies hoch anrechne, brauche ich wohl nicht weiter zu vertiefen.

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen über die Wertigkeit der SSW-Mandate war es aber schon bemerkenswert, dass es nördlich der Grenze durchaus eine Solidarität unter Demokraten gab. Der Versuch, dänische Folketing-Abgeordnete dazu zu bewegen, sich gegen die Vollwertigkeit der SSW-Mandate auszusprechen, scheiterte quer durch die Bank. Viel zitiert wurde damals zum Beispiel die Aussage Helge Adam Møllers, Fraktionsvorsitzender der Konservativen Volkspartei im dänischen Parlament. Er sagte sinngemäß, dass er als Konservativer gern einen Regierungswechsel in Schleswig-Holstein sähe, als Demokrat aber daran festhalte, dass alle Mandate, auch die des SSW, gleichwertig seien. Diese Solidarität der Demokraten habe ich nach der Landtagswahl aber diesseits der Grenze vermisst. Bezeichnenderweise kommt sie jetzt auf, wo die Parlamentssitze der deutschen Minderheit in Polen gefährdet sind.

*Herr Börnsen zog nach der Bundestagswahl vom 18. September 2005 über die CDU-Landesliste wieder in den Bundestag ein. Bei der Direktwahl im Wahlkreis Schleswig-Flensburg ist er seinem Gegenkandidaten von der SPD, Dr. Wodarg, allerdings deutlich unterlegen. Sehen Sie Anhaltspunkte dafür, dass dies auf das Wahlverhalten von SSW-Anhängern zurückzuführen ist, deren Partei ja bei Bundestagswahlen nicht antritt?*

Wir wissen aus Umfragen, dass die Wählerinnen und Wähler des SSW bei Bundestagswahlen überwiegend SPD wählen. Das ist also kein neues Phänomen. Dass die SPD bei der letzten Bundestagswahl im Norden Schleswig-Holsteins besonders gut abschnitt, hängt meiner Meinung nach aber eindeutig damit zusammen, dass viele SSW-Wähler über die Rolle Wolfgang Börnsens nach der Landtagswahl tief enttäuscht waren. Da machte es keinen Unterschied, dass er kurz vor der Bundestagswahl in einem Gespräch mit Flensburg Avis sozusagen einen Annäherungsversuch unternahm. Das wurde von vielen als allzu durchsichtiges wahltaktisches Manöver gesehen. Ganz viele Menschen aus der dänischen Minderheit erlebten Börnsens Taktieren nach der Landtagswahl als eine Art Vertrauensbruch, der nicht zu heilen ist.

*Auch die dänische Seite ist bekanntlich nicht frei von Verstößen gegen die Regeln einer demokratischen Streitkultur. So wurden in einem Leitartikel von Flensburg Avis im November 2005 Wolfgang Börnsen und andere CDU-Politiker als der „schwarze Ku Klux Klan aus Angeln“ bezeichnet, „der die Jagd auf die Minderheit eingeleitet hat“. Wie erklären Sie sich solche Ausfälle, von denen sich SSF, SSW und schließlich auch die Zeitung selbst distanziert haben?*

Flensburg Avis ist die Zeitung der dänischen Minderheit, sie ist aber auch eine

unabhängige Tageszeitung. Sie kann im Rahmen der Pressefreiheit schreiben, was sie will. Das heißt, nur der Chefredakteur kann sich für die Zeitung öffentlich entschuldigen – was er ja auch getan hat. Dass sich sowohl der SSW wie auch der SSF von der drastischen Ausdrucksweise in dem genannten Leitartikel distanzieren, geschah nicht zuletzt, um deutlich zu machen, dass dies kein angemessener Stil in politischen Auseinandersetzungen ist. – Auch, wenn ich persönlich eher den Eindruck hatte, dass es sich dabei um misslungene Satire handelte. Das Thema ist meines Erachtens aber weiterhin so schwierig, dass wir uns immer um eine Versachlichung bemühen sollten. Daher stehe ich dazu, dass wir uns mit unserer Distanzierung indirekt den „Schuh der Zeitung“ anzogen.

*Inzwischen ist der politische Alltag mit der für Sie gewohnten Oppositionsrolle längst wieder eingeleitet. Man begegnet Ihnen und Ihrem Parlamentskollegen vom SSW wieder allenthalben freundlich – an der Macht sind Sie ja angesichts der Großen Koalition weniger denn je beteiligt. Gibt es gleichwohl Anzeichen dafür, dass die schlimmen Auseinandersetzungen des Jahres 2005 insofern ihr Gutes hatten, als sie bei anderen Parteien einen Lernprozess in Gang gesetzt haben?*

Schön wäre es, wenn unsere Erfahrungen mit der Landtagswahl 2005 einen echten Lernprozess in Gang setzen könnten. Wobei ich mir nicht zuletzt wünschte, dass demokratie- und minderheitenpolitische Gesichtspunkte im Mittelpunkt eines solchen Lernprozesses stünden. Leider glaube ich nicht richtig daran, dass uns dies gelingen wird. Im politischen Alltag werden Grundsatzfragen leider eher unter den Teppich gekehrt. Hinzu kommt, dass sowohl CDU wie SPD in der Großen Koalition angekommen sind. Die CDU, weil sie erstmals seit langem wieder an der Macht ist, und die SPD, weil sie dadurch von einer Zerreißprobe befreit wird.

Sollte der SSW nach einer Landtagswahl wieder eine Schlüsselposition einnehmen, wird die Diskussion um die Vollwertigkeit der SSW-Mandate aber wieder aufkochen, davon bin ich überzeugt. Dann erst werden wir wissen, ob wir weiter gekommen sind. Vorerst müssen wir uns damit begnügen, dass alle Parteien des Landtages ein Jahr nach der Landtagswahl dem SSW bescheinigen, dass seine Mandate politisch vollwertig sind.

*Ist damit auch die bereits seit der letzten Wahlrechtsreform, die den SSW bei den Zweitstimmen in ganz Schleswig-Holstein wählbar macht, häufiger wiederholte Drohung, dem SSW durch eine Wahlrechtsänderung den parlamentarischen Boden zu entziehen, inzwischen endgültig vom Tisch?*

Man ist meines Erachtens zu gutgläubig, wenn man darauf hofft, dass diese Debatte vom Tisch ist. Sie wird uns weiterhin verfolgen, weil sie so leicht für Wahlkampfzwecke instrumentalisiert werden kann. Der SSW wird bei jeder Landtagswahl deutlich machen müssen, dass er bei Einführung des neuen Wahlrechts gegen die Einführung der Zweitstimme war, dass er keine Direktkandidaten in den holsteinischen Wahlkreisen aufstellt und nur über die Zweitstimme landesweit wählbar ist. Diejenigen, die sich ernsthaft mit dieser Thematik befassen, haben aber durch das Bundesverfassungsgericht Argumente an die Hand bekommen, warum die Befreiung des SSW von der 5-Prozent-Klausel auch vor dem Hintergrund des neuen Wahlrechts in Schleswig-Holstein verfassungskonform ist.

*Welche politischen und parteitaktischen Folgerungen haben Sie aus den Erlebnissen des Frühjahrs 2005 gezogen?*

Eindruck hat bei mir hinterlassen, wie schnell sich die SPD nach der gescheiterten Ministerpräsidentenwahl mit der neuen Situation abfand. Insofern habe ich nochmals lernen müssen, dass Parteiinteressen an erster Stelle stehen, wenn es wirklich Ernst wird. Dieses hat sicherlich auch ein wenig die Hoffnungen getrübt, die wir mit dem Modell einer Minderheitsregierung verbunden haben. Dafür ist die Politik in Schleswig-Holstein anscheinend nicht reif. Für mich folgt daraus, dass wir uns nicht wieder für diesen neuen Weg stark machen können, sollte der SSW erneut Einfluss auf die Regierungsbildung bekommen. Mit anderen Worten: Der SSW muss die Konsequenzen ziehen und sich in einem ähnlichen Fall um die Beteiligung an einer Landesregierung bemühen.

*Die Absicht, bei vergleichbaren Konstellationen in eine Regierung einzutreten, wäre ja eine dramatische Wende in der Politik des SSW. Handelt es sich dabei um Ihre persönliche Meinung oder wird diese Position auch von den Entscheidungsgremien Ihrer Partei getragen?*

Sowohl unser Parteivorsitzender Flemming Meyer als auch der Landesvorstand unterstützen diesen Kurs, der auch auf unserem Parteitag am 9. September 2006 öffentlich gemacht wurde. Insofern kann ich sagen, dass der SSW in dieser Frage hinter mir steht – und umgekehrt.

*À propos Wende: Haben Sie sich inzwischen von Parteifreunden überzeugen lassen, dass der SSW künftig bei Bundestagswahlen antreten sollte? Auch Wolfgang Börnsen hat dem SSW ja einen solchen Ratschlag erteilt.*

Für Herrn Börnsen ging es wohl eher darum, durch eine Kandidatur des SSW

dem SPD-Rivalen Wolfgang Wodarg Stimmen zu entziehen und so den Wahlkreis für die CDU zu gewinnen. Niemand hat ihm abgekauft, dass er gern einen SSW-Kollegen im Bundestag hätte. Die Diskussion um die Bundestagswahl flammt ja im SSW alle vier Jahre wieder auf. Wir haben 2005 nicht kandidiert, weil es vorgezogene Neuwahlen waren und wir nicht in so kurzer Zeit einen Wahlkampf aus dem Boden stampfen konnten. Diese Frage wird uns aber rechtzeitig vor der nächsten Wahl wieder beschäftigen. Ich bin immer noch skeptisch, ob unsere Ressourcen ausreichen, aber ich kann andererseits schon sehen, was sich die Befürworter davon versprechen. Fest steht für mich allerdings auch, dass wir bisher eine eher übergeordnete Debatte geführt haben. Spätestens, wenn alle Argumente mehrfach ausgetauscht worden sind, müssen wir uns der Frage stellen, was eine Bundestagskandidatur konkret für den SSW bedeutet, zum Beispiel für die Arbeit der Partei und die Nachhaltigkeit unserer Politik. Kurz: Ich sehe eine Bundestagskandidatur weiterhin kritisch.

*Der SSW tritt dafür ein, den Minderheitenschutz im Grundgesetz zu verankern. Worauf führen Sie es zurück, dass es bislang nicht gelungen ist, einen entsprechenden interfraktionellen Antrag auf den Weg zu bringen?*

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich im März dieses Jahres auf Antrag des SSW mit dieser Thematik befasst. Unser „Aufhänger“ war die anstehende Föderalismusreform und die Grundgesetzänderungen, die damit zusammenhängen. Als vorläufiges Ergebnis dieser Initiative steht fest, dass der zuständige Europaausschuss einstimmig den „alten“ interfraktionellen Antrag des Landtages von 1993 bestätigt hat, der die Landesregierung bittet, sich für die Aufnahme eines Minderheitenartikels ins Grundgesetz stark zu machen. Ich gehe davon aus, dass der Landtag dieser Beschlussempfehlung folgen wird. Das heißt aber leider überhaupt nicht, dass wir in dieser Frage einen Schritt weiter gekommen sind. Die Landesregierung hat dem SSW mitgeteilt, dass es ihrer Meinung nach völlig unrealistisch ist darauf zu hoffen, dass sich auf der Bundesebene etwas bewegt. Man will nur das ändern, was unter der Überschrift Föderalismusreform verkauft werden kann, und dazu gehört nicht – so sagt man in Berlin – die Aufnahme des Minderheitenschutzes ins Grundgesetz. Die letzte Grundsatzdebatte zu diesem Thema hat es 1993 gegeben. Wir haben es also wirklich mit einem „dicken Brett“ zu tun – wobei der SSW hofft, dass der neu gegründete Minderheitenrat auf Bundesebene uns künftig das Bohren erleichtern wird. Wer die Debatte von damals nachgelesen hat, wird wissen, dass der entscheidende „Knackpunkt“ mit der Situation der Türken in Deutschland zu tun hatte. Man wollte also nur einen völlig weich gespülten Minderheitenartikel, und nicht einmal dafür gab es im Bundestag die erforderliche Mehrheit.

*Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die in der dänischen Presse diskutierte Rolle des ECMI (European Center for Minority Issues)?*

Es war milde gesagt unglücklich, dass der Direktor des ECMI sich zwischen Tür und Angel gegen einen Minderheitenartikel im Grundgesetz äußerte, ohne vorher mit einer der vier anerkannten Minderheiten in Deutschland oder mit unserem gemeinsamen Minderheitenrat zu sprechen. Wir glauben wie gesagt immer noch, gute Argumente dafür zu haben. – Soll heißen: Das Institut leistet wertvolle Arbeit für den Aufbau der Zivilgesellschaft und die Implementierung von Minderheitenrechten auf dem Balkan oder in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Die immer wiederkehrende Kritik lautet aber, dass das ECMI sich überhaupt nicht vor seiner Haustür im deutsch-dänischen Grenzland engagiert. Es hat sich zum Beispiel auch nicht zu Wort gemeldet, als der SSW nach der Landtagswahl in die Mangel genommen wurde. Umso enttäuschender ist es, wenn dann jetzt solche unbedachten Äußerungen zur Frage nach einem Minderheitenartikel im Grundgesetz fallen. Wenn man die Geschichte des ECMI kennt, dann weiß man, dass es seine Wurzeln im deutsch-dänischen Dialog hat und ein Kind des ehemaligen Minderheitenbeauftragten Kurt Hamer ist. Das scheint bei den dort tätigen internationalen Forschern aber vollkommen in Vergessenheit geraten zu sein.

*Im Frühjahr 2005 sahen Sie eine reale Chance, durch die Zusammenarbeit mit einer Minderheitsregierung Ihren politischen Vorstellungen starkes Gewicht zu verleihen und zugleich dazu beizutragen, dass SPD und Grüne mit einer erfolgreichen Minderheitsregierung „nach nordischem Muster“ gleichsam ein Lehrstück in Sachen Demokratie abliefern. Meinen Sie auch aus heutiger Sicht, dass es nach einer Wiederwahl von Heide Simonis möglich gewesen wäre, eine tiefgreifende Reformpolitik mit nur einer Stimme Mehrheit erfolgreich umzusetzen?*

Ich glaube sogar, dass eine Minderheitsregierung viel erfolgreicher gewesen wäre als eine Große Koalition, in der CDU und SPD ständig in entgegengesetzte Richtungen rudern. Eine kleine Mehrheit erhöht den Druck zur Einigung. Ich bin mir ganz sicher, dass eine vom SSW tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung trotz aller Unterschiede mehr zustande gebracht hätte.

*Hand aufs Herz: Wenn Sie etwa die unpopulären Sparbeschlüsse der Großen Koalition verfolgen, sind Sie nicht manchmal froh, als Oppositionspolitikerin außerhalb der Schusslinie öffentlicher Kritik zu stehen?*

Natürlich hätten wir mit denselben Problemen kämpfen müssen. Aber ich bin nicht Politikerin geworden, um beliebt zu werden. Ich meine es ernst mit meiner

Politik und will Dinge zum Besseren verändern. Wer nicht Kritik einstecken kann, muss sich einen anderen Beruf als Politik suchen.

*Wie beurteilen Sie die aktuellen, scheinbar ans Licht der Öffentlichkeit tretenden Sparbeschlüsse der Großen Koalition, soweit die Minderheiten und auch die deutschen Grenzverbände, nicht zuletzt der Grenzfriedensbund, betroffen sind?*

Für die dänische Minderheit ist dieser Haushalt ein klarer Fortschritt, weil darin zum ersten Mal seit 1997 die finanzielle Gleichstellung der dänischen Schulen enthalten ist. Unsere Schulen bekommen jetzt die gleichen Zuschüsse pro Kind wie die öffentlichen Schulen. Dafür haben wir lange gekämpft. Auch die anderen dänischen Organisationen und die Friesen werden nicht gekürzt. Das ist in diesen Zeiten ja leider schon ein Fortschritt. Der SSW wird sich in den Beratungen zum neuen Schulgesetz dafür einsetzen, dass die dänischen Schulen auch bei den Schülerbeförderungskosten besser gestellt werden. Angesichts der leeren Landeskasse bekommen wir da jetzt keine Gleichstellung unserer Schulkinder hin, aber wir brauchen zumindest eine rechtliche Absicherung, damit nicht jeder Kreis nach Gutdünken diese Zuschüsse kürzt oder ganz streicht, wie in Rendsburg-Eckernförde.

Die geplanten Einsparungen bei den Grenzverbänden lehnen wir ab. Wir brauchen ihre Arbeit, weil nur sie sich den deutsch-dänischen Dialog auf ihre Fahnen geschrieben haben. Während andere Grenzverbände Ende der 90er Jahre jedoch ihre Satzungen ändern mussten, um diesem Ziel gerecht zu werden, ist Verständigung und Grenzfrieden seit 1950 die Messlatte für die Arbeit des Grenzfriedensbundes. Aus dem Haushaltsentwurf der Landesregierung geht nun aber hervor, dass der Landeszuschuss 2007 halbiert und 2008 ganz gestrichen werden soll. Damit steht der Grenzfriedensbund praktisch vor dem Aus, denn es ist höchst unwahrscheinlich, dass es ihm gelingen würde, die Kürzungen durch Sponsoren oder erhöhte Mitgliedsbeiträge aufzufangen. Hinzu kommt, dass damit auch seine grenzüberschreitende Arbeit zum Erliegen kommt.

Zusammenfassend sehe ich also folgende Entwicklung: Die Landesregierung will einerseits die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht. Das unterstützt der SSW. Andererseits kürzt sie die Mittel, die aus dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeit echte Völkerverständigung machen könnte. – Da weiß die eine Hand anscheinend nicht, was die andere tut. Und genau das ist für mich nicht hinnehmbar.

*Welche Zukunftschancen hat vor dem Hintergrund der Sparbeschlüsse Ihrer Meinung nach die Zeitschrift, in der dieses Interview mit Ihnen erscheint?*

Die Grenzfriedenshefte haben meiner Meinung nach einen Wert an sich – siehe meine Eingangsbemerkungen; ihre Zukunft braucht also nicht ohne weiteres in Gefahr zu sein. Dennoch macht es einen großen Unterschied, ob sie als Mitgliedszeitschrift konzipiert sind oder als Zeitschrift für politisch und kulturell engagierte Menschen im Grenzland. Es könnte also leicht so kommen, dass ihnen die „Nabelschnur“ abhanden kommt, falls es den Grenzfriedensbund künftig nicht mehr geben soll. Damit meine ich, dass es ja auch zu den besonderen Qualitäten dieser Hefte gehört, aktuelle Fragen des Grenzlandes aufzugreifen und öffentlich zu diskutieren. In welchem Forum soll dies dann geschehen? Viele Fragen also und keine befriedigende Antworten!

*Letzte Frage: Als Historikerin sind Sie geradezu prädestiniert, demnächst Ihre politischen Memoiren zu schreiben; die Landtagswahl des Jahres 2005 dürfte darin ein größeres Kapitel ausmachen. Wann meinen Sie die Zeit für eine so aufwendige Arbeit wie das Memoirenschreiben zu finden?*

Diese Frage kann ich ganz schnell beantworten, denn das Schreiben meiner Memoiren steht ganz einfach nicht auf meiner Agenda. Ich gehöre nicht zu der Zunft der Tagebuchschreiber und werde auch nie dazu stoßen. Falls ich irgendwann mal etwas schreiben sollte, dann wird es ein breiteres Thema haben – etwas, was eventuell für den Schulunterricht geeignet sein könnte.

*Wir danken Ihnen für Ihre offenen Worte und wünschen Ihnen für die Fortsetzung Ihrer politischen Arbeit eine glückliche Hand.*



## Die Grenze für Danmarks Radio

Neue Sendetechnik schneidet die Minderheiten vom Empfang ab

Bedeutet die Einführung des digitalen Rundfunks das Aus für den Empfang dänischer Hörfunk- und Fernsehprogramme in Schleswig-Holstein? Dies würde insbesondere die Angehörigen der dänischen Minderheit treffen.

Daher wird sich ein Forschungsvorhaben der Unabhängigen Landesanstalt für Rundfunk und neue Medien (ULR), das der Medienrat der ULR in seiner letzten Sitzung auf den Weg brachte, mit „Problemlagen beim Empfang dänischer Rundfunkprogramme in Schleswig-Holstein“ beschäftigen. Mit dem Umstieg von der analogen auf die digitale Rundfunkübertragungstechnik (DVB-T) droht eine Einschränkung der Empfangsmöglichkeit dänischer Rundfunkprogramme in Schleswig-Holstein: Während die herkömmlichen Sender in Dänemark derzeit die dänischen Programme bis weit in das Landesinnere Schleswig-Holsteins ausstrahlen, sind die neuen digitalen Sender so ausgelegt, dass das Signal möglichst nicht über die Grenze kommt.

Wenn Ende 2007 in Dänemark die Abschaltung der alten Technik erfolgt, werden die über Antenne verbreiteten Programme nur noch von den Anwohnern der Grenze empfangen werden können.

Doch auch im Kabelfernsehen in Deutschland droht das Aus für dänische Programme, weil dänische Veranstalter nicht mehr bereit sind, die Kabelnetzbetreiber von Urheberrechts-Ansprüchen freizustellen, während die Kabelnetzbetreiber nicht mehr bereit sind, die Programme

unentgeltlich in ihren Netzen weiterzuverbreiten.

Darüberhinaus stellt auch der Satellitenempfang die Mitglieder der dänischen Minderheit vor Probleme: So werden die dänischen Fernsehprogramme hauptsächlich über die Satellitensysteme „Thor“ und „Intelsat“ sowie „Sirius“ abgestrahlt, die mit in Deutschland üblicherweise auf die Satelliten „Astra“ und „Eutelsat“ ausgerichteten Antennen nicht empfangen werden können. Zweitens werden die dänischen Satellitenfernsehprogramme aus urheberrechtlichen Gründen nur verschlüsselt verbreitet, die Smartcards zur Dekodierung dafür aber nur an Personen mit Wohnsitz in Dänemark verkauft.

Angesichts dieser Probleme wird die ULR in der Studie die Empfangbarkeit der Rundfunk- und Fernsehprogramme analysieren sowie medienpolitische Hintergründe und Handlungsoptionen herausarbeiten lassen.

Daneben soll das Forschungsvorhaben einen Blick auf die ähnlich gelagerte Empfangssituation deutscher Fernsehprogramme in Nordschleswig werfen. Die Ergebnisse des Projekts sollen Ende des Jahres vorliegen.

*Flensburger Tageblatt, 27.6.2006*

## Deutsch als Sprache bei Kommunen und Kliniken

Innenminister Lars Løkke Rasmussen (Venstre) hat die Zusammenlegungsausschüsse der vier Kommunen sowie der Region Süddänemark zu entsprechenden Überlegungen aufgefordert.

„Die Möglichkeit, Deutsch zu sprechen

– auch beim Kontakt mit öffentlichen Behörden – ist sowohl für die deutschen Staatsbürger, die auf dänischer Seite der Grenze arbeiten, als auch für die deutsche Minderheit von Bedeutung“, schrieb Løkke an die Kommunen. „Ich will daher dazu auffordern, dass in Verbindung mit Überlegungen über die künftige Bürgerbedien-ung auch erörtert wird, wie die Kommunalreform als Anlass für Vorhaben genutzt werden kann, die in höherem Grad die Wünsche dieser Personen berücksichtigen, Deutsch anzuwenden.“

In diesem Zusammenhang lässt sich laut Løkke in Erwägung ziehen, dass Dokumente, darunter z. B. die Satzungen der Minderheitenschulen, in höherem Grad als heute auf Deutsch vorgelegt werden dürfen.

Løkke schlägt außerdem vor, schon im Eingangsbereich der Rathäuser Hinweisschilder anzubringen, die auf Mitarbeiter verweisen, die neben Dänisch auch andere Sprachen beherrschen, darunter Deutsch. Auch auf den kommunalen Internet-Seiten ließe sich dies mitteilen.

Darüber hinaus fordert Løkke dazu auf, dass das Personal in Pflegeheimen eventuellen Wünschen von Heimbewohnern nachkommt, mit ihnen Deutsch zu reden. „Der Bedarf, Deutsch zu sprechen, steigt unter den Mitgliedern der deutschen Minderheit mit ihrem Alter“, begründet Løkke diese Sache.

Auch in den Krankenhäusern des Landesteils spricht sich der Innenminister für Deutsch-Überlegungen aus, geht aus dem Brief an die Region als Träger der Kliniken hervor. „Bekanntlich ist in den Krankenhäusern in Nordschleswig ein Teil deutsch-sprechender Ärzte und Pflegepersonal angestellt. Daher wäre es angezeigt zu erwägen, dieses Potenzial in höherem Grade als heute für die Behandlung und

Pflege von Patienten zu nutzen, die während ihres Krankenhausaufenthaltes mit den Beschäftigten Deutsch zu sprechen wünschen“, notierte Løkke.

Seine Vorschläge seien „als Anregung gemeint“ und „werden meiner Auffassung nach dazu beitragen, eine weiterhin positive Entwicklung des guten Geistes zwischen deutscher Minderheit und dänischer Mehrheit im Grenzland zu fördern“, unterstreicht der Minister.

*Der Nordschleswiger, 29.6.2006*

Region will Großkommunen „unter allen Umständen“ grenzüberschreitend einbinden

Arbeitsgruppenvorsitzender Karsten Uno Petersen (Soz.): „Wir werden selbstverständlich auch Mittel dazugeben“

Die deutsch-dänische grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll auch nach Bildung der Region Süddänemark und der vier Großkommunen Nordschleswigs ab 2007 weitergehen. „Wir werden selbstverständlich auch Mittel dazugeben“, bestätigte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für regionale Wirtschaftsentwicklung und internationale Beziehungen, Karsten Uno Petersen (Soz.), gestern dem Nordschleswiger nach einem Gespräch, das er in Apenrade mit dem Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN), Hans Heinrich Hansen, Amtsratsmitglied Hinrich Jürgensen (SP), Folketingsabgeordnetem Frode Sørensen, zugleich regionalpolitischer Sprecher der Sozialdemokraten, Gert Gammelgaard vom Amt Sønderjylland, BDN-Generalsekretär Peter Iver Johannsen und Sekretariatsleiter Siegfried Matlok geführt hatte.

„Die vier künftigen Kommunen in Nord-

schleswig müssen unter allen Umständen mit einbezogen werden“, sagte Petersen, der dazu mit deren künftigen Bürgermeistern bereits Gespräche führte. „Diese Linie müssen wir warmhalten“, auch wenn über eine finanzielle Beteiligung Apenrades, Haderslebens, Sonderburgs und Tonderns noch nichts Konkretes verlautbart sei. Leider habe sich auch die Regierung „auf ein Schreiben von uns nicht speziell positiv“ über eine nationale Mitfinanzierung der grenzüberschreitenden Kooperation geäußert, „obwohl sie doch im Interesse des ganzen Landes liegt“, betonte Petersen. Der Regionsrat Süddänemark werde frühestens im Januar 2007 „beschließen, dass etwas Konkretes geschieht“, meinte Petersen. Das gelte im Hinblick auf den Regionalrat Sønderjylland-Schleswig sowie die ganze grenzüberschreitende Kooperation, die sich über den Regionalrat hinaus auf Wirtschaftsentwicklung, Kultur, Sport und viele andere Felder erstrecke.

*Der Nordschleswiger, 4.7.2006*

## Deutsche Arbeitnehmer als „neue Einwanderer“ in Dänemark

Schleswig-Holstein ist „abgegrast“: Dänisches Arbeitsamt im Kampf gegen Engpässe auf neuen Pfaden – in ganz Deutschland.

Während in Deutschland die Arbeitslosigkeit trotz erster zarter Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs immer noch hoch ist, konvergiert sie hier zu Land gegen Vollbeschäftigung.

Dänische Arbeitnehmer haben wegen zunehmender Engpässe vor allem in der Baubranche, aber auch im Transportsektor zunächst den schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt nach qualifizierten Fachleuten abgegrast. Inzwischen lassen sie ihren

verzweifelt suchenden Blick über ganz Deutschland schweifen.

Anfragen von Eureskoordinatoren aus Leipzig oder Stuttgart seien keine Seltenheit, sagt Poul H. Frank vom Arbeitsamt in Nordschleswig zur Wirtschaftszeitung „Børsen“. Er ist in Apenrade als EURES-Koordinator für die Vermittlung von Kontakten u.a. zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Gewerkschaften zuständig.

Wie viele deutsche Arbeitnehmer inzwischen auf dänischen Arbeitsplätzen tätig sind, das vermag niemand mit Zahlen auszudrücken. Als Teil der „alten“ Europäischen Union müssen deren Bürger beim Wechsel ins Ausland nicht registriert werden – im Unterschied zu Arbeitnehmern aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Von ihren Bürgern leben und arbeiten gegenwärtig etwa 10.000 in Dänemark.

Dänische Arbeitsämter arbeiten laut „Børsen“ zur Zeit an der Vorbereitung von so genannten Job-Messen in Deutschland. Zielgruppen sind arbeitslose deutsche Fachleute, denen ein Neuanfang in Dänemark schmackhaft gemacht werden soll. Und gerade ältere deutsche Arbeitnehmer greifen den dänischen Rettungsanker dankbar auf: Sie flüchten vor der Altersarmut, die ihnen in Deutschland vielerorts droht, „und vor allem Handwerker haben in Dänemark richtig gute Möglichkeiten“, sagt Frank. „Auch jene, die älter als 40 oder 50 Jahre sind.“

Frank hält mittlerweile mit Hilfe der zentralen Arbeitsämter in Deutschland Ausschau nach 65 Zimmerern, die zwei Unternehmen in Esbjerg und Aarhus dringend brauchen.

„So viele konnten wir in der Grenzregion natürlich nicht finden“, sagt Frank, der in „Børsen“ den Arbeitseifer der deutschen Arbeitssuchenden lobt und sie als „neue Einwanderer“ bezeichnet.

Über sprachliche Barrieren sehen dänische Arbeitgeber inzwischen hinweg – vorausgesetzt, das fachliche Know-how ist in Ordnung. Und die Erfahrung zeigt, dass sich vieles machen lässt – trotz sprachlicher Probleme.

*Der Nordschleswiger, 25.7.2006*

## Ab heute Nachbarticket im Eisenbahn-Regionalverkehr

Bahnkunden im Eisenbahn-Regionalverkehr aus dem nördlichen Schleswig-Holstein und aus dem südlichen Dänemark können ab heute mit nur einer Bahnfahrkarte ins jeweilige Nachbarland reisen. Das neue Ticket gilt in einer „erweiterten Grenzregion“, die ein erhebliches Stück größer ist als die bekannte Region Sønderjylland-Schleswig.

Bei dem neuen Nachbartarif, an dem sich fünf Bahngesellschaften mit ihrem Regional- bzw. Nahverkehr beteiligen, gibt es Einzel- sowie Rückfahrkarten. Sie sind bei allen Verkaufsstellen sowie in den Automaten der Bahnunternehmen erhältlich. Gezahlt wird in Euro bzw. in dänischen Kronen. In Dänemark gibt es Rückfahrkarten im Nachbartarif jedoch erst ab Dezember.

Die Bestimmungen zum Nachbarticket gelten bei grenzüberschreitenden Fahrten auf deutscher Seite auf allen Schienenstrecken in Richtung dänischer Grenze von Bad St. Peter-Ording, Friedrichstadt, Rendsburg und Kiel einschließlich der Verbindungsstrecken Husum-Jübek sowie Kiel-Rendsburg.

Auf der dänischen Seite gelten die Bestimmungen auf allen Schienenstrecken in Richtung deutscher Grenze von Esbjerg, Kolding und Sonderburg einschließlich der Verbindungsstrecke Kolding-Esbjerg.

Die Eisenbahnverkehrsunternehmen im nördlichen Schleswig-Holstein und im südlichen Dänemark wollen mit ihrem Angebot eines grenzüberschreitenden Tarifs das Reisen im Eisenbahn-Regionalverkehr zwischen beiden Ländern vereinfachen. Um Erfahrungen zu sammeln, starten sie den grenzüberschreitenden Tarif zunächst als Pilotphase.

Die Fahrkarten des Nachbartickets gelten ausschließlich in Zügen der Bahngesellschaften Deutsche Bahn (DB)/Regionalbahn Schleswig-Holstein GmbH, Kiel, Norddeutsche Eisenbahngesellschaft mbH (NEG), Niebüll, Nord-Ostsee-Bahn GmbH, Kiel, Danske Statsbaner (DSB), Kopenhagen, sowie Arriva Tog A/S, Silkeborg.

*Der Nordschleswiger, 1.8.2006*

## Ladelund - Wachsende Räume der Versöhnung

Das erweiterte Dokumentenhaus von Deutschlands ältester KZ-Gedenkstätte in Ladelund (Kreis Nordfriesland) nahe der deutsch-dänischen Grenze ist am Wochenende offiziell eingeweiht worden. Insgesamt rund 400 000 Euro wurden in den Um- und Erweiterungsbau investiert – davon stammen 200 000 Euro aus Spenden.

Nach gut einjähriger Bauzeit ist ein zweites Gebäude für die 1950 gegründete Gedenk- und Begegnungsstätte entstanden, um die wachsende Zahl von Besuchern aufnehmen zu können. Das neue Gebäude beherbergt unter anderem einen Multimedia-Raum für Vorführungen von Film- und Fotomaterial zur pädagogischen Arbeit mit den jährlich rund 14 000 Besuchern. Zugleich wurde ein Archiv-Raum für historisches Material und Unterlagen über das Konzentrationslager sowie die Entste-

lungsgeschichte der Gedenkstätte seit Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffen. Darüber hinaus gibt es neue Ausstellungsflächen sowie einen „Raum der Stille“. In dem 1989 errichteten Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte wird eine historische Dauerausstellung über die Geschichte des Konzentrationslagers gezeigt.

In das ehemalige Barackenlager in Ladelund waren vom 1. November bis zum 16. Dezember 1944 mehr als 2000 Häftlinge aus dem KZ Hamburg-Neuengamme deportiert worden, um in Zwangsarbeit einen gigantischen Panzergraben auszuheben. Mehr als 300 Häftlinge kamen durch Misshandlungen und Unterernährung in nur sechs Wochen ums Leben.

Der Schleswiger Bischof Hans Christian Knuth würdigte bei der Einweihungsfeier vor 250 Gästen vor allem das Bürgerengagement: „Die Spendenkampagne gibt Anlass zur Dankbarkeit.“ Sie habe „nicht nur Kassen, sondern Herzen geöffnet“, betonte der Vorsitzende der nordelbischen Kirchenleitung und Schirmherr der Spendenaktion. Die meisten Menschen in der Region und weit darüber hinaus hätten verstanden, dass es zur Unterstützung der friedenspädagogischen Arbeit unverzichtbar sei, neue Möglichkeiten für Ausstellungen und Veranstaltungen zu schaffen. Der Kieler Staatssekretär Heinz Maurus (CDU) betonte, die Beteiligung der Bevölkerung zeige, „wie stark die Aufklärungs- und Versöhnungsarbeit im Land verankert ist.“

Dankbar für die breite Unterstützung des von ihr initiierten Projekts zeigte sich die Leiterin der KZ-Gedenkstätte, Karin Penno-Burmeister: „Ohne die Hilfe von mehr als 1500 Menschen wäre die Erweiterung nicht möglich gewesen.“ Publizistisch begleitet vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z) hatte die Gedenkstätte vom 3. September 2004 an zehn Wochen

lang landesweit zur Spendenkampagne „Auf dem Boden der Tatsachen – Steine gegen das Vergessen“ aufgerufen. Die Resonanz war überwältigend: Mehr als 1300 Privatpersonen aus Schleswig-Holstein, ganz Deutschland und dem Ausland sorgten mit symbolischen „Spendersteinen“ in Höhe von 50 Euro (und oftmals mehr) dafür, dass das Sonderkonto am Ende der Kampagne 84000 Euro auswies. Weitere Großspenden von Privatpersonen, Unternehmen, Stiftungen und Verbänden erhöhten die Spendensumme auf 200 000 Euro – so dass mit der Erweiterung der Gedenkstätte begonnen werden konnte. Die Namen aller Spender sind auf einer Namenstafel im Foyer des Dokumentenhauses verewigt.

Als Zeichen der in den vergangenen Jahrzehnten gewachsenen Freundschaft wohnten der Einweihungsfeier zahlreiche Bürger der holländischen Gemeinde Putten bei. Aus Putten stammte eine große Zahl Häftlinge und Opfer im KZ-Ladelund. Als besonderes Symbol der Versöhnung griff auch der aus Putten stammende KZ-Überlebende Jannes Priem an für ihn leidvoller Stätte zum Spaten, als in der Außenanlage der Gedenkstätte ein von der Fielmann AG gestifteter, neun Meter hoher Ginkgo-Baum gepflanzt wurde.

Für die Anschaffung der Bronzeplastik „Begegnung“ von Siegbert Amler werden von der KZ-Gedenkstätte noch Spenden erbeten. Spendenkonto: 650 650 bei der Evangelischen Darlehnsgenossenschaft, BLZ: 210 602 37.

*Flensburger Tageblatt, 4.9.2006*

*Das in dem Zeitungsbericht erwähnte Grußwort von Staatssekretär Heinz Maurus geben wir im vorliegenden Heft (S. 177 ff.) wieder.*

*Die Redaktion*

---

## WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

---

Dänische Schüler umgehen  
Deutsch

Flensburg Avis, 22.6.2006

*Durch die am 1. August in Kraft tretende Gymnasialreform wird die Zahl der Prüfungen gesenkt. Deutschlehrer befürchten, dass ihr Fach noch weiter abgewertet und von immer weniger Schülern belegt wird, wenn es kein prüfungsrelevantes Wahlpflichtfach mehr sein wird.*

Mehr dänische Kunden

Flensburg Avis, 24.6.2006

*Nachdem die dänische Steuerkommission (Skatteråd) beschlossen hat, Einfuhrbeschränkungen für Luxusgüter aus Deutschland aufzuheben, rechnet der Grenzhandel auf deutscher Seite trotz der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland mit mehr Kundschaft.*

Fallende Kurve soll gewendet  
werden

Flensburg Avis, 26.6.2006

*Obwohl die Zahl der Schüler an den dänischen Schulen in Südschleswig weiter zunimmt, sinkt die Mitgliederzahl beim SSF als Dachorganisation kontinuierlich. Dafür ist es inzwischen gelungen, wieder mehr junge Mitglieder zu bekommen.*

Zähne in Südschleswig in  
guten Händen

Flensburg Avis, 27.6.2006

*Immer mehr Dänen lassen ihre Zähne aufgrund der hohen Kosten im eigenen Land im Ausland behandeln. Davon profitieren auch die Zahnärzte in Südschleswig.*

Neuer Waldbesitzer beruhigt  
die Kritiker

Flensburg Avis, 27.6.2006

*Nach dem Verkauf des Kollunder Waldes durch die Stadt Flensburg an einen dänischen Landwirt hat sich die zeitweise massive Kritik an dem Handel gelegt. Der neue Waldbesitzer hat zugesichert, dass der Wald als Naherholungsgebiet erhalten bleibt und dass der ökologische Wert durch die Anpflanzung weiterer heimischer Laubbäume an Stelle ortsfremder Nadelhölzer gesteigert werden soll. Die Pflege der öffentlichen Wege bleibt ohnehin Aufgabe der Kommune.*

Kauft Grenz-Bier von zu Hause aus!

Jydske Vestkysten, 29.6.2006

*Wenn eine EU-Richtlinie durchgesetzt wird, wird es in Dänemark künftig möglich sein, in Deutschland gekaufte Ware nach Dänemark liefern zu lassen, ohne dass die höhere dänische Mehrwertsteuer ins Spiel kommt. Bislang ist es notwendig, zu deutschen Konditionen gekaufte Waren südlich der Grenze abzuholen.*

Bezahlt 126.000 oder bleibt weg!

Jydske Vestkysten, 2.7.2006

*Nach einer Gesetzesänderung müssen Studierende aus Ländern außerhalb Skandinaviens und der EU in Dänemark ihr Hauptstudium bis zum Kandidatengrad voll bezahlen. Die Anzahl dieser Studierenden ging dann auch umgehend drastisch zu-*

rück. Der Rektor der Syddansk Universitet Jens Oddershede befürchtet einen kulturellen Verlust für die Hochschulen und einen generellen Verlust für Dänemark und wird mit den Worten zitiert: „Wir riskieren, den Kontakt zu Studierenden zu verlieren, die in Dänemark ihre Ausbildung erhalten, danach in ihre Heimatländer zurückkehren und dort wichtige Entscheidungsstellen besetzen, die Dänemark später nützen können“. (Der Nordschleswiger, 1.8.2006).

### Jeder dritte Deutsche bleibt weg

Jydske Vestkysten, 4.7.2006

Seit dem Höhepunkt im Jahre 1995 ist die Zahl der deutschen Touristen in Dänemark um ein Drittel zurückgegangen. Mit 13,2 Millionen Übernachtungen machten die Deutschen 2005 aber immer noch 31 Prozent aller Touristen im Königreich aus, in den beiden westjütischen Ämtern Ribe und Ringkøbing sogar zwei Drittel, in Nord-schleswig fast die Hälfte.

### Deutschland jetzt eine normale Nation

Flensburg Avis, 7.7.2006

Während der Fußball-WM in Deutschland zeigten viele Deutsche so offen wie nie zuvor Flagge: Vor allem Autos wurden mit schwarz-rot-goldenen Fähnchen geschmückt. Kulturforscher beiderseits der Grenze attestierten den Deutschen, dass sie nun dank der Fußballbegeisterung zu ihren nationalen Symbolen ein Verhältnis erlangt hätten, wie es in anderen Ländern üblich sei. Kurz nach der WM, die Deutschland viele neue Sympathien einbrachte, verschwanden die Fahnen allerdings wieder.

### Wer sucht Arbeit?

50 000 freie Jobs in Dänemark

Aufmacher im Flensburger Tageblatt, 20.7.2006

Vor allem Handwerker, Metallfacharbeiter, Ingenieure und weitere Fachkräfte werden in Dänemark gesucht. Inzwischen bieten auch die Arbeitsagenturen in Holstein Dänischkurse an. Die grenzüberschreitenden Arbeitsvermittler suchen bereits auch in den anderen norddeutschen Bundesländern nach Fachkräften für Dänemark.

### Großes Interesse für grenzüberschreitenden Sport

Pressemitteilung des Regionskontors Sønderjylland/Schleswig, 21.7.2006

Bei einer Untersuchung des Regionskontors ergab sich, dass nicht weniger als 51 Sportvereine auf beiden Seiten der Grenze auf der Suche nach einem Partnerverein im Nachbarland sind.

### 18. April jetzt anerkannte gemeinsame Tradition

Der Nordschleswiger, 1.8.2006

Der Oberstleutnant und frühere Leiter der Unteroffiziersschule in Sonderburg Jens Peter Rasmussen wurde für sein Engagement, auch die deutsche Seite bei den alljährlichen Gedenkfeiern in Düppel einzubeziehen, mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Trotz anfänglicher Widerstände auf dänischer Seite ist das gemeinsame Gedenken an die verlustreiche Schlacht vom 18. April 1864 inzwischen zu einer festen Einrichtung im Grenzland geworden.

## Büchereiverein drängt Grenzverein ins Abseits

Flensburger Tageblatt, 8.8.2006

*Der Büchereiverein Schleswig-Holstein will seine Satzung dahingehend ändern, dass die Vorstandsposten nur noch unter Büchereibetreibern vergeben werden. Der Deutsche Grenzverein hatte bei der Umstrukturierung des Büchereiwesens 1997 sämtliche von ihm aufgebaute Bibliotheken dem Büchereiverein übertragen. Sämtliche politische Parteien protestierten umgehend gegen die Ausschließung des Grenzvereins, der nach dem Zweiten Weltkrieg das öffentliche Bibliothekswesen im Landesteil Schleswig maßgeblich aufgebaut hatte.*

## Infocenter Grenze 2 Jahre alt

Pressemitteilung des Regionskontors Sønderjylland/Schleswig, 11.8.2006

*In den ersten beiden Jahren seines Bestehens hat das Info-Center Grenze fast 4000 Kunden beraten. Beim Start hatte man – damals recht optimistisch – 1000 Beratungen als Ziel vorgegeben. Vor allem Grenzpendler und solche, die es eventuell werden wollen, nutzen das Angebot des Infocenters.*

## Große Nachfrage, wenig Ausbeute

Flensborg Avis, 16.8.2006

*Dank des hohen Bedarfs an Fachkräften werden Jobs in Dänemark bei vielen Deutschen immer begehrt. Dennoch erfüllt sich der Wunsch nach Arbeit für Dänemark für viele Bewerber nicht: Allzu oft mangelt es sowohl an fachlicher Qualifikation als auch an selbst elementaren Sprachkenntnissen.*

## Sechste trinationale Kriegsgräber-Aktion

Pressemitteilung des SSF, 23.8.2006

*In einer gemeinsamen Aktion dänischer, deutscher und österreichischer Soldaten wurden Gräber aus den beiden schleswigschen Kriegen in Stand gesetzt, und zwar auf dem Friedhof Schleswig-Friedrichsberg und am Mühlenberg in Eckernförde.*

## Minderheitenläufer gewinnt Marathon

Pressemitteilung des BDN, 4.9.2006

*Zum dritten Mal wurde in Flensburg der grenzüberschreitende „YOU!MM“-Marathonlauf ausgetragen, bei dem vor allem die nationalen Minderheiten Europas im Mittelpunkt stehen. Es gewann der Cornwaliser David Buzza.*

## 908 Teilnehmer beim 5. Deutsch-Dänischen Schulsportfest

Pressemitteilung des BDN, 4.9.2006

*Zum fünften deutsch-dänischen Schulsporttag kamen am 31.8.2006 über 900 Sechsklässler nach Apenrade, um miteinander Sport zu treiben.*

## Arriva sagt nein zu deutschen Zügen

Flensborg Avis, 7.9.2006

*Die private Bahngesellschaft „Arriva“, die seit einigen Jahren die Bahnstrecke Tondern-Esbjerg betreibt, zeigt kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Nord-Ostsee-Bahn. Damit bleibt der Wunsch nach durchgehenden Zügen zwischen Niebüll und Esbjerg auch künftig unerfüllt.*



Schlechte Note für deutsche Bildung /  
Dänemark muss von anderen lernen  
Der Nordschleswiger, 13.9.2006

*Laut der jüngsten internationalen Vergleichsstudie der OECD haben sowohl das deutsche als auch das dänische Bildungssystem im Vergleich der 30 wichtigsten Industrieländer weiter an Boden verloren. Deutschland habe im Vergleich zu den in der Studie führenden Ländern den Bildungs- und Forschungsetat in den vergangenen fünf Jahren nur unzureichend erhöht und bilde vor allem viel zu wenige Abiturienten und Akademiker aus. In Dänemark liegen die Probleme ähnlich, obwohl das Schulsystem zu den teuersten gehört. Nur beim Anteil der Hochschulabsolventen an der Gesamtbevölkerung steht Dänemark gut da. Auffallend ist die Ähnlichkeit wie in Deutschland geringe Chancengleichheit bei unterschiedlicher sozialer Herkunft. Auch in anderen Bereichen stehen beide Länder wie bereits in den vorherigen Studien schlechter da als zum Beispiel die übrigen skandinavischen Länder.*

Landtag will Minderheiten im  
Grundgesetz verankern  
Der Nordschleswiger, 19.9.2006

*Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat die Landesregierung einstimmig aufgefordert, sich für einen neuen Grundgesetz-Artikel zum Schutz und zur Förderung der vier anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland (Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma) einzusetzen. Bislang ist das Vorhaben auf Bundesebene daran gescheitert, dass vor allem konservative Politiker stets darauf verwiesen, dass Minderheitenschutz auf europäischer Ebene verankert werden müsse. Dies ist im Rahmen des europäischen Verfassungs-*

*konvents bisher gescheitert, zumal einige europäische Staaten nach wie vor nicht an einem aktiven Schutz ihrer Minderheiten interessiert sind und diese als solche nicht anerkennen.*

CDU protestiert weiter  
Flensburg Avis, 20.9.2006

*Die Landesregierung hat beschlossen, den seit langem schwelenden Konflikt um die finanzielle Gleichstellung der dänischen Schulen in Südschleswig zu beenden, indem den Kommunen künftig auferlegt werden soll, dass sie den dänischen Schulen vor Ort künftig den gleichen Zuschuss zukommen lassen müssen wie den öffentlichen deutschen – statt wie bisher nur ein Viertel des üblichen Satzes. Da kein Lastenausgleich für die Kommunen vorgesehen ist, formiert sich vor allem in den CDU-regierten Gemeinden der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg erheblicher Widerstand gegen das Vorhaben.*

Als die Polizei ins KZ kam  
Flensburg Avis, 20.9.2006

*Die Ausstellung des dänischen Polizeimuseums über die vor 60 Jahren in deutsche Konzentrationslager deportierten dänischen Polizisten ist nun im Harrisleer Bürgerhaus zu sehen. Vor allem aus den größeren Städten des Landes deportierte die deutsche Besatzungsmacht im September 1944 etwa 2000 Ordnungshüter, weil man von ihnen im Falle einer alliierten Invasion keine Neutralität erwartete. 81 Polizisten starben im KZ, weitere 131 an den Folgen der unmenschlichen Haft. Über 300 dänische Polizisten wurden seinerzeit über das Lager Frøslee und den Bahnhof*

*Harrislee in die Konzentrationslager deportiert. – Die Ausstellung mit zahlreichen Originalen ist noch bis zum 18. Oktober 2006 zu den üblichen Öffnungszeiten im Bürgerhaus Harrislee zu besichtigen.*

SP-Mann Hinrich Jürgensen:  
„Erhvervscenter tot – leider“

Der Nordschleswiger, 20.9.2006

*Mit der Amtskommune Sønderjylland erlischt zum Jahresende auch Sønderjyllands Erhvervscenter. Da die künftige Großregion noch keine Nachfolgeregelung getroffen hat, droht viel Kompetenz in Sachen Wirtschaftsberatung im Grenzland verloren zu gehen.*

Deutsch-dänisches Liederheft für  
Kinder vom Regionalrat

Der Nordschleswiger, 21.9.2006

*Der Regionalrat Sønderjylland-Schleswig hat ein deutsch-dänisches Liederheft mit elf Kinderliedern erarbeiten lassen. Es wird an die rund 200 Kinder der Kindergärten verteilt, die am Projekt Buchstabenfestival teilnehmen. Der Diplompädagoge und Clown Claus Sax Hinrichs „alias Prof. Dr. ABC“ verteilt das Heft erstmals beim Auftakt seiner neuen Sprachexpedition „Buchstabenfestival“ im Kindergarten Süderlücke der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) in Flensburg. Die Kinder aus dem Partnerkindergarten Søndermo-*

*se, Pattburg, sind mit dabei. Damit wird ein erfolgreiches grenzüberschreitendes Projekt weiter ausgebaut.*

Schluss mit dänischem Fernsehen  
in Südschleswig

Flensburg Avis, 21.9.2006

*Das im ersten Artikel dieser Umschau beschriebene Szenario, nach dem dänisches Fernsehen bald nicht mehr südlich der Grenze empfangen werden kann, droht nach dem Stand der Dinge bei Redaktionsschluss bereits ab dem 15. Oktober Wirklichkeit zu werden. Für die Ausstrahlung von DR 1 und TV 2 verlangt Danmarks Radio eine massive Erhöhung der Lizenzabgaben durch den deutschen Kabelnetzbetreiber Kabel Deutschland – Medienberichten zufolge ist von einer Versechszwanzigfachung (!) der zwischen dem Netzbetreiber und Fernsehsendern gängigen Lizenzabgabe die Rede, was Kabel Deutschland nicht akzeptieren will. Dänische Politiker auf beiden Seiten der Grenze zeigten sich entrüstet über das Verhalten des öffentlich-rechtlichen dänischen Fernsehens. Danmarks Radio sieht jedoch keine prinzipielle Serviceverpflichtung gegenüber der Bevölkerung südlich der Grenze und begründet den Schritt mit prinzipiellen Überlegungen, zumal man ebenfalls dafür bezahlen müsse, dass die Programme im Ausland gesendet werden.*

INGE ADRIANSEN /  
MATTHIAS SCHARTL

Erindringssteder nord og syd  
for grænsen /  
Erinnerungsorte nördlich und  
südlich der Grenze

Museum Sønderjylland – Sønderborg  
Slot, Kulturstiftung des Kreises Schleswig-  
Flensburg, 2006. 62 S. Ill.

Das Interesse an Erinnerungsorten, die sich mit bestimmten historischen Ereignissen oder Personen auseinandersetzen, ist in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. In Europa und insbesondere in Deutschland sind bereits einige Publikationen zu dieser Thematik erschienen. Auch in Dänemark wird seit einiger Zeit an der Erfassung aller nationalen Gedenkstätten im Land gearbeitet.

Mit dem vorliegenden Buch ist nun eine grenzüberschreitende Arbeit zu einzelnen Erinnerungsorten der Region entstanden, welche nicht nur in Verbindung mit der deutsch-dänischen Geschichte stehen, sondern auch gegenwärtig in Gesellschaft, Kultur und Politik eine Bedeutung haben. Mit jeweils 13 Erinnerungsorten nördlich und südlich der Grenze haben die Autoren eine interessante Auswahl getroffen, die eine Gedenkkultur vom 19. Jahrhundert bis in die heutige Zeit umspannt.

Das Buch versteht sich als Kulturführer zu den einzelnen Erinnerungsorten. Auf den Innenseiten des Umschlags finden sich daher vereinfachte geographische Karten der Grenzregion mit eingezeichneten Gedenkstätten. Auf jeweils einer Doppelseite wird in dänischer und deutscher Sprache

der Entstehungskontext der Orte mit ihren Denkmälern in knapper Form erläutert und ebenso auf heutige erinnerungspolitische Aspekte mit wiederkehrenden Ritualen, wie Gedenkfeiern, hingewiesen.

Neben bekannten Gedenk- und Begegnungsstätten, wie Skamlingsbanke, Düppel oder Oeversee, nehmen die Autoren auch einen Ort in ihre Auswahl auf, der bislang weniger als Erinnerungsort diente. Die „Sicherungsstellung Nord“, eine in Nordschleswig befindliche, 50 km lange Festungsanlage des 1. Weltkrieges, zeichnet sich durch ihre Einmaligkeit aus. Daher hat die in Vergessenheit geratene Anlage vor allem in den letzten Jahrzehnten verstärktes Interesse erfahren und konnte somit teilweise zugänglich gemacht werden.

Die Entstehung zahlreicher Erinnerungsorte im Grenzland ist auf konfliktreiche Begegnungen zwischen Dänen und Deutschen zurückzuführen; die Broschüre widmet sich jedoch auch jenen Orten, die das positive Miteinander von Dänen und Deutschen symbolisieren. Als Beispiel wird die im Frühjahr 2005 durchgeführte Pflanzaktion einer „dänischen“ Buche und einer „deutschen“ Eiche im Park des Schlosses Sønderburg als Zeichen für versöhnendes Zusammenwirken seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 genannt. Die Autoren machen im Vorwort darauf aufmerksam, dass es in kaum einer anderen Region so zahlreiche Konflikte um Denkmäler wie im deutsch-dänischen Grenzland gegeben habe. Diese Problematik wird abschließend beispielhaft thematisiert: Der Abtransport des Ildstedt-Löwen vom Alten Friedhof in Flensburg und die bis in die heutige Zeit reichende Standort-Debatte sowie die Zerstörung des preu-

ßischen Düppel-Denkmal im Mai 1945. Jeder Beitrag ist mit mehreren Bildern versehen; nicht jedes Bild verfügt jedoch über eine Legende. Eine eingehendere Kontextualisierung insbesondere der historischen Bilder wäre wünschenswert gewesen. Damit auch Ortsunkundige die angeführten Erinnerungsstätten besuchen können, würden sich präzisere topografische Angaben vermutlich als vorteilhaft herausstellen. Vor dem Hintergrund der weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit Erinnerungsorten stellt das vorliegende Werk nicht nur ein Beispiel für notwendige grenzüberschreitende Zusammenarbeit dar, sondern führt auch vor Augen, dass sich Gedenkkultur nördlich und südlich der Grenze ähnlich gestaltet. Durch seine ansprechende Form regt das Buch sowohl Bewohner der Region als auch Urlaubsreisende zum Besuch der Erinnerungsorte an.

*Ruth Clausen*

## H. HELLMUTH ANDERSEN

Til hele rigets værn

Danevirkes arkæologi og historie

Højbjerg 2004. 88 s., ill.

Der Titel dieses Buches ist ein Zitat einer Bleitafel, welche 1855 in jenem Grab in der Kirche St. Bendt in Ringsted gefunden wurde, in dem König Waldemar der Große 1182 begraben wurde. Der Text auf der Tafel hebt als größte Leistungen des Königs hervor, dass er den Frieden im Vaterland aufrechterhielt, welches lange Zeit unter Bürgerkriegen gelitten hatte, dass er die Wenden besiegte und christianisierte, die seit langem Dänemarks Küsten mit ihren Überfällen geplagt hatten, und dass er „zum Schutz des ganzen Reiches“ eine

Mauer aus Ziegelsteinen namens Danewerk errichtete.

Diese Befestigungsanlage wurde für so bedeutsam erachtet, dass sie selbst in einer knappen Aufzählung der Taten des Königs genannt wird. Seither wurde die herausragende Bedeutung des Danewerks von einer Historiker-Generation zur nächsten dermaßen betont, dass die Dänen im allgemeinen glaubten, der alte Grenzwall könne Dänemark auch im Jahr 1864 vor Angriffen aus dem Süden bewahren. Zu diesem Zeitpunkt war er seit über 600 Jahren nicht mehr verwendet worden, und selbst als der Wall mit neuen Schanzen ausgebaut wurde, waren Vorstellungen über dessen Wehrkraft eine Illusion.

„Es gibt in Skandinavien kein vergleichbares Denkmal der Vergangenheit, das eine ähnliche Bedeutung wie das Danewerk hat, keines, das auf diese Weise mit dem Wohl und dem bittersten Wehe des Volkes in den ältesten und in den jüngsten Zeiten verbunden ist.“ Mit diesen Worten beschrieb der dänische Archäologe Sophus Müller 1903 einige der Gefühle, die viele Dänen in den Jahren nach 1864 hegten: Das Danewerk war für Dänemark verloren gegangen.

Doch die Zeiten haben sich geändert – und damit auch die Verhältnisse im Grenzland. Deutsche Archäologen haben über viele Jahre hinweg dänische Kollegen zur Zusammenarbeit bei der Erforschung des Monuments eingeladen – auch der Autor des Buches hat die Einladung angenommen und zu neuen Erkenntnissen beigetragen.

Sophus Müller schrieb auch: „...kein Denkmal der Vergangenheit ist schwieriger zu verstehen.“ Etwa 100 Jahre später wird vermutlich kein Forscher behaupten, dass alle Fragen zum Danewerk beantwortet seien, auch wenn weitere Ausgrabungen

vorgenommen wurden und zahlreiche Bücher und Aufsätze zum Thema erschienen sind. Das bedeutet jedoch in keiner Weise, dass dieses Buch überflüssig wäre. Im Gegenteil: es ist wichtig, dass neben detaillierteren, meist für Fachkollegen geschriebenen Werken auch breitere Darstellungen herausgegeben werden. Bei Publikationen dieser Art ist es doch oftmals so, dass sie von neuer Forschung eingeholt werden. So geschah es auch mit H. Hellmuth Andersens eigenem Buch „Jyllands vold“ (Jütlands Wall) aus dem Jahr 1977. Nun hat er ein neues Buch geschrieben.

In der Zwischenzeit haben weitere Untersuchungen der Wallanlagen und die vermehrte Anwendung von naturwissenschaftlichen Methoden – insbesondere die Datierung mit Hilfe der Kohlenstoff-14-Methode sowie das Zählen der Jahresringe bei Bäumen (Dendrochronologie) – zu neuen Erkenntnissen über die Reihenfolge der vielen Bauphasen der Wälle und die Zusammenhänge geführt.

Als Beispiel kann die Feldsteinmauer genannt werden (auch als Phase 5 bezeichnet). Früher war man der Ansicht, dass diese Mauer im 12. Jahrhundert errichtet wurde, einerseits, weil sie in älteren Schnitten durch den Wall in der Nähe der Waldemarsmauer lag, andererseits, weil die Mauer aus Steinen bestand, was als späte Entwicklungsstufe angesehen wurde. Neuere Ausgrabungen haben mittlerweile gezeigt, dass zum Zeitpunkt der Errichtung dieser Mauer noch immer Pfähle des Palisadenwalls standen (Phase 4), die nach der dendrochronologischen Methode in das Jahr 737 datiert werden. Die Feldsteinmauer kann somit nicht viel später als Phase 4 errichtet worden sein, also mehr als 300 Jahre früher, als man bislang annahm. H. Hellmuth Andersen deutet an, dass die Mauer zur Abwehr einer

konkreten, aktuellen Bedrohung der Südgrenze gebaut wurde. Der fränkische König Karl der Große führte im letzten Viertel des 8. Jahrhunderts jahrelang Kriege gegen die Sachsen, bis diese schließlich bezwungen wurden. Von fränkischen Quellen wissen wir, dass der Dänenkönig Sigfred 782 in diplomatischem Kontakt zu Karl dem Großen stand. In Dänemark wusste man also, was südlich der Grenze vor sich ging, und man war der Ansicht, dass eine Verstärkung des Grenzschutzes im Süden notwendig war.

Anhand dieses Beispiels wird vielfach deutlich, warum das Buch von H. Hellmuth Andersen so nützlich für Leser ist, die sich einen Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand zum Danewerk verschaffen wollen. Auf wenigen Seiten wird der Leser über frühere Auffassungen informiert, wie neue Ausgrabungen und die Verwendung von neuen Methoden zu Änderungen früherer Annahmen führten und wie Ergebnisse der Archäologie mit geschichtlichen Informationen zusammenspielen können. Allem voran wird man daran erinnert, dass die gegenwärtige Auffassung über die Entwicklung der Anlage sich auch noch in der Zukunft ändern kann. Es wird deutlich unterstrichen, dass es immer noch unbeantwortete Fragen gibt. Unter anderem wäre die Klärung der Frage interessant, welche Phase der Wälle mit der Information in den Annalen des fränkischen Reichs übereinstimmt, dass der Dänenkönig Godfred im Jahr 808 „beschloss, die Grenze seines Reichs mit einem Wall zu schützen“ – gegen die fränkischen Streitkräfte, die in jenen Jahren südlich der Grenze Dänemarks aktiv waren. Aus dieser Zeit ist jedoch (noch) keine Wallphase gefunden worden.

Das Buch ist klar strukturiert: Die Sprache ist leicht verständlich. Die Darstellung ist

klar und einleuchtend gegliedert. Die Illustrationen spielen gut mit dem Text zusammen, sowohl bei der Verwendung von bereits existierenden Zeichnungen und Fotografien als auch beim Einsatz von Karten oder Rekonstruktionen, die speziell für dieses Buch angefertigt wurden. Besonders hervorzuheben ist eine schematische Rekonstruktion von allen acht Anlagephasen, die sich im Hauptwall befinden. Diese mehrmals verwendete Zeichnung erleichtert dem Leser den Überblick. Dazu dienen auch eine vereinfachte Karte über das gesamte Danewerkgelände am Anfang und eine chronologische Zusammenstellung von archäologischen und historischen Fakten am Ende des Buches. Es wird deutlich, dass H. Hellmuth Andersen stets im Blick behält, für gewöhnliche interessierte Leser und nicht für Fachkollegen zu schreiben. Dass er durchaus in der Lage ist, auch für diese zu schreiben, geht aus dem Literaturverzeichnis im Anhang deutlich hervor.

Mit diesem Buch haben wir ein erfreuliches Beispiel dafür, dass einer derjenigen Forscher, die sich am besten mit einem Thema auskennen, auch den Willen hat und die Fähigkeit besitzt, sein Wissen einem umfassenderen Leserkreis zu vermitteln – was wünscht man sich mehr? Allerdings könnte man sich für diejenigen, die die dänische Sprache nicht beherrschen, eine deutsche Ausgabe wünschen. Damit meine ich nicht nur eine kompetente Übersetzung, sondern auch eine entsprechende Textbearbeitung, die sich an Leser wendet, die keinen dänischen, sondern einen deutschen kulturellen Hintergrund haben. Wären diese Voraussetzungen gegeben, entstünde meiner Meinung nach eine Publikation, die für sehr viele von Nutzen sein könnte.

*Anker Thygesen*

Übersetzung: Ruth Clausen

Der dänische Gesamtstaat –  
Ein unterschätztes Weltreich?

The Oldenburg Monarchy –  
An Underestimated Empire?

Herausgegeben von Eva Heinzlmann,  
Stefanie Robl und Thomas Riis, Kiel: Verlag Ludwig 2006, 332 S., zahlr. Abb., Karten, Tabellen.

Im Juni 2003 fand im Plöner Prinzenhaus eine internationale Tagung statt, die sich mit der Geschichte des dänischen Gesamtstaates in seinen einzelnen Teilen beschäftigte. Auf dieser Tagung, die von Thomas Riis, dem Inhaber des Lehrstuhls für Schleswig-Holsteinische Landesgeschichte an der Kieler Christian-Albrechts-Universität, organisiert wurde, beschloss man unter anderem die Gründung einer wissenschaftlichen Vereinigung, deren Aufgabe es sein soll, die Geschichte dieses übernationalen Gemeinwesens intensiver zu erforschen. Der dänische Gesamtstaat umfasste in seiner Blütezeit im ausgehenden 18. Jahrhundert neben der dänischen Monarchie, Norwegen (bis 1814) und den Herzogtümern Schleswig und Holstein (bis 1864) auch Island (seit 1944 unabhängig), die Färöer-Inseln (seit 1948 autonom) und Grönland (seit 1979 autonom) sowie Besitzungen an der Goldküste (bis 1850, im heutigen Ghana) und in Dänisch Westindien (bis 1917, heute die zu den USA gehörenden Virgin Islands), ferner die Nikobaren (bis 1848), Tranquebar an der Koromandelküste (bis 1845) und Serampore nördlich von Kalkutta (bis 1845). Um der Komplexität und den vielfachen Perspektiven des Gegenstandes Rechnung zu tragen, soll die Erforschung dieses Gemeinwesens unter Einbeziehung von Forscherinnen und Forschern

aus den unterschiedlichen Teilen des Gesamtstaates vorangetrieben werden. Die Herausgeber der vorliegenden Publikation deuten an, dass es ihnen dabei um einen interdisziplinären und vergleichenden Zugriff geht, der durchaus auch Themenfelder und Zugangsweisen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie der Kulturgeschichte einschließt. In diesem Zusammenhang spielen selbstverständlich auch die Wahrnehmung der Zeitgenossen und ihre Mentalität eine wichtige Rolle. All dies soll am Ende auf eine vergleichende Darstellung des Gesamtstaates und seiner einzelnen Teile hinauslaufen und damit die Beschäftigung mit einem einzigartigen politischen Gebilde befördern, „das wegen seiner Distanz zu national-staatlich geprägten Entwicklungen hervorsticht“ (Eckardt Opitz, S. 212). Nicht zuletzt deshalb verdienen die von der Plöner Tagung ausgehenden Impulse gerade aus heutiger Perspektive entsprechende Aufmerksamkeit, und es bleibt zu hoffen, dass sich an folgenden Tagungs- und Publikationsaktivitäten auch zahlreiche Fachleute aus dem deutsch-dänischen Grenzland beteiligen mögen, die zur weiteren Vertiefung entsprechender Forschungen zweifellos substanzielles beizutragen haben.

Schon der zweisprachige Titel des Buches deutet an, dass die vorliegende Publikation, in die außer den Beiträgen der Tagung jeweils ein Aufsatz von Kristina Neuhaus („Flensburgs ökonomische Entwicklung vor dem Hintergrund des Handels mit Dänisch-Westindien“, S. 176-200) und von Jan Schlürmann („Das dänisch-westindische Militärwesen 1678-1917“, S. 272-301) Aufnahme gefunden haben, auf einen internationalen Leserkreis zielt: Vorwort und Zusammenfassung (Thomas Riis, „Ergebnisse und Perspektiven“ / „Conclusions and Perspectives“, S. 302-326) sind je-

weils in deutscher und englischer Sprache abgedruckt. Zu den neun englisch- und fünf deutschsprachigen Beiträgen gibt es überdies Zusammenfassungen in der jeweils anderen Sprache.

Die Themen der einzelnen Beiträge, die jeweils durch einen Anmerkungsapparat erschlossen werden und ein Quellen- und Literaturverzeichnis umfassen, sind weit gestreut. Ähnliches gilt für das Stilniveau, für die Durchdringung des historischen Gegenstandes und für den Grad der Reflexion. So kommen neben Altmeistern wie dem 2004 verstorbenen Christian Degn („Schwarze Fracht – Dokumentation und Interpretation“, S. 36-49) und Eckardt Opitz („Schleswig-Holstein im dänischen Gesamtstaat am Ende der Ära Bernstorff“, S. 202-219) eine ganze Reihe jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu Wort, die aus ihren Forschungen am Kieler Lehrstuhl berichteten. Dies gilt neben Kristina Neuhaus und Jan Schlürmann auch für Stefanie Robl („Die Verhältnisse auf den dänisch-westindischen Inseln von 1850-1880 aus der Perspektive des dänischen Marineoffiziers H. G. F. Garde (1825-1885)“, S. 256-271). Daneben finden sich weitere lesenswerte Beiträge von Anna Agnarsdóttir über Island („Ice-land in the Late Eighteenth and Early Nineteenth Centuries: Cast Adrift by the Oldenburgs and Saved by the Hanoverians? An Interpretation“, S. 10-34), von Finn-Einar Eliassen über Norwegen („Peter Dahl (1747-1789) in the Oldenburg Empire: The Life, Career and Interests of a Norwegian Shipmaster and Merchant in the 1770s and 1780s“, S. 50-71), von Erik Gøbel über den dänischen Asienhandel („Danish Shipping and Trade with Asia around 1800“, S. 72-88), von Elin Súsanna Jacobsen über die Färöer Inseln („The Faroe Islands in the Eighteenth Century“, S. 90-108), von Mar-

tin Krieger über das Alltagsleben in Tranquebar („Some Observations on Life and Death at Tranquebar around 1800“, S. 110-125), von Lars Roar Langslet über die kulturellen Wechselwirkungen innerhalb der dänisch-norwegischen Doppelmonarchie („The Dual Monarchy Denmark-Norway in a Cultural Perspective“, S. 126-140), von Ole Marquardt über die Wechselfälle der dänischen Grönlandpolitik („Change and Continuity in Denmark’s Greenland Policy 1721-1870“, S. 142-175), von Elizabeth Rezende über das Schicksal der freien Farbigen in Westindien („In Their Own Voices: Concerns Leading to the Collective Political Awareness of the Free Colored in Christiansted, St. Croix Former Danish West Indies, 1733-1816“, S. 220-237) und von Thomas Riis über Dänemark und den dänischen Gesamtstaat („Denmark and the Oldenburg Monarchy about 1800“, S. 238-256).

Ob man den dänischen Gesamtstaat, der über vergleichsweise bescheidenen kolonialen Besitz in der Karibik, in Westafrika und in Indien verfügte, deshalb gleich als ein „Weltreich“ titulieren sollte, sei dahingestellt. Diesen Begriff zu thematisieren und zu problematisieren, wie im Titel der vorliegenden Publikation angedeutet, ist sicher legitim und heuristisch wertvoll. Dies sollte indes in dem Bewusstsein geschehen, dass sich der dänische Gesamtstaat im Vergleich mit den sehr viel weiter ausgreifenden Imperien der Spanier, Portugiesen, Niederländer und Engländer sympathisch bescheiden ausnimmt. Insofern sollte man bei der zweifellos gebotenen Würdigung der gesamtstaatlichen Epoche (einem – nicht zuletzt durch das Wirken Andreas Peter von Bernstorffs – „wertvollen historischen Objekt an und für sich“, so Opitz, S. 212) am Ende die begriffliche Verhältnismäßigkeit wahren. Auf gar keinen Fall

sollte man sich angesichts der postulierten Vernachlässigung des Gesamtstaates durch die Forschung zu einer Überbewertung und Idealisierung der Epoche hinreißen lassen, zumal dies dem historischen Gegenstand sicher ebenso wenig gerecht würde.

Inzwischen hat im Flensburger Schiffahrtsmuseum eine Nachfolgetagung stattgefunden. Man wird abwarten müssen, ob die Ergebnisse dieser Tagung und des Gesamtprojektes am Ende den hohen Erwartungen entsprechen, die mit der vorliegenden Publikation in die Öffentlichkeit getragen wurden. Zu wünschen wäre es allemal, zumal sich hiermit der landesgeschichtlichen Forschung nördlich der Elbe neue, innovative Themen erschließen, die zudem einer internationalen Vernetzung der Forschungsaktivitäten Vorschub leisten dürften.

*Detlev Kraack*

## HANS SCHULTZ HANSEN

Hjemmetyskheden i Nordslesvig  
1840-1867 – den slesvig-holstenske  
bevægelse

Aabenraa: Historisk Samfund for  
Sønderjylland 2005. 2 Bd., 1030 S., ill.

Die Geschichtsschreibung über die Anfänge der deutschen Minderheit in Nord-schleswig hat ein neues Standardwerk. Der Historiker und langjährige Leiter des Landesarchivs in Apenrade, Hans Schultz Hansen, hat mit seiner im November 2005 an der Syddansk Universitet Odense verteidigten Disputationsschrift eine umfassende Darstellung der Geschichte der so genannten Heimdeutschen („hjemmetyskere“) vorgelegt.



Hans Schultz Hansen baut auf umfassendes Quellen- und Sekundärmaterial. Das Heimdeutschtum wird als eine politische und sozial-kulturelle Bewegung dargestellt, die einen wichtigen Teil des schleswig-holsteinischen Kaleidoskops ausmachte. Die Untersuchung ist chronologisch aufgebaut, wobei sich Band 1 mit der Zeit bis Ende des 1. Schleswighen Krieges 1848-1850/51 beschäftigt. In diesem Zeitabschnitt manifestierte sich das Heimdeutschtum in Städten wie Sonderburg, Hadersleben oder Tondern. Auf dem nordschleswigschen Lande war es ungleich schwieriger für die deutsch Gesinnten, denn hier hatte die dänische Bewegung relativ früh Fuß gefasst. Diesem Thema ist der Verfasser bereits in einer früheren Untersuchung gründlich nachgegangen.

Neben dieser unterschiedlichen urbanen und ländlichen Verankerung macht der Verfasser auch eine soziale Ungleichheit zwischen Dänen- und Deutschtum aus. Es waren generell die oberen Schichten, die sich mit dem Deutschtum identifizierten, gar vom Zusammenschluss mit einem – vor 1871 ja noch nicht existierenden – deutschen Staat träumten. Dass diese Phantasien jedoch nicht gleichbedeutend waren mit einer preußenfreundlichen Haltung, macht Hans Schultz Hansen im zweiten Band deutlich. Bis 1866, also bis zum Sieg Preußens über seinen bisherigen österreichischen Bundesgenossen, hielten die Heimdeutschen an der Idee eines relativ selbständigen Schleswig-Holsteins unter der Führung Friedrichs von Augustenburg fest. Diese pro-augustenburgerische Bewegung wird im Übrigen in der vorliegenden Schrift das erste Mal näher gehend untersucht.

Durch diese Orientierung auf ein Schleswig-Holstein unter augustenburgischer

Führung wird deutlich, dass die Heimdeutschen eben nicht in erster Linie von einem „alldeutschen“ Gedankengut beseelt, sondern regional verankert waren. Ihre größte Befürchtung war eine Aufteilung des alten Herzogtums Schleswig nach nationalen Gesichtspunkten. Hierin standen sie ihren dänisch gesinnten Kontrahenten näher, als es in der bisherigen Geschichtsschreibung ausgedrückt wurde. Doch nicht nur in der regionalen Orientierung ähnelte man sich. Auch sprachlich standen sich Dänen und Heimdeutsche nahe, denn ihre hauptsächlich benutzte Sprache war nicht Deutsch, sondern der dänische Dialekt „Synnejysk“. Dies bereitete besonders vielen nationalpolitisch aktiven Personen Kopfzerbrechen, hoben doch nationale Theoretiker wie Johann Gottfried Herder die Wichtigkeit der Sprache bei der Bewusstseinswerdung eines Volkes hervor.

Doch was ist wirklich notwendig für eine Gruppenbildung? Die neuere Identitätsforschung geht dabei nicht von so genannten „ethnischen“ Merkmalen aus, sondern hebt die Eigen- und die Fremdwahrnehmung hervor. Selbstdefinition durch meist positiv bewertete Eigenschaften sowie die Sicht der „Anderen“ bedingen sich gegenseitig. Zur Eigenwahrnehmung einer „Volksgruppe“ gehört meist eine mythologisch-geschichtliche Vorstellung und ein Gebiet, das als „Heimat“ identifiziert wird. Sowohl die Sprache als auch die regionale „Heimat“ Schleswig teilten die Heimdeutschen mit dem dänisch orientierten Bevölkerungsteil. Die Fremdwahrnehmung war deshalb häufig „weder Fleisch noch Fisch“, wie aus zeitgenössischen Zitaten hervorgeht. Die Heimdeutschen befanden sich in einer schwierigen Zwischenlage, von den Dänen misstrauisch beobachtet und als Verräter verurteilt und von den Deutschen nicht richtig anerkannt.

Es liegt nun im Ermessen eines jeden Historikers, wie man mit solchen unklaren Abgrenzungen und Definitionen umgehen will. Hans Schultz Hansen wählt eine Art Neutralisierungs-Position, indem er versucht, sich außerhalb jedweder Wertung zu stellen (S. 24): „Auf dänischer Seite wurde der Begriff „Hjemmetysker“ von Anfang an auch herabsetzend gebraucht (...). Auf deutscher Seite wurde dem Begriff eine positive Bedeutung zugeschrieben (...). Diese bewertenden Bedeutungen werden in der vorliegenden Untersuchung nicht in den Gebrauch dieses Wortes einfließen.“ Eine andere Herangehensweise würde vielleicht diese bewertenden Beschreibungen herausarbeiten im Sinne einer Kosellek'schen Begriffsgeschichte. Welche Herangehensweise auch im einzelnen Falle gewählt wird, so ist Geschichtsschreibung, nach Auffassung der Rezensentin, niemals neutral, sie bezieht immer Stellung, und sei es durch den Versuch, überwiegend „neutral beschreibend“ zu sein. Die vorliegende Schrift regt an zur Diskussion und fügt dem Geschichtswissen des Grenzlandes wichtige Aspekte hinzu. Band 2 beinhaltet außerdem ein umfassendes Orts- und Personenregister, was die Orientierung erleichtert. Hervorzuheben ist auch Hans Schultz Hansens flüssige Schreibweise, die das Lesen zum Vergnügen werden lässt. An Hans Schultz Hansens zweibändiger Disputationsschrift wird in Zukunft niemand vorbeikommen, der sich für die Geschichte der Heimdeutschen oder generell für die nationalen Bewegungen im Herzogtum Schleswig ab 1815 interessiert.

*Andrea Teebken*

## RENÉ RASMUSSEN

### Front og Bro

Flensborg Avis i spil mellem Danmark og Tyskland 1930-1945

Bd. I-II, 1053 sider, udg. af Studiefædelingen ved Dansk Centralbibliotek for Syd-slesvig, Flensborg 2005

Die Zeit zwischen den Weltkriegen gewinnt in der Geschichtsforschung über das schleswigsche Grenzland in jüngster Zeit an Bedeutung. René Rasmussen setzt diese Tendenz mit seinem umfangreichem Werk „Front og Bro. Flensborg Avis i spil mellem Danmark og Tyskland 1930-1945“ fort. Auf mehr als 1000 Seiten erforscht er die Rolle der Zeitung Flensborg Avis als grenzpolitischer Akteur und als Gegenstand deutscher und dänischer Pressepolitik der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs. Dabei will er vor allem erklären, warum die Zeitung der dänischen Minderheit trotz kritischer Finanzlage und der nationalsozialistischen Unterdrückung jeglicher Opposition und Gleichschaltung der Presse überleben konnte.

Vier Arbeitshypothesen stellt Rasmussen seiner Untersuchung voran. Diese erscheinen jedoch eher vorgezogene Zusammenfassungen der empirischen Rückschlüsse zu sein als grundsätzliche Theorien, und sie dienen auch nicht der Strukturierung des Buchs. Vielmehr ist das Werk eine klassische, chronologisch aufgebaute Gesamtdarstellung, die in erster Linie das zweite vom Verfasser aufgestellte Ziel zu erreichen sucht, nämlich „eine so weit wie möglich erschöpfende Darstellung der Geschichte von Flensborg Avis im hier behandelten Zeitraum zu schreiben“ (S. 3 f.). Auf die einleitenden Hypothesen folgt ein

ausführlicher Geschichtsabriss, der mit der Gründung der Zeitung 1869 beginnt. Hier wird beschrieben, wie der langjährige Chefredakteur Ernst Christiansen seine nationale Denkweise im Blatt verankerte, die ihren Ursprung in grundtvigianischen und nationalliberalen Strömungen hatte, aber auch durch den nationalen Konflikt vor Ort und nicht zuletzt von seinem Vorgänger Jens Jessen geprägt war. Christiansen hing der Idee der Volksgemeinschaft an. In Schleswig sah er den Hebel für das Wiedererstehen eines starken Dänemark. Nach seiner Auffassung war Südschleswig ein ursprünglich dänisches Gebiet, und das dänische Volk hatte den Auftrag, die Kraft des Volkes in Südschleswig zu stärken und durch den nationalen Kampf ganz Dänemark zu „erwecken“. An dieser Haltung änderte auch die Abstimmungs-niederlage von 1920 zunächst nichts. Doch als in den 1920er Jahren Deutschland wieder erstarkte und sich abzeichnete, dass der Kampf des südschleswigschen Dänentums lange dauern würde, formulierte Christiansen die Losung „Front und Brücke“, die seine Zeitung in eine zentrale Doppelrolle als Vorposten zur Verteidigung des Dänentums und zugleich als Vermittler zwischen Deutschland und dem Norden setzte. Das dänische Außenministerium sah die Zeitung als Gegengewicht zum Grenzrevisionsnismus der deutschen Minderheit nördlich der neuen Grenze an. Weil Flensburg Avis auf die finanzielle Unterstützung aus Kopenhagen angewiesen war, hatte die Regierung ein wirksames Mittel, die Redaktion auf die anpassungswillige offizielle außenpolitische Linie zu bringen. Weitere Grundlage der Front-und-Brücke-Ideologie war eine aufrichtige Sympathie für die deutsche Kultur und auch gewisse ideologische Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus, die zu einer größeren Annäherung

an das „neue Deutschland“ führte, als es dem Außenministerium recht war, und die teilweise in offene Bewunderung der NS-Staatsführung ausschlug.

Es lag indes nicht allein an dieser Ausrichtung, dass sich die Zeitung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft halten konnte. Nicht weniger wichtig war ihr geschicktes Taktieren zwischen den oft miteinander um Einfluss konkurrierenden deutschen Behörden. Der Verfasser zeigt auf, in welchem Maße sich im Spannungsfeld zwischen dem konfrontativen und grenzrevisionsistischen Kurs der schleswig-holsteinischen Behörden und der nordisch orientierten Linie der Zentralbehörden ein Spielraum auftrat, den Flensburg Avis nutzte. Dennoch gliht das Blatt ab 1937/38 zunehmend in die gleichgeschaltete Pres-selandschaft des Dritten Reichs ab.

In der breiten Darstellung der Geschichte der Zeitung fällt eine Thematik auf, die dem Verfasser besonders wichtig erscheint: die Wiederentdeckung und Rehabilitierung Ernst Christiansens als nationalpolitisch bedeutende Figur. René Rasmussen liegt viel an der Feststellung, dass Christiansen innerhalb der dänischen und südjütischen ideengeschichtlichen Tradition verstanden werden müsse und dass er trotz seiner anfänglichen Begeisterung kein Nationalsozialist gewesen sei. Entgegen dem bisher verbreiteten Bild des Chefredakteurs argumentiert Rasmussen überzeugend dafür, dass Christiansen seine eigenen bürgerlichen nationalen dänischen Ideale in den Nationalsozialismus hineinlas und daher länger brauchte, um den wahren Charakter dieser Ideologie zu erkennen. In den besten ideengeschichtlichen Analysen des Werkes wird Flensburg Avis als geschickt genutzter Kristallisationspunkt für wesentliche nationale und ideologische Strömungen in Dänemark und Deutsch-

land und deren Brüche an der Trennlinie zwischen Deutsch und Dänisch erkennbar. Rasmussen untermauert die Analyse mit seiner tief greifenden und differenzierten Kenntnis dieser verschiedenen Strömungen. Besonders interessant erscheint die längst fällige Wiederentdeckung der bürgerlichen national- und außenpolitischen Ideologie, die vor allem aus der Heimvolkshochschulbewegung heraus und mit Persönlichkeiten wie Hans Jepsen Christensen und John Christmas Møller an der Spitze das Feld zwischen sozialdemokratischen und radikalliberalen Positionen auf der einen Seite und den modernisierungsfeindlichen nationalen Wiedererweckungsideologien am rechten Rand auf der anderen Seite ausfüllten.

Allerdings lassen sich auch einige Schwachpunkte finden: Obwohl die positive Neubewertung Ernst Christiansens gut begründet erscheint, wirkt sie an manchen Stellen zu wohlwollend. Rasmussen lässt der Demokratie-Skepsis des Chefredakteurs bei der Beurteilung seines politischen Profils kein großes Gewicht zukommen. Grundsätzlich akzeptiert der Verfasser die Linie der Redaktion, wonach die Zeitung in jedem Falle weiterhin erscheinen können sollte, selbst wenn man mitunter bedenkliche Standpunkte zum Beispiel zur Judenverfolgung oder der deutschen Expansionspolitik vertreten musste.

Nicht zuletzt weil die nationale Ausrichtung der Zeitung eine derart zentrale Position im Buch einnimmt, ist es erstaunlich, dass ihr ideologisches Profil nur in geringem Maße in die Antwort auf die Frage einbezogen wird, warum Flensburg Avis die NS-Zeit überhaupt überleben konnte. In seiner abschließenden Betrachtung nimmt der Verfasser nicht grundsätzlich Stellung zur Bedeutung dieses besonderen ideologischen Profils, das der Zeitung die Gratwanderung

zwischen sowohl sozialdemokratischen und liberalen als auch bürgerlichen und sogar nazistischen Kreisen ermöglichte. Es fehlt eine abschließende und zusammenfassende Abwägung der verschiedenen Faktoren, die zum Überleben der Zeitung beitragen: Welche Rolle spielten übergeordnete Vorstellungen und Ausrichtungen in der dänischen und deutschen Außenpolitik im Verhältnis zur inneren Dynamik deutscher und dänischer Einrichtungen zum ideologischen Profil der Zeitung und zu ihrer taktischen Manövrierfähigkeit?

Die größte Schwäche des Buchs ist allerdings sein Umfang. Mehr als 1000 Seiten zu einem trotz allem ziemlich kleinen Themenbereich wie der Geschichte von Flensburg Avis 1930-45 sind einfach zu viel. Der Verfasser begründet den Umfang damit, dass er eine Anzahl anschaulicher Beispiele und Zitate berücksichtigen wollte, die das Buch einem breiten Publikum leichter zugänglich machen. Dabei stellt sich jedoch die Frage, wie viele allgemein interessierte Leser das Stehvermögen aufbringen, sich mit einem Buch dieser Größenordnung auseinanderzusetzen. Die Kenntnis des Verfassers zu der Fülle von Fragestellungen, die er in seinem Werk berücksichtigt, kann man nur als eindrucksvoll bezeichnen. Aber der Vollständigkeitsseifer, der die Darstellung in allen ihren Facetten prägt, und die Wiederholungen, die das Buch an manchen Stellen beeinträchtigen, führen dazu, dass sich die zentralen Fragestellungen durch lange Abschnitte hindurch schlichtweg verlieren. Das ist zu bedauern, denn das Buch erweitert und verfeinert in wesentlichem Maße unser Bild von dänischer national- und außenpolitischer Denkweise in der Zwischenkriegszeit und während der deutschen Besetzung.

*Karen Gram-Skjoldager*

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber

## ROLF FISCHER

### Hermann Lüdemann und die deutsche Demokratie

Neumünster: Wachholtz Verlag 2006, 207 S. III.

Rolf Fischer, bis 2000 Leiter des Präsidialbüros im schleswig-holsteinischen Landtag sowie Referatsleiter für Europa- und Minderheitenfragen und seitdem SPD-Landtagsmitglied, hat mit diesem Buch dem ersten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Hermann Lüdemann (1880-1959), ein Denkmal gesetzt. Lüdemanns bewegte Lebensgeschichte in einer bewegten politischen Zeit voller Umbrüche und zweier Weltkriege verdient es sicherlich, durch diese Darstellung für die Nachwelt erhalten zu bleiben.

Hermann Lüdemann wurde 1880 in Lübeck geboren. Er wuchs in kleinbürgerlichen Verhältnissen auf, hatte aber durch das Wirtshaus seiner Eltern schon früh Kontakt zur Arbeiterschaft. Nach dem Ingenieurstudium in Zwickau fand er zuerst in Hamburg Arbeit und zog 1901 nach Berlin. Politisch aktiv wurde er zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Angestellten-Gewerkschaftsbewegung und im Linksliberalismus, zunächst in der Splitterpartei Demokratische Vereinigung, dann in engerem Kontakt mit Rudolf Breitscheids Freisinnigen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg war die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten für Lüdemann eine zentrale Voraussetzung für eine wahrhafte Demokratisierung des öffentlichen Lebens. 1912 trat er zusammen mit Rudolf Breitscheid in die SPD ein und zog 1915 für die SPD in die Wilmersdorfer Stadtvertretung ein. Der Verfasser konnte leider nicht klären, warum Lüdemann nicht am Ersten Welt-

krieg teilnahm. Während der Revolution hatte Lüdemann eine entscheidende Funktion als Stadtvertreter und Volksbeauftragter. Er stand an der Seite der gemäßigten Kräfte, die für eine parlamentarische Republik eintraten. 1920 wurde er für ein Jahr Finanzminister in Preußen, blieb aber bis 1927 preußischer Landtagsabgeordneter. In diesem Jahr wurde er zum Regierungspräsidenten in Lüneburg ernannt, schon 1928 folgte die Ernennung zum Oberpräsidenten von Niederschlesien in Breslau. Mit dem „Preußenschlag“, der Absetzung der gewählten Regierung Braun 1932, wurde er abgesetzt. Im Juni 1933 wurde er in „Schutzhaft“ genommen und durch die Straßen Breslaus geführt. Seine Frau wurde ebenfalls für einige Wochen in Haft genommen, als sie sich für die Freilassung ihres Mannes einsetzte. Erst 1935 wurde Lüdemann entlassen. Er lebte in Berlin in „innerer Emigration“, hielt aber doch Kontakt zu anderen Sozialdemokraten. Er war wohl über die Pläne der Widerstandsgruppen um das Attentat am 20. Juli 1944 informiert und bereits ab Herbst 1943 in die Pläne für den Umsturz mit einbezogen. Nach dem Attentat reiste er nach Österreich und wurde im August 1944 in Mayrhofen (Zillertal) verhaftet. Es folgte die Haft im KZ Ravensbrück und Berlin-Moabit. Im Januar 1945 wurde er vor dem sog. Volksgerichtshof angeklagt und „mangels Beweisen“ freigesprochen. Dennoch wurde er ins KZ Sachsenhausen eingeliefert und überlebte den „Todesmarsch“ bei der Evakuierung des Lagers im April 1945. Schon im Juni 1945 war Lüdemann wieder politisch aktiv, zunächst in Berlin. Im November 1946 wurde er als Ministerpräsidentenkandidat nach Kiel geholt und führte nach dem Wahlsieg der SPD im April 1947 für zwei Jahre die erste, demokratisch gewählte schleswig-holsteinische Landesre-

gierung an. Hier setzte er entscheidende, visionäre politische Initiativen in Gang wie die Neugliederung des späteren Bundesgebiets mit der Zusammenfassung Schleswig-Holsteins, Hamburgs und eines Streifens südlich der Elbe zum Land Unterelbe, aus der realistischen Einschätzung der dauerhaft fehlenden Lebensfähigkeit des strukturell nicht zusammenhängenden „Armenhauses“ Schleswig-Holstein. Lüdemann versuchte auch, einen gerechten Ausgleich der Flüchtlingsbelastung mit den anderen deutschen Ländern zu erreichen, was am Egoismus der anderen Länder scheiterte. Er wirkte im parlamentarischen Rat an der Entstehung des Grundgesetzes mit.

Die genauen Gründe für Lüdemanns Rücktritt im August 1949 kann der Verfasser nicht eindeutig klären, obwohl der persönliche Gegensatz zum starken Mann der schleswig-holsteinischen Nachkriegs-SPD, Andreas Gayk, sicher mit entscheidend war. Lüdemann blieb bis 1958 Mitglied des Landtags und verstarb im Mai 1959.

Rolf Fischers Biografie zeichnet sich durch ein umfassendes Studium unterschiedlichster Quellen und durch Gespräche mit mehreren Zeitzeugen aus. Exkurse verweisen auf den politischen Gesamtzusammenhang, besonders hilfreich für jene, die nicht in allen Bereichen der wechselvollen Geschichte sattelfest sind, an der Hermann Lüdemann beteiligt war. Der Politiker Lüdemann wird zudem nie losgelöst vom Privatmann dargestellt, wie auch viele Details aus den Lebensumständen Lüdemanns das Buch für alle Leser spannend machen; sowohl diejenigen, welche die Zeit selbst miterlebt haben, als auch jüngere, geschichtsinteressierte Laien. Wir können uns über dieses Buch freuen und wünschen ihm eine große Leserschaft.

*Martin Klatt*

INGE ADRIANSEN /  
PETER DRAGSBO (Hrsg.)

Sønderborg i 750 år – tværsnit og perspektiver

Sønderborg: Museet på Sønderborg Slot og Historisk Samfund for Als og Sundeved, 2005, 312 S., ill.

Anlässlich des 750. Jahrestages der ersten Erwähnung Sønderburgs in einem Brief Herzog Waldemars 1256 ist ein Werk erschienen, das die Geschichte der Stadt unter verschiedenen thematischen Gesichtspunkten, Perspektiven und neuen Blickwinkeln aufzeichnen will. Sønderburgs Entwicklung ist nicht nur durch seine geografische Lage als Seehandelsplatz geprägt worden, sondern auch durch die Platzierung im Grenzbereich zwischen Deutsch und Dänisch. Diese verschiedenen deutschen und dänischen Einflüsse haben sich auf verschiedene Weise in Kultur, Sprache, Architektur, Vereinsleben, Kirche, Verwaltung, Wirtschaft und anderem niedergeschlagen. Sowohl dies als auch der in diesem Buch beschrittene Zugang zur Stadtgeschichte und -entwicklung machen das Werk auch für Leser südlich der Grenze interessant.

Das Werk besteht aus fünf abgeschlossenen Kapiteln sowie einer Einleitung und einer Zusammenfassung durch die beiden Redakteure. Hinzu kommen eine Zeitleiste über die wichtigsten geschichtlichen Begebenheiten und eine Liste der Bürgermeister der Stadt. Die insgesamt fünf Verfasser heben immer wieder die Zweiströmigkeit hervor, die von jeher in der Stadt geherrscht hat, sei es wegen der wechselnden staatsrechtlichen Zugehörigkeit zum Herzogtum Schleswig einschließlich des abgeteilten Sønderburger Herzogtums, zu Preußen

bzw. dem Deutschen Reich und zu Dänemark. Ohne Frage hat die Zweiströmigkeit die Stadt kulturell, wirtschaftlich, sprachlich, architektonisch u.a. bereichert. Doch hat sie auch Schwierigkeiten verursacht, etwa im Zusammenhang mit den deutsch-dänischen Konflikten oder durch die Lage im Schatten der mächtigen Handelsstadt Flensburg.

In ihrer Einleitung begründen Inge Adriansen und Peter Dragsbo, beide vom Museum im Sonderburger Schloss, den methodischen Zugang und die Struktur des Buches. Der Untertitel „Querschnitte und Perspektiven“ ist dahingehend zu verstehen, dass die Ortsgeschichte aus bestimmten Blickwinkeln und unter einzelnen Aspekten betrachtet wird, welche die fünf Verfasser ausgewählt haben. Im Gegensatz zu traditionellen Ortsgeschichten, in denen der chronologische Ablauf oder die Beschreibung der wichtigen städtischen Einrichtungen wie Kirche, Schulwesen, Gesundheitswesen usw. maßgeblich sind, konzentrieren sich die fünf Verfasser auf die Aspekte, die ihrer Auffassung nach für die Entwicklung der Stadt entscheidend waren und sie zu einem besonderen und interessanten Ort gemacht haben. Eine weitere Grundlinie des Werks ist der Blick über die Stadtgrenzen hinaus, so dass die Entwicklung Sonderburgs auch im Zusammenhang mit dem näheren Umland, dem alten Herzogtum Schleswig, Dänemark und Deutschland betrachtet werden kann.

Der Hauptteil gliedert sich in fünf Kapitel. Lennart Madsen vom Haderslebener Museum stellt die mittelalterliche Geschichte Sonderburgs namentlich unter Bezugnahme auf die archäologischen Funde vor. Die Architektur in der Stadt, die Baugeschichte und die Entwicklung der einzelnen Stadtviertel sind Thema des Beitrags von Pe-

ter Dragsbo. Der Leiter des Instituts für die lokale Geschichte im Landesteil, Kim Furdal, setzt sich mit den sozialgeschichtlichen Aspekten der Stadtgeschichte auseinander. Die Handels- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt beschreibt Jesper Thomassen, Archivar am Landesarchiv für Fünen. Inge Adriansen rundet den Hauptteil mit ihrem Beitrag über identitäts- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte der Stadtgeschichte ab.

Das Buch macht Lokalgeschichte auf eine neue Weise zugänglich. Als stadtggeschichtliches Werk erfüllt es gerade durch diese Konzentration auf bestimmte zentrale und doch für die Stadt kennzeichnende Aspekte seinen Zweck. Es zeigt auf diese Weise vom Mittelalter bis heute, wie die Stadt war und ist und was das Besondere an ihr ausmacht. Auch der Blick über die Stadtgrenzen hinaus ins Umland und Grenzland bis hin zur nationalstaatlichen Ebene bereichert das Buch und verdeutlicht die Einflüsse von allen Seiten durch die Jahrhunderte.

Das stadtggeschichtliche Werk wendet sich an ein breites Publikum, ist flüssig geschrieben und bietet zahlreiche Skizzen und Bilder von Örtlichkeiten und Gegenständen. Vor allem die Bewohner der Stadt selbst werden sich über das vorliegende Werk freuen. Zielgruppe sind jedoch nicht nur lokalgeschichtlich interessierte Laien und Fachleute, sondern auch Leser in einem weiten Umland der Stadt. Es sei auch erwähnt, dass die Geschichte des deutschen Bevölkerungsteils der Stadt angemessen dargestellt wird, ebenso die Verbindungen der Stadt mit dem südlichen Umland und mit Deutschland im Allgemeinen. Besonders wichtige Ereignisse oder vertiefende Einzelbeiträge werden in so genannten „Faktabokser“ (Themen-Kästen) neben dem Haupttext hervorgehoben.

Die Struktur des Buchs mit der Konzentration auf das Besondere der Stadt führt dazu, dass auch ein wenig geschichtskundiges Publikum leicht Zugang zu der Materie erhält und dass das Werk nicht wie manche traditionelle Ortsgeschichte zu einem schwer zugänglichen Handbuch für die lokale Bibliothek geworden ist. Allerdings liegt genau hierin auch die Schwäche des Buchs, dass es eben nicht ohne weiteres als lokalgeschichtliches Nachschlagewerk genutzt werden kann. Wenn man sich zum Beispiel für die Schulgeschichte der Stadt interessiert, wird man

sich die im Buch verstreuten Informationen mühsam zusammensuchen müssen. Auch hätten übersichtliche Karten sowohl über die Stadt als auch über ihre Lage in einem weiten Umland die Orientierung erleichtern können. Nichtsdestoweniger bietet das Buch viel Neues und ist ein bemerkenswerter Ansatz dafür, wie man Ortsgeschichte auch für ein fachlich wie geografisch breites Publikum interessant zugänglich machen kann.

*Trine Skovlund Jørgensen*

Übersetzung: Gerret Liebing Schlaber



Ruth Clausen, Dipl.-Museol.  
Deutsches Museum Nordschleswig  
Rønhaveplads 12  
DK-6400 Sønderborg

Karen Gram-Skjoldager, cand. mag.  
Institut for Historie og Områdestudier  
Århus Universitet  
Ndr. Ringgade, bygning 410  
DK-8000 Århus C

Martin Klatt, ph.d.  
Institut for Grænseregionsforskning  
Syddansk Universitet  
Persillegade 6  
DK-6200 Aabenraa

Priv.-Doz. Dr. Detlev Kraack  
Seestraße 1  
24306 Plön

Dr. Jörn-Peter Leppien  
Libellenring 15  
24955 Harrislee

Heinz Maurus  
Staatskanzlei  
Düsternbrooker Weg 104  
24105 Kiel

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.  
Studieafdeling og Arkivet  
ved Dansk Centralbibliotek  
Norderstraße 59  
24939 Flensburg

Dr. Jan Schlürmann  
Jungmannstraße 62  
24105 Kiel

Trine Skovlund Jørgensen, cand. mag.  
Lille Bakkevej 2  
DK-6100 Haderslev

Anke Spooendonk, MdL  
Achter de Möhl 35  
24955 Harrislee

Andrea Teebken, cand. phil.  
Aalborg Universitet  
Institut for Historie, Internationale  
Studier og Samfundsforhold  
Fibigerstræde 2, vær. 45a  
DK-9220 Aalborg Ø

Anker Thygesen, cand. phil.  
Museum Sønderjylland –  
Arkæologi Haderslev  
Dalgade 7  
DK-6100 Haderslev

*Jan Schlürmann, 1848-1850 – deutsch-dänischer Krieg oder Bürgerkrieg?* Abb. 1: Sønderjyllands Historie. Fremstillet for det danske folk, Bd. IV, København o.J., S. 347; Abb. 2 u. 3: Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, Flensburg

*Heinz Maurus, „Investitionen in die Humanität“. Grußwort der Landesregierung bei der Eröffnung des erweiterten Dokumentenhauses in der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund* Abb. 1 u. 2: Ulrich Jeß

*Gerret Liebing Schlaber, Renationalisierung – Globalisierung – Regionalisierung* Abb. 1: Arkivet ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig; Abb. 2: Foto: Gerret Liebing Schlaber; Abb. 3: Ausschnitt aus der Karte „Daenemark mit seinen Nebenländern in Europa“ von C. F. Weiland, Weimar 1849; Abb. 4 u. 5: Foto: Regionskontor & Infocenter Grenze

*Jörn-Peter Leppien, Das „Zünglein an der Waage“. Interview mit der Landtagsabgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)* Abb. 1: Karikatur: Wiedenroth, 2005; Abb. 2: Karikatur: Tomicek (Flensburger Tageblatt, 22.2.2005); Abb. 3: Karikatur: Wiedenroth (Flensburger Tageblatt, 24.2.2005); Abb. 4: Landessekretariat des SSW, Flensburg



# GRENZFRIEDENSBUND

Liebe Leserin, lieber Leser!

- ✓ Gefällt Ihnen diese Zeitschrift?
- ✓ Leben Sie gerne in der Grenzregion oder haben Sie einen anderen persönlichen oder wirtschaftlichen Bezug zu ihr?
- ✓ Interessieren Sie sich für Politik, Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Dänemark und Schleswig-Holstein?
- ✓ Wollen Sie den Ausbau des deutsch-dänischen Verhältnisses zum Wohle aller aktiv unterstützen?
- ✓ Möchten Sie viermal jährlich Informationen über das Geschehen im Grenzland aus erster Hand frei Haus geliefert bekommen?

## Dann werden Sie Mitglied im GRENZFRIEDENSBUND e.V.

Der GRENZFRIEDENSBUND arbeitet aktiv auf überparteilicher Ebene daran mit, dass Deutsche und Dänen einander näherkommen und sich die schleswigsche Grenzregion im europäischen Kontext zum Wohle aller fortentwickelt. Wir möchten die kulturelle Vielfalt bewusst machen und fördern. Grenzüberschreitender Ideenaustausch ist uns wichtig, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und nach Lösungswegen für aktuelle wirtschaftliche, arbeits- und sozialpolitische und

politische Fragen zu suchen. Dabei scheuen wir uns nicht, unbequeme Fragen zu stellen und den Finger in offene oder verdeckte Wunden zu legen.

Kurzum: Wir wollen zeigen, dass das schleswigsche Grenzland alles andere als eine entlegene Provinz, sondern eine hochgradig spannende Region mit eigenen Stärken ist, in der es sich zu leben lohnt. Und wir wollen aktiv daran mitwirken, dass dies auch in Zukunft so bleibt und weiter ausgebaut wird.

- Unsere Mitglieder erhalten viermal im Jahr die GRENZFRIEDENSHEFTE, die als einzige deutschsprachige Zeitschrift regelmäßig und kompetent über das aktuelle Geschehen im Grenzland informiert.
- Der Mitgliedsbeitrag beträgt 15 € für Einzelmitglieder und 30 € für Institutionen.

Möchten Sie dem **GRENZFRIEDENSBUND** beitreten oder mehr über unsere Tätigkeiten erfahren? Sie erreichen uns auf folgende Weise:

### Grenzfriedensbund e.V.

Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg  
Telefon: 04 61 / 2 67 08 • Telefax: 04 61 / 2 67 09  
E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net  
Website: www.grenzfriedensbund.de

Die Geschäftsstelle ist dienstags bis donnerstags von 9-12 Uhr besetzt, mittwochs zusätzlich bis 16 Uhr.

Postvertriebsstück  
C 3340 F  
Entgelt bezahlt  
Grenzfriedensbund e.V.  
Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg